

Preussische Allgemeine



Nr. 35 · 2. September 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Wenn die Lichter ausgehen

Wie Deutschlands energiepolitischer Sonderweg naturwissenschaftliche Fakten und ökonomische Erfordernisse ignoriert **Seiten 1, 3 und 24**



Gedenken Der Bund der Vertriebenen lud zum „Tag der Heimat“ **Seite 4**



Terrorismus Das Attentat auf die Olympischen Spiele von München **Seite 11**

AUFGEFALLEN

Ende eines fragwürdigen Experiments

Pendler, die im September in Regionalbahnen unterwegs sind, werden aufatmen: endlich wieder Platz in den Zügen und kein Chaos am Bahnsteig, welches drei Monate lang das 9-Euro-Ticket ausgelöst hat. Dafür, dass wieder Ruhe herrscht und man stressfrei reisen kann, nehmen Bahn-Stammkunden zähneknirschend lieber den teureren regulären ÖPN-Tarif in Kauf, als dass sie dank des 9-Euro-Angebots in vollgestopften Sardinienbüchsen auf Gleisen verspätet unterwegs sind.

Das Experiment mit einem verbilligten, bundesweit gültigen Regionalticket, das in den drei Sommermonaten 52 Millionen Mal verkauft wurde, hat schonungslos die Schwächen der Deutschen Bahn freigelegt, die gerade in der Urlaubszeit einem zusätzlichen Ansturm an Reisenden logistisch und personell nicht gewachsen war. Es fehlte an ausreichend Zügen und Mitarbeitern, von denen dazu noch viele infolge der Corona-Sommerwelle ausfielen. Hinzu kamen unzählige Verspätungen wegen Gleisarbeiten.

Das 9-Euro-Ticket ist aber auch eine Chance, den Dschungel von über 100 Tarifverbänden mit unterschiedlichen Preisstufen zu entwirren. So wird über eine Nachfolge des zeitlich begrenzten Sonderangebots diskutiert. Jetzt sind 49 Euro im Gespräch. Ob das mehr ist als eine neue Beruhigungspille für das einfache Volk in Zeiten des Gaspreisschocks? Die Unzufriedenheit der Bürger mit der teils chaotischen Lage im Land wird man so kaum besänftigen können. *H. Tews*

REGIERUNGSKRISE

Habecks Problem ist größer als „handwerkliche Fehler“

Neben der persönlichen Konzeptlosigkeit des Wirtschaftsministers offenbart die Strom- und Gaskrise auch die grundsätzlichen Fehler der Energiewende

VON RENÉ NEHRING

Robert Habeck steckt in der ersten großen Krise seiner Amtszeit als Bundeswirtschaftsminister. Neben den explodierenden Energiepreisen setzt dem Minister vor allem die von ihm vorgeschlagene Gasumlage zu. Mit dieser Umlage von 2,4 Cent je verbrauchter Kilowattstunde sollen die Folgen der aktuellen Marktumstände für in Not geratene Gasversorger wie Uniper abgefangen und diese vor dem Zusammenbruch bewahrt werden.

Die Kritik daran ist vielfältig. Während Ökonomen in dem Ansinnen einen unzulässigen Eingriff in den Markt sehen und darauf hinweisen, dass der Staat in anderen Krisen keine Umlage organisierte, sehen Wirtschaftsverbände durch die Maßnahme die Existenz vieler Unternehmen bedroht. Sozialverbände und Politiker bis in die SPD hinein beklagen hingegen die mit der Gasumlage verbundenen sozialen Härten für zahlreiche Bürger. Auf Unverständnis bei allen stößt, dass auch gesunde Unternehmen von der Umlage in ihrer jetzigen Gestaltung profitieren würden. Weshalb denn auch der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil in seltener Klarheit seinem Koalitionspartner „handwerkliche Fehler“ vorwarf und eine schnelle Überarbeitung verlangte.

Doch so verständlich der Ärger über das Umlagen-Debakel auch sein mag, so

sehr verdeckt die Debatte doch einige wichtige Umstände. Habecks Probleme – und die der Bundesregierung – sind nicht die Folge einiger „handwerklicher Fehler“, sondern eines energiepolitischen Irrwegs, der seit Jahren bedenkenlos ökonomische Notwendigkeiten und naturwissenschaftliche Fakten zugunsten ideologischer Lieblingsprojekte ignoriert (siehe Seite 3).

Die eigentlichen Probleme

Es ist die Folge eines Irrwegs, dessen Protagonisten nicht wahrhaben wollen, dass man eine ganzjährig rund um die Uhr laufende Hochleistungsindustrie auch mit noch so vielen Windrädern und Solaranlagen nicht versorgen kann, da diese nicht ganzjährig rund um die Uhr Energie liefern. Doch selbst jetzt noch fordern Grünen-Politiker und ihnen nahestehende Lobbyisten der Erneuerbaren Energien im Verbund mit geeigneten Medien einen forcierten Ausbau der Erneuerbaren.

Dass auch Habeck zu jenen gehört, die klare Fakten missachten, wenn diese nicht dem eigenen Weltbild entsprechen, zeigte er vergangene Woche mit dem Abschluss einer Energiepartnerschaft mit Kanada. Deren Ziel ist die gesicherte Versorgung mit Flüssiggas (LNG) und Biowasserstoff, was Deutschland nicht zuletzt die Abkehr von seinem bisherigen Hauptgaslieferanten Russland ermöglichen soll.

Allein über die beiden bestehenden Leitungen der Pipeline Nord Stream 1 lie-

ferte Russland im Jahr 2021 rund 58,8 Milliarden Kubikmeter Gas in Richtung EU. Mit der faktisch fertigen Pipeline Nord Stream 2 könnten weitere 55 Milliarden Kubikmeter Gas transportiert werden. Dagegen kommen die größten LNG-Tanker gerade einmal auf ein Ladevolumen von 266.000 Kubikmetern. Wollte man also allein das über Nord Stream 1 gelieferte Erdgas durch kanadisches LNG ersetzen, bräuchte man dazu rund 220.000 Schiffsfahrten. Da derzeit weltweit aber nur 320 derartige Tanker im Einsatz sind, müsste dafür jedes vorhandene LNG-Schiff rund 690 Mal im Jahr (also zweimal täglich!) zwischen Kanada und Europa hin und her fahren.

Zahlen wie diese zeigen, dass das Problem Robert Habecks und der deutschen Energiepolitik nicht nur ein paar „handwerkliche Fehler“ sind. Das Problem ist vielmehr der Irrglaube, dass Energie mühelos und beliebig erzeugbar ist und über sie wie in einem Katalog frei verfügt werden kann. Doch so ist es nicht.

Sollte Habeck seinen Irrweg fortsetzen und die ideologischen Motive seiner Partei über die Interessen unseres Landes und seiner Bürger stellen, dürfte er schon bald in Turbulenzen geraten, gegen die der bisherige Ärger ein laues Lüftchen ist.

In Konflikten zwischen Ideologie und realpolitischen Erfordernissen siegt auf mittlere und lange Sicht stets die Realpolitik.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Warschau streicht den Deutschunterricht in Polen zusammen **Seite 5**

Kultur

Eine neue TV-Serie über die Umbrüche im Braunkohle-Revier Brandenburgs **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Inmitten des Krieges entsteht ein Museum für den Tilsiter Frieden **Seite 13**

Reise

Zu Besuch in Nessebar, dem malerischen Welterbe am Schwarzen Meer **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Bürgergeld Die Ampelkoalition will ab dem kommenden Jahr Hartz IV abschaffen. Das angepeilte Nachfolgemodell bekommt nicht nur einen neuen Namen, sondern ist außerdem ziemlich kostspielig

Teure Reform der Sozialhilfe

Die Finanzierung und Umsetzung der neuen Grundsicherung steht derzeit noch auf tönernen Füßen

VON NORMAN HANERT

Kaum muss sich Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wegen der geplanten Gasumlage viel Kritik anhören, kündigt sich für die Ampel-Koalitionäre schon der nächste Ärger an. Grund ist die geplante Einführung des sogenannten Bürgergelds. Die Ablösung der Hartz-IV-Leistungen durch ein solches neues Sozialgeld gehört zu den zentralen Vorhaben des rot-grün-gelben Bündnisses.

Nach den bisherigen Plänen der Koalition soll das Bürgergeld schon zum 1. Januar 2023 eingeführt werden. In einer Stellungnahme hat die Bundesagentur für Arbeit vor Kurzem aber starke Zweifel geäußert, ob das Bürgergeld tatsächlich Anfang des kommenden Jahres realisiert werden kann. Die Nürnberger Behörde schreibt zu dem Gesetzesvorhaben, allein schon die Umbenennung der bisherigen Begriffe Arbeitslosengeld II und Sozialgeld durch Bürgergeld in den IT-Systemen der Bundesagentur werde einen erheblichen Aufwand auslösen und könne nur zeitlich gestaffelt umgesetzt werden. Zudem wies die Bundesagentur für Arbeit in ihrer Stellungnahme auf die zusätzliche Belastung der Jobcenter durch die Betreuung ukrainischer Flüchtlinge hin.

Wegen der Entwicklung bei den Energie- und Verbraucherpreisen rechnet die Arbeitsagentur auch mit einer steigenden Anzahl an leistungsberechtigten Personen, bei denen das Einkommen oder das Arbeitslosengeld aufgestockt werden muss. Angesichts dieser Gemengelage hält die Bundesagentur den Beginn der Bürgergeld-Auszahlung zum 1. Januar 2023 nicht für realisierbar und plädiert stattdessen für eine Einführung zum 1. Juli 2023.

Karenzzeit für Bürgergeldempfänger

Durchaus positiv sieht die seit Kurzem von der SPD-Politikerin Andrea Nahles geleitete Bundesagentur für Arbeit einige der geplanten Änderungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Zu den Neuerungen, die der ebenfalls sozialdemokratische Bundesarbeitsminister Hubertus Heil plant, zählt die Einführung

einer zweijährigen Karenzzeit, in der das Vermögen der Leistungsempfänger nicht angetastet werden soll, sofern es den Betrag von 60.000 Euro nicht übersteigt. Der Regierungsentwurf sieht auch vor, dass in den ersten zwei Jahren nicht geprüft wird, ob die Wohnung der Leistungsbezieher zu groß oder zu teuer ist.

Auch auf anderen Bereichen will Heil das Bürgergeld an weniger strenge Auflagen knüpfen als das bisherige Hartz IV. Für die Dauer von sechs Monaten plant er etwa eine „Vertrauenszeit“, in der es keine Leistungskürzungen geben soll, wenn sogenannte Pflichtverletzungen durch den Leistungsempfänger vorliegen.

Aus Sicht der Bundesagentur für Arbeit nimmt die zweijährige Karenzzeit und Anhebung des Schonvermögens vor allem in Übergangszeiten von Bürgern „die Last der Existenzsicherung von den Schultern“. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, sich auf die konkret anstehenden Integrationschritte zu konzentrieren,

so die Behörde. Kritisch sieht die Agentur allerdings die für den Bundeshaushalt 2023 vorgesehene Finanzierung des Bürgergelds. Bleibt es bei den bisherigen Etatansätzen, kann aus Sicht der Bundesagentur unter anderem die Förderung von Langzeitarbeitslosen nicht auf dem bisherigen Niveau aufrechterhalten werden.

Gegenwind von vielen Seiten

Ganz grundsätzliche Kritik am Entwurf für das Bürgergeld kommt von den Arbeitgeberverbänden und den Kommunen. Letztere betreiben zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit die Jobcenter, die bislang die Hartz-IV-Leistungen auszahlen. Künftig sollen die Kommunen auch für das Bürgergeld zuständig sein.

Der Deutsche Landkreistag kritisierte in einer Stellungnahme zum Regierungsentwurf, dass mit dem Bürgergeld systematisch Arbeitsanreize reduziert würden. „Dies lässt sich gegenüber Erwerbstätigen

in unteren Einkommensgruppen nicht mehr erklären“, so der Landkreistag. Auch der Plan, dass Vermögen erst ab 60.000 Euro angerechnet werde, sei „mit Sinn und Zweck einer steuerfinanzierten Sicherung des Existenzminimums nicht zu vereinbaren“.

Der Bundesverband Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) bemängelt insbesondere die geplante zweijährige Karenzzeit, in der Vermögen und Wohnraum der Leistungsempfänger erst einmal nicht angetastet werden sollen. Damit werde das Bürgergeld innerhalb der ersten zwei Jahre „zu einem weitgehend bedingungslosen Grundeinkommen“, so der BDA. Dies hält der Bundesverband vor dem Hintergrund eines Mangels an Arbeits- und Fachkräften für eine „fatale Fehlentscheidung“.

Zudem widersprechen aus Sicht des BDA die geplanten Regelungen zum Bürgergeld auch „massiv grundlegenden Sozialstaatsprinzipien“.



Viel Bürgergeld: Die Kassenautomaten in den Jobcentern werden in Zukunft mehr Geld für mehr Empfänger ausgeben Foto: ddp

EINWANDERUNG

Bürgergeld für Ausländer

Ginge es nach den Vorstellungen der Grünen, dann könnte die Öffnung des deutschen Sozialhilfesystems für ukrainische Kriegsflüchtlinge nur ein Auftakt für einen generellen Kurswechsel bei der finanziellen Grundsicherung für Asylbewerber sein. Mit dem Beginn des Monats Juni sind mehrere Hunderttausende hierzulande lebende ukrainische Staatsbürger in die Zuständigkeit der Jobcenter gerutscht, bei denen sie eine Grundsicherung für Arbeitsuchende, besser bekannt als Hartz IV, beantragen können. Bis dahin hatten die Ukrainer nur Anspruch auf die geringer ausfallenden Leistungen auf der Grundlage des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Bislang haben nur anerkannte Asylbewerber Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen. Asylbewerber und Ausländer mit Duldungsstatus erhalten dagegen Hilfe auf der Basis des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Schon seit Jahren fordern die Grünen, dieses Gesetz abzuschaffen und bereits an Asylbewerber, noch während der laufenden Anerkennungsverfahren, den vollen Hartz-IV-Regelsatz auszuzahlen. Zudem will die Partei bereits den Asylbewerbern ein volles Anrecht auf alle medizinischen Leistungen einräumen, die etwa auch Sozialhilfeempfängern zustehen.

In den Referentenentwurf zu einem Bürgergeld-Gesetz aus dem Hause von Arbeitsminister Hubertus Heil sind diese Vorstellungen der Grünen nicht eingeflossen. Vorgesehen ist ein Anspruch auf Bürgergeld allerdings für ausländische Staatsangehörige, wenn diese ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik haben. Ausgeschlossen sind Touristen und Saisonarbeiter sowie Ausländer ohne Arbeitserlaubnis.

Auch ausländische Staatsangehörige, denen ein Aufenthaltsrecht ausschließlich zum Zweck der Arbeitssuche erteilt wurde, sollen keinen Anspruch auf Bürgergeld haben. Für ausländische Familienangehörige sieht der Gesetzentwurf eine Sperrfrist für die ersten drei Monate des Aufenthalts in Deutschland vor. N.H.

GRUNDSICHERUNG

Lohnt sich Arbeit noch?

Gegenüber dem Arbeitslosengeld II werden beim Bürgergeld die Regelsätze angehoben. Außerdem ist höherer Zuverdienst möglich

„Wir lösen die Grundsicherung durch ein neues Bürgergeld ab“, formulierten SPD, Grüne und FDP im vergangenen Herbst als ein Ziel, das sie sogar in die Präambel ihres Koalitionsvertrages aufnahmen. In der Endphase des erforderlichen Gesetzgebungsverfahrens werden in Detailfragen nun aber noch einmal sehr verschiedene Vorstellungen deutlich.

Taktisch nicht ungeschickt, hatte Hubertus Heil die Eckpunkte seines Gesetzesentwurfs erst kurz vor der parlamentarischen Sommerpause öffentlich gemacht. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat den Referentenentwurf zur Einführung des Bürgergelds sogar erst am 10. August veröffentlicht.

Folge dieses straffen Zeitplans ist nun aber, dass sich die Ampel unter hohem

Zeitdruck abstimmen und einigen muss, damit noch im Laufe des Septembers im Bundeskabinett über das Bürgergeld abgestimmt werden kann.

Klären muss die Ampelkoalition noch die Frage, wie hoch das Bürgergeld überhaupt sein soll. Bundesarbeitsminister Heil schwebt eine „angemessene Erhöhung“ des bisherigen Hartz-IV-Regelsatzes von 449 Euro vor, die nicht der Inflation hinterherhinken soll. Konkret nannte Heil dabei einen Betrag von zusätzlich 50 Euro.

Die Linkspartei-Chefin Janine Wissler kritisierte allerdings die Vorstellung des Ministers: „50 Euro im Monat für einen Erwachsenen – und das ist noch nicht einmal mit dem Koalitionspartner abgestimmt. Selbst wenn die FDP ihren Wi-

derstand aufgibt, wird diese Erhöhung von der Inflation schneller aufgefressen, als man gucken kann.“ Tatsächlich sind aus der FDP bislang eher ablehnende Töne zu einer Erhöhung zu hören. Parteichef Christian Lindner verwies beispielsweise auf ein „bewährtes Verfahren“ zur Errechnung der Regelsätze anhand von Preis- und Gehaltsentwicklung.

Auch bei den Sanktionsmöglichkeiten im Falle von Pflichtverstößen hat die FDP andere Vorstellungen als der SPD-Politiker Heil. Lindner sagte gegenüber der „Berliner Morgenpost“ zu den Sanktionen gegen Bürgergeld-Empfänger: „Ich sehe das aus den Augen derjenigen, die jeden Tag arbeiten und trotzdem jeden Euro umdrehen müssen.“ Lindner weiter: „Diese Menschen könnten nicht verste-

hen, dass sie mit ihren Steuern nicht nur Bedürftige unterstützen sollen, sondern auch jene, die vorsätzlich Termine nicht wahrnehmen oder angebotene Bildung und Arbeit ablehnen.“

Auch FDP-Fraktionschef Christian Dürr erklärte mit Blick auf das Bürgergeld gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland, man müsse aufpassen, dass sich Arbeit noch lohnt. Offen zeigte sich die FDP dagegen, beim Bürgergeld die Grenze für einen Zuverdienst anzuheben. „Wenn Menschen in Hartz IV einige Stunden arbeiten, wollen wir ihnen nicht mehr den Großteil des Verdienstes wegnehmen“, so Dürr.

In Heils Vorschlägen ist bislang lediglich vorgesehen, dass Schüler, Azubis und Studenten, die Bürgergeld erhalten, mehr

hinzuverdienen dürfen als bislang Hartz-IV-Bezieher. Tatsächlich kann eine generelle Anhebung der Zuverdienstmöglichkeiten als ein zweischneidiges Schwert angesehen werden. Die FDP verweist auf eine aktivierende Wirkung, wenn beispielsweise Langzeitarbeitslose zumindest für einige Stunden wieder einer bezahlten Arbeit nachgehen.

Aufgrund der Erfahrungen mit den Hinzuverdienstmöglichkeiten im bisherigen Hartz-IV-System ist allerdings auch zu befürchten, dass bei einer deutlichen Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze in einer Grauzone ein Arbeitsmarktsegment entsteht, bei dem Unternehmer und Beschäftigte das Bürgergeld als eine Lohnsubventionierung auf Kosten der Steuerzahler nutzen. N.H.

Der Weg ins industrielle Abseits

Deutschlands Totalausstieg aus den konventionellen Energien ist naturwissenschaftlich unsinnig und ökonomisch ein Debakel. Über einen von der Politik betriebenen ideologischen Irrweg

VON WOLFGANG MÜLLER-MICHAELIS

Wenn Fahrlässigkeit ein planloses, risikobehaftetes und aus dem Ruder gelaufenes Tun und Unterlassen beschreibt, dann trifft dies auf die Art und Weise zu, in der von der Bundesregierung derzeit Energiepolitik betrieben wird. Ungeachtet naturwissenschaftlicher Erkenntnisse und technischer Innovationen, die kluge Geister in Jahrhunderten erdacht und in eine hochentwickelte Energieversorgungsstruktur umgesetzt haben, erwecken Ökoaktivisten und ihre Gefolgsleute in Parteien und Medien den Eindruck, dass dieser zentrale Baustein moderner Zivilisation nur zu dem Zweck geschaffen wurde, die „Klimakatastrophe“ herbeizuführen.

Wer in der Schule in den naturwissenschaftlichen Fächern aufgepasst hat, weiß, dass weder menschliches Leben noch alle übrigen Abläufe in der Natur ohne energetische Impulse denkbar sind. Das gilt auch für die Produktions- und Leistungsprozesse der Wirtschaft, die von den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Inanspruchnahme der Umwelt sowie vom „vierten Faktor“ Energie angetrieben und am Laufen gehalten werden.

Aufgaben der Energieerzeugung

Der durch die Energiewirtschaft erzeugte Energiemix setzt sich aus einer Vielzahl natürlicher Energierohstoffe und produzierter Energieträger zusammen: von den konventionellen fossilen Energieträgern Mineralöl, Erdgas und Kohle sowie der Kernenergie bis zu den Erneuerbaren Energien wie Windkraft, Photovoltaik, Biomasse und Wasserkraft. Die im Zuge des Klimawandels in Gang gesetzte Energiewende hat in Deutschland zu extrem rigorosen Eingriffen in die Energiemärkte geführt. Vor allem von Politikern der Grünen wird die Vorstellung verbreitet, dass es möglich sei, auf Kohle, Erdgas und Kernenergie zu verzichten und diese vollständig durch Erneuerbare Energien zu ersetzen.

Dem steht das herkömmliche energiepolitische Axiom entgegen, dass die Energieversorgung einer hochentwickelten Industriation gleichgewichtig auf die Ziele Versorgungssicherheit, kostengünstige Bereitstellung sowie Umweltverträglichkeit auszurichten sei, wenn sie den Ansprüchen von Produzenten, Verbrauchern und der Umwelt genügen soll. Dabei hat das Teilziel möglichst niedriger Kosten sowohl die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie als auch den Geldbeutel der Verbraucher im Auge. Doch seit Jahren ist dieser energiepolitische Dreiklang aufgebrochen und durch eine Priorisierung zugunsten von Umweltverträglichkeit und Klimaschutz ersetzt worden. Versorgungssicherheit und Kosten spielen nur noch eine untergeordnete Rolle. Mit fatalen Folgen.

Denn diesem Umschwenken fallen all jene Energiearten zum Opfer, die bisher die Grundlast der Versorgung getragen haben. Die Protagonisten der Energiewende begründen dies einmal mit der Notwendigkeit, die von der Weltklimakonferenz vorgegebenen Ziele nicht nur einzuhalten, sondern zum Ausgleich klimapolitisch säumiger Länder überzukompensieren. Zum anderen sind sie fest davon überzeugt, dass durch die erneuerbaren CO₂-armen Energien allein ein ausreichendes Versorgungsangebot bereitgestellt werden kann. Beides zeugt von einem illusionären, ideologischen und inkompetenten Politikansatz.

Die Schwäche der „Erneuerbaren“

Schon wegen seines geringen Anteils am globalen CO₂-Ausstoß kann Deutschland selbst bei rigoroser Abschaltung aller hiesigen CO₂-Emittenten angesichts des dynamischen Zuwachses der bevölkerungsreichen Schwellen-



Unverzichtbarer Baustein der deutschen Stromgewinnung: die Kernenergie. Im Bild das Kraftwerk Isar 2

länder allenfalls minimalen Einfluss auf die globale CO₂-Bilanz nehmen. Zum anderen werden die Erneuerbaren Energien sowohl aus physikalischen als auch aus ökonomischen Gründen niemals in der Lage sein, die Versorgung eines führenden Industrielandes zu übernehmen. Obwohl Windkraft und Photovoltaik in den letzten Jahren durch staatliche Förderung massiv unterstützt wurden, beträgt der Anteil aller „Erneuerbaren“ am derzeitigen (2021) deutschen Primärenergieverbrauch 16 Prozent, während 84 Prozent der Energieversorgung hierzulande nach wie vor von den fossilen Energieträgern Mineralöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle sowie von der Kernenergie gedeckt werden.

Der noch immer bescheidene Anteil der „Erneuerbaren“ am deutschen Energiemix mag alle jene verwundern, die in öffentlichen Debatten immer wieder hören, dass allein Wind- und Sonnenenergie bereits die 50-Prozent-Marke des Energiebedarfs geknackt hätten. Diese Legendenbildung ist auf eine peinliche Ignoranz mancher Medienschaffender sowie auf manipulative Machenschaften von Ökoaktivisten zurückzuführen.

Das Problem: Hier wird die Elektrizitätswirtschaft, die neben der Gaswirtschaft, dem Mineralöl- und Treibstoffsektor und den übrigen Energiemärkten nur einen Teilbereich der Energiewirtschaft abbildet, für das Ganze genommen. Doch selbst beim elektrischen Strom haben die konventionellen Energieträger die Nase vorn, wie die Stromstatistik für 2021 zeigt. Während Braun- und Steinkohle (28 Prozent) und Erdgas (15 Prozent) sowie die Kernenergie (12 Prozent) in der Summe noch immer auf 55 Prozent kommen, bringen es die „Erneuerbaren“ mit Windkraft (20 Prozent), Photovoltaik (8,5 Prozent), Biomasse (8 Prozent) und Wasserkraft (3,5 Prozent) auf zusammen 40 Prozent, die restlichen fünf Prozent sind sonstige Energiequellen.

Bei der Stromerzeugung unterscheidet man zwischen Grund- und Spitzenlast. Nur jene Kraftwerksturbinen, die von ununterbrochen verfügbaren Energieträgern wie Kohle, Gas oder Kernenergie angetrieben werden, besitzen beim heutigen Stand der Technik jene witterungsunabhängige Grundlastfähigkeit, um die komplexen Anforderungen für den Dauerbetrieb der Techniksysteme einer modernen Wirtschaft zu erfüllen. Windkraft und Solarenergie, die aufgrund der natürlichen Bedingungen durch eine hohe Volatilität gekennzeichnet sind, rechnet man der Spitzenlast zu.

Windkraft und Solarenergie können ihre Leistung nur unregelmäßig ins Netz einspeisen, denn von den 8760 Stunden, die ein Jahr hat, kommen wir auf eine Volllaststundenzahl pro Jahr bei Sonne von nur 900 Stunden, bei Wind von 1900 Stunden. Dieses kardinale Manko der „Erneuerbaren“ durch Großspeicher auszugleichen, ist zwar eine schöne Idee, deren Umsetzung sich aber leider noch im Entwicklungsstadium befindet. Auch der Vorschlag einer grünen Spitzenpolitikerin, das Stromnetz als Speicher für die „Erneuerbaren“ zu nutzen, stößt auf systemimmanente Grenzen. Ihm steht der physikalische Befund entgegen, dass das Netz ein Durchlaufmedium ist und ihm nur jene Mengen an Strom laufend entnommen werden können, die laufend eingeleitet werden.

Fakten contra Illusionen

Die mangelnde Grundlastfähigkeit ist bei Weitem nicht das einzige Problem der „Erneuerbaren“. So läge, selbst wenn man annimmt, dass sich die Anzahl der heute rund 30.000 Windräder in Deutschland, deren Leistung vier Prozent des Primärenergieverbrauchs entsprechen, in Zukunft verzehnfachen ließe, bei weiter stark steigendem Strombedarf der Anteil der Windkraft am gesamten Energiemarkt kaum höher als 40 bis 50 Prozent. Allerdings unter der Bedingung, dass die Bevölkerung bei dann 300.000 Windrädern und angesichts einer Fläche Deutschlands von 360.000 Quadratkilometern eine Mastdichte von einem Windrad je Quadratkilometer – egal ob Stadt, ob Land, ob Gewässer oder Wald – zu akzeptieren bereit wäre.

Woher sollte angesichts der Grenzen, die den „Erneuerbaren“ durch physikalische Gesetze und soziale Akzeptanz gezogen werden, jenes Potential bis zur Deckung des Bedarfs kommen, das zudem im Zuge einer auch durch E-Mobilität steigenden Energienachfrage durch dynamisches Wachstum gekennzeichnet sein wird? Der Hinweis auf im Forschungsstadium befindliche Zukunftsenergien wie Wasserstoff oder Kernfusion dürfte für die Deckung der aktuellen und mittelfristigen Bedarfslücke wenig helfen.

Die Lösung liegt denknotwendig in Deckungsbeiträgen jener konventionellen Energien, die auch in der Vergangenheit die Grundlast der Versorgung getragen haben. Unter den fossilen Energien dürfte das Mineralöl außer für die Wärme-, Treibstoff- und Schmierstoffversorgung vor allem als Grund-

stoff der Petrochemie auf absehbare Zeit unverzichtbar bleiben. Die wenigsten wissen, dass nicht nur Oberhemden und Kleiderstoffe, sondern auch Möbel, Geschirr und vieles andere mehr aus dem Mineralölderivat Rohbenzin hergestellt werden.

Am wenigsten dürfte vonseiten der Politik am Kohleausstieg gerüttelt werden. Allerdings sollte aus Gründen praktischer Vernunft ein Braunkohle-Großkraftwerk in der Lausitz weiterbetrieben werden, weil damit zur sozialen Befriedung einer gebeutelten Region beigetragen werden kann, ohne dass dadurch ein nennenswerter Effekt in der globalen CO₂-Bilanz zu verzeichnen wäre.

Erdgas hat als Kohlenwasserstoffenergie eine dem Mineralöl ähnliche Doppelbedeutung als Energieträger wie als Grundstoff der Chemischen Industrie. Daher ist die industrielle Verzahnung zwischen europäischem Großvorkommen an Gas und europäischer Chemie von so grundlegender wirtschaftlicher Bedeutung. Das ist der eigentliche Grund dafür, dass Sibirien schon früh die „energiepolitische Eissschranke“ für die europäische Wirtschaft übernommen hatte. Es dürfte diese Rolle aufgrund der geopolitischen Grundlagen, wenn auch mit vorübergehenden Einschränkungen aufgrund des russisch-ukrainischen Krieges, auf lange Sicht beibehalten. Deshalb sind die Europäer gut beraten, dem von Eigeninteressen geleiteten US-amerikanischen Druck in Sachen russisches Gas mit mehr Souveränität zu begegnen. Das gegen die Gaslieferungen ins Feld geführte Argument der russischen Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine sollte im Lichte der Abhängigkeit der US-Amerikaner vom Öl Saudi-Arabiens betrachtet werden.

Streitthema Kernenergie

Bleibt die Kernenergie als potentieller Lückenbüßer der absehbaren Unterdeckung, falls weiterhin nur auf die „Erneuerbaren“ gesetzt wird. Mit einem Beitrag von ebenfalls sechs Prozent zum Primärenergiebedarf spielt sie im deutschen Gesamtenergiemix nach dem Ausstiegsbeschluss von 2011 zwar keine tragende Rolle mehr, hält aber mit einem Anteil von zwölf Prozent noch immer eine wichtige Position in der Stromerzeugung. Der Stilllegungsbeschluss für die letzten drei am Netz verbliebenen Kernkraftwerke zum Jahresende 2022 steht in einem denkbar krassen Gegensatz zur sich abzeichnenden Stromlücke, wenn auf einen Schlag neben den aus Russland belieferten Erdgas- auch die Atomkraftwerke mit einem gemeinsamen Anteil von 27 Prozent der deutschen Stromerzeugung ausfallen würden.

Niemand außer den Hardlinern der Anti-Atombewegung versteht, weshalb das Beharren auf deren Gründungsmythos weiter politikfähig sein soll, wenn die Kernenergie inzwischen von aller Welt als Non-plus-Ultra einer alle drei Teilziele optimal erfüllenden Energiepolitik betrachtet und genutzt wird. Die peinliche Rückständigkeit der amtierenden Bundesregierung in der Kernenergiefrage nimmt absurde Züge an, wenn sie sich nicht nur der Forderung der europäischen Nachbarn und der EU-Kommission zur Unterstützung von Versorgungssicherheit und Klimaschutz nach Weiterbetrieb der drei verbliebenen Kernkraftwerke verschließt, sondern sogar dem Weltklimarat widerspricht, der aus denselben Erwägungen heraus für eine bevorzugte Nutzung der Kernenergie plädiert.

Auch den der Kernenergie ablehnend gegenüberstehenden Protagonisten sollte die Einsicht zumutbar sein, dass man die Versorgung mit einer als „gefährlich“ und „risikoreich“ eingestuften Energieart nicht den vergleichsweise unsicheren Kantonisten aus dem Ausland überlassen sollte, wenn man als Erfinder dieser hochsensiblen technologischen Innovation über das zu seiner Beherrschung beste Sicherheitskonzept selbst verfügt.

Die mangelnde Grundlastfähigkeit ist bei Weitem nicht das einzige Problem der „Erneuerbaren“

● Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis war Generalbevollmächtigter der Deutschen BP AG Hamburg (bis 1991), nach der Wende Energiebeauftragter der Sächsischen Staatsregierung Dresden/Organisation der Braunkohlesanierung in den Revieren Lausitz und Westsachsen. Er wurde promoviert mit der Studie „Die Integration der westeuropäischen Energiemärkte“ (Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1968) und ist Verfasser zahlreicher energiepolitischer Beiträge. muemis-bloghouse.de

FOTO: IMAGO/WOLFGANG MARIA WEBER

MELDUNGEN

Mehr Ausländer im Osten

Berlin – In den neuen Bundesländern hat sich die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund zwischen den Jahren 2011 und 2021 in auffallend starkem Maße erhöht. Im Freistaat Sachsen stieg der Anteil der nicht aus Deutschland stammenden Einwohner von zwei auf nunmehr 5,7 Prozent, wobei die Großstädte Dresden und Leipzig noch mehr Ausländer aufnahmen, sodass deren Quote dort jetzt bei knapp zehn beziehungsweise 16 Prozent liegt. Ganz ähnlich sieht es in Thüringen aus, wo mittlerweile 8,4 Prozent der Bevölkerung Immigranten sind. Vergleichbare Werte findet man in Brandenburg (9,1 Prozent), Sachsen-Anhalt (9,1 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (8,8 Prozent). Noch deutlicher wird die Trendwende im angeblich von Ausländern gemiedenen Osten beim Blick auf die Zahl der eingewanderten jungen Erwachsenen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren: In manchen Städten und Regionen versechsfachte sich deren Anteil während der vergangenen zehn Jahre. W.K.

Angriffe auf Kunstwerke

Dresden – Die „Klimaaktivisten“ der Gruppe „Aufstand der letzten Generation“, die den „fossilen Wahnsinn“ stoppen und unseren Planeten vor dem „Untergang“ retten wollen, schrecken neuerdings auch nicht mehr davor zurück, Kunstwerke von unermesslichem Wert zu beschädigen. So klebten sich in den vergangenen Tagen mehrere der Klima-Apokalypiker am Standbild der antiken Laokoon-Gruppe in den Vatikanischen Museen von Rom und an dem Botticelli-Gemälde „Primavera“ in den Florentiner Uffizien fest. Dem folgte am 23. August eine Attacke auf die weltbekannte „Sixtinische Madonna“ von Raffael in der Gemäldegalerie Alte Meister des Dresdner Zwingers. Die beiden „Aktivisten“ Jakob Beyer und Maik Grunst leimten sich jeweils mit einer Hand am Rahmen des Gemäldes fest, um die Bundesregierung zum Verzicht auf fossile Brennstoffe zu nötigen und darüber hinaus einen kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr zu erzwingen. W.K.

Altersbezüge sind gestiegen

Berlin – Angaben der Bundesregierung zufolge betrug die Höhe der Renten 2021 im Durchschnitt 1194 Euro für Männer und 813 Euro für Frauen. In diese Höhe der Versichertenrenten fließen auch andere Rentenarten mit ein. Besonders langjährig Versicherte konnten mit einer durchschnittlichen Zahlung von 1419 Euro rechnen, wobei die Rente für Männer bei 1566 Euro und die für Frauen bei 1226 Euro lag. Die Regelaltersrente, die nach mindestens fünf Beitragsjahren und einem Eintrittsalter bis zur Regelaltersrente erreicht wird, hatte im Dezember 2021 bei durchschnittlich 697 Euro gelegen, 886 Euro für Männer und 566 Euro für Frauen. Die Altersbezüge sind damit leicht gestiegen. Diese Zahlen nannte die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion. MRK

Rafał Dutkiewicz war der Hauptredner der diesjährigen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin. Der ehemalige Stadtpräsident von Breslau [Wrocław] (2002–2018) stellte nach den Worten des BdV-Präsidenten Bernd Fabritius das die Menschen verbindende in den Vordergrund seines Handelns, „weil Fortschritt und eine gemeinsame, friedliche Zukunft nur miteinander und in Kenntnis der gemeinsamen Vergangenheit in all ihren Höhen und Tiefen erreicht werden können“.

Zentrale Gedenkveranstaltung des Bundes der Vertriebenen

Der „Tag der Heimat“ ist die zentrale Gedenkveranstaltung des BdV und geht zurück auf die Verabschiedung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die am 6. August 1950 vor dem Stuttgarter Schloss verlesen wurde. In diesem Dokument, gleichsam dem „Grundgesetz der deutschen Heimatvertriebenen“, formulierten die Überlebenden von Flucht und Vertreibung einerseits das Recht auf die Heimat, verzichteten jedoch ausdrücklich auf Rache und Vergeltung. „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“

Davon, dass die Arbeit der Vertriebenen in den vergangenen Jahrzehnten Früchte getragen hat, zeugen bis heute Veranstaltungen wie der alljährliche „Tag der Heimat“.

In diesem Jahr trafen sich zahlreiche deutsche Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler – Vertreter der Erlebnisgeneration und ihre Nachkommen – sowie Partner aus dem Bereich der deutschen Minderheiten, aus Politik, Kultur und Gesellschaft am 27. August. Die Veranstaltung stand unter dem Leitwort „Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa“ und fand in der Französischen Friedrichstadtkirche in der Bundeshauptstadt statt.

Bernard Gaida erhielt die Ehrenplakette des BdV

Einer der Ehrengäste war Bernard Gaida, der als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) die Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen für die wichtige Arbeit der AGDM verliehen bekommen hat.

Fabritius erläuterte die Ehrung wie folgt: „Mit dieser einstimmig vom BdV-Präsidium beschlossenen Ehrung wollen wir ein Zeichen dafür setzen, dass unsere verständigungspolitische Arbeit mit den in der Heimat verbliebenen Deutschen – den deutschen Minderheiten in Europa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion – ebenso ‚natürliche‘ wie engagier-



Festlicher Rahmen: BdV-Präsident Bernd Fabritius begrüßt die Gäste der Veranstaltung. Das Bild auf Seite 1 zeigt den diesjährigen Festredner und langjährigen Stadtpräsidenten von Breslau (Wrocław), Rafał Dutkiewicz Foto: BdV

TAG DER HEIMAT

Brückenbauer in Europa

Zahlreiche Vertreter der Erlebnisgeneration und ihre Nachkommen nahmen an der zentralen Gedenkveranstaltung des BdV in Berlin teil

te und erfolgreiche Partner hat, die sich fortwährend mit eigenen Herausforderungen im Kultur-, Sprach- und Identitätserhalt konfrontiert sehen.“

Auch die Ukraine war aus gegebenem Anlass Thema beim „Tag der Heimat“. So freute sich der BdV-Präsident darüber, den Vorsitzenden des Rates der Deutschen der Ukraine, Wolodymyr Leysle, zu einem Grußwort begrüßen zu dürfen.

Joachim Ochel, Oberkirchenrat beim Bevollmächtigten des Rates der EKD, sprach in seinem Geistlichen Wort über die Bedeutung von Brückenbauern und nahm so das Leitwort der Veranstaltung gekonnt auf.

Feierliche Kranzniederlegung

Im Anschluss an die Veranstaltung wurde in guter Tradition die alljährliche, feierliche Kranzniederlegung am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen, der „Ewigen Flamme“ auf dem Theodor-Heuss-Platz begangen, bei der neben Fabritius auch der Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Andreas Geisel MdB, sowie der Berliner BdV-Landesvorsitzende, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch, Gedenkworte sprachen. PAZ



Glückwunsch: Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, gratuliert Bernard Gaida (l.) zur Verleihung der BdV-Plakette Foto: PAZ

AFD NIEDERSACHSEN

Hinter den Kulissen gärt es weiter

Trotz steigender Umfragewerte: Parteiintern kämpfen Bürgerliche und das Höcke-Lager gegeneinander

Die erste Hürde hat die AfD geschafft. Die Landeswahlleitung Niedersachsens hat die Partei für die Wahl am 9. Oktober zugelassen. Das ist keine Selbstverständlichkeit, geht es doch bei den „Nord-Alternativen“ traditionell drunter und drüber.

Die 2017 gewählte Landtagsfraktion ist längst zerbrochen, die Hälfte der Abgeordneten hat die Partei verlassen. „Das ist bei uns eben so, dass die Listen angefochten werden“, sagt der neue Landesvorsitzende Frank Rink. Der 35-jährige Bundestagsabgeordnete galt als Hoffnungsträger des chronisch zerstrittenen Verbands. Doch im Juni wurde bekannt, dass der Landwirt mehr als fünf Jahre oh-

ne Fahrerlaubnis unterwegs war. Die Furcht ist groß innerhalb der Rechtspar- tei, nach dem Debakel von Schleswig-Holstein im Frühjahr könnte auch die zweite Fraktion im Norden verloren gehen.

Ein respektable Kandidat

Die letzte Umfrage datiert von Anfang Juli, dort sprachen sich lediglich sechs Prozent der Befragten für die AfD aus. Den Spitzenkandidaten Stefan Marzischewski-Drewes ficht das nicht an. Mit dem 56-jährigen Arzt hat der Verband eine respektable Wahl getroffen. Er erhielt bei der Listenaufstellung weit über 80 Prozent der Stimmen, für AfD-Verhältnisse

ist das ein Rekordergebnis. Bei der Zusammenkunft setzten sich ausnahmslos Vertreter des „bürgerlichen Lagers“ durch, die Liste ist vorzeigbar, ihre vorderen Kandidaten waren bisher wenig in die parteiinternen Auseinandersetzungen verwickelt.

Doch hinter den Kulissen gärt es weiter. Die früheren Landeschefs Jens Kestner und Paul Hampel, die beiden zum Netzwerk des Thüringers Rechtsaußen Björn Höcke gehören, gingen leer aus. Dabei ist die Ausgangslage gar nicht so schlecht. Der Ukrainekrieg und die explodierenden Energiepreise bescheren der Partei bundesweit ein neues Umfrage-

hoch. Zwischen zwölf und 14 Prozent liegt die AfD derzeit, das sind Ergebnisse, die zuletzt vor zweieinhalb Jahren erzielt wurden.

Die Kampagne des Bundesverbands „heißer Herbst, statt kalte Füße“, könnte verfangen. Die Parteispitze um Tino Chrupalla und Alice Weidel hat den Wahlkampf zur Chefsache gemacht. Zahlreiche Auftritte des Sprecher-Duos sind geplant. Um den Erfolg im Norden zu gewährleisten, geht Chrupalla voll ins Risiko. „Wir müssen dort wieder einziehen“, fordert der Sachse und weiß: Geht die Sache schief, wird der Herbst vor allem parteiintern heiß. Christian Schreiber

BILDUNG

Kollektivstrafe auf Kosten der Kinder

Während Brandenburg den Polnischunterricht fördert, streicht Warschau die Deutschstunden zusammen

VON NORMAN HANERT

Als die polnische Regierung Ende vergangenen Jahres die Gelder für den muttersprachlichen Unterricht der deutschen Minderheit zusammenstrich, begründete Bildungsminister Przemyslaw Czarnek dies im Sejm unter anderem damit, dass die Regierung in Deutschland keinen Euro für die polnische Minderheit ausbebe.

Tatsächlich ist für den Polnisch-Unterricht an deutschen Schulen gar nicht die Bundesregierung zuständig. Die Bildungspolitik ist einer der wenigen Bereiche, die noch immer Länderangelegenheit sind. Zumindest die brandenburgische Landesregierung muss die Pauschalkritik aus Warschau nicht auf sich beziehen. Brandenburg unternimmt nämlich erhebliche Anstrengungen, um an den Schulen das Unterrichtsangebot in polnischer Sprache auszubauen. Insgesamt bieten in der Mark Brandenburg mittlerweile schon 30 Schulen Unterricht in polnischer Sprache an.

Allein sieben dieser Schulen befinden sich in Frankfurt an der Oder und vier in Cottbus. Wie das Bildungsministerium auf eine Anfrage aus der CDU-Landtagsfraktion mitteilte, gehören zum Angebot neben dem Fremdsprachenunterricht in Polnisch auch Polnisch als Begegnungssprache, Arbeitsgemeinschaften und muttersprachlicher Unterricht. Ausgebaut wird nach Ministeriumsangaben derzeit in zwei Schulversuchen ein zweisprachiger Unterricht.

Zahl der Polnischschüler steigt

Wie weiter aus der Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der CDU-Fraktion hervorgeht, erhalten in der Mark derzeit etwa 3000 Schüler Unterricht in polnischer Sprache. Im Vergleich zum Schuljahr 2017/2018 waren dies knapp 300 Schüler mehr. Vor fünf Jahren hatten sogar nur 1730 Schüler in Brandenburg Unterricht in Polnisch erhalten.

Die Zahlen spiegeln nur zum Teil das Interesse deutscher Eltern und Kinder an der Sprache des Nachbarlandes wieder. In der Statistik der aus dem Ausland nach Brandenburg zugezogenen Personen stellen Polen die größte Gruppe dar. In Berlin rangieren Polen bei den Auslandszuzügen an zweiter Stelle. Ende des vergangenen



In den vergangenen Jahren massiv ausgebaut: Polnischunterricht in Frankfurt an der Oder

Foto: pa

Jahres lebten laut offizieller Statistik etwa 25.000 Menschen mit polnischer Staatsangehörigkeit in Brandenburg. Davon waren 3650 im Alter unter 18 Jahren. Vor zehn Jahren wies die Statistik lediglich knapp 7900 Polen aus, die in Brandenburg gemeldet waren. Von diesen waren etwa 1000 jünger als 18.

Das Kontrastprogramm zu den Bemühungen des Landes Brandenburg zum Ausbau des Polnischunterrichts ist derzeit östlich von Oder und Neiße zu beobachten. Dort wirkt sich mit dem Beginn des neuen Schuljahres eine drastische Kürzung der Mittel für den Deutschunterricht aus. Gestrichen wurden vom polnischen Parlament im Zuge von Haushaltsberatungen immerhin 40 Millionen Zloty, umgerechnet knapp zehn Millionen Euro.

Als Folge können die Kinder der deutschen Minderheit seit dem 1. September statt drei Stunden nur noch eine pro Woche muttersprachlichen Unterricht erhal-

ten. Betroffen sind rund 40.000 Schüler aus der deutschen Minderheit, hinzu kommen noch etwa 10.000 Kinder polnischer Eltern, die sich für zusätzliche Deutschstunden neben dem Fremdsprachenunterricht entschieden hatten.

Spätaussiedler zu Polen erklärt

Bildungsminister Czarnek hatte im Zusammenhang mit der Kürzung der Gelder im vergangenen Dezember ganz offen die Forderung gestellt, die Bundesrepublik solle ihre internationalen Verpflichtungen und die Menschenrechte einhalten: „Dann werden wir das Geld wieder freigeben“, so der Politiker mit dem Parteibuch der PiS.

Im Sejm sagte Czarnek: „Es kann nicht sein, dass wir in Polen 236 Millionen Zloty (rund 50 Millionen Euro) für die deutsche Minderheit und die deutsche Sprache zahlen, während in Deutschland, wo über zwei Millionen

Polen leben, die Bundesregierung keinen einzigen Euro für die polnische Minderheit ausgibt.“

Bei dieser Rechnung unterschlug Czarnek die nicht unerheblichen Aufwendungen der Bundesländer für den Polnischunterricht wie etwa in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Zudem schlug er aber offensichtlich auch die Spätaussiedler kurzerhand zur Gruppe der in der Bundesrepublik lebenden Polen.

Bereits seit Jahren gehört es zu den Standardforderungen aus Warschau, die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Polen als nationale Minderheit anzuerkennen. Verbunden wären damit nicht nur bestimmte Rechte, sondern auch eine finanzielle Förderung. Angekündigt hat die polnische Regierung, mit den Geldern, die beim Deutschunterricht gestrichen wurden, den Polnischunterricht in der Bundesrepublik zu fördern.

FREIZEIT

Schwimmbad gibt Nachbarschaft den Vorrang

Strandbad Grünau in der Kritik, weil es angeblich Badegäste aus dem eigenen Bezirk bevorzugt einlässt

Berliner Freibäder haben in diesem Sommer vor allem durch Schlägereien für Aufsehen gesorgt, bei denen die Polizei anrücken musste. Erst am Abend des 17. August kam es im Sommerbad Humboldthain in Berlin-Mitte zu einem Streit zwischen Jugendlichen, bei dem ein 15-Jähriger von einer vierköpfigen Gruppe so stark geschlagen und getreten wurde, dass er das Bewusstsein verlor. Eine zufällig anwesende Ärztin konnte das Opfer versorgen. Sanitäter brachten den Jungen in ein Krankenhaus.

Dies war mittlerweile der vierte schwere Zwischenfall in einem Berliner Freibad innerhalb weniger Monate. Zuvor hatte es schon Schlägereien und heftige Tumulte im Sommerbad am Insulaner in Steglitz, im Neuköllner Columbiabad und im Charlottenburger

Olympiabad gegeben. Nun steht allerdings ein Strandbad im Osten Berlins in der Kritik, weil der Betreiber, das Unternehmen „Stadt. Land. Bad.“, offenbar Einlasskontrollen vornimmt und dabei bevorzugt Personen aus Grünau in das Bad eingelassen haben soll.

Zumindest zeitweise sollen Medienberichten zufolge die Besucher am Eingang nach ihren Postleitzahlen gefragt und mitunter nur Badegäste aus dem umliegenden Bezirk eingelassen worden sein. Berichtet wurde dabei zumeist mit einem leicht empörten Unterton. Die „Berliner Zeitung“ schrieb etwa: „Im Strandbad Grünau werden Badegäste offenbar anhand ihrer Postleitzahl selektiert“. Die „Bild“-Zeitung titelte wiederum: „Problembezirke stehen nicht auf der Einlassliste“.

Der Berliner „Tagesspiegel“ griff in der Berichterstattung sogar zu der Formulierung „Zutritt nur für Ost-Berliner?“ Tatsächlich wurde aber auch der konkrete Fall einer vierköpfigen Familie aus Pankow, also dem Berliner Nordosten, geschildert, die zunächst am Eingang des Strandbades abgewiesen wurde.

Senatorin geht auf Pächter los

Die Familie wurde schließlich doch hereingelassen. Ein Mitarbeiter des Bades sagte: „Ihr habt ja Kinder. Familien schicken wir niemals weg, weil wir ein Familienbad sind und bleiben wollen.“ Mittlerweile teilte eine Sprecherin der landeseigenen Berliner Bäder-Betriebe mit, dass es ein Gespräch mit dem Pächter des Strandbades Grünau geben solle. Auch Innensenatorin Iris Spranger (SPD) twitter-

te: „Öffentlicher Badebetrieb heißt, dass kein Mensch in unserer Stadt willkürlich der Zutritt zu einem Bad verweigert werden darf. Ich erwarte, dass der Pächter des Strandbades in Grünau das umsetzt.“

Bereits vergangenes Jahr, als noch Corona-Beschränkungen galten und nur 1200 Badegäste hereingelassen werden durften, waren Vorwürfe gegen den Betreiber des Strandbades laut geworden, er bevorzuge beim Einlass Besucher aus dem eigenen Bezirk. Auf Anfrage des rbb hatte „Stadt. Land. Bad.“ sich im Juni 2021 auf das Hausrecht berufen und geantwortet, das Strandbad Grünau verstehe sich als Unternehmen mit regionalem Bezug, daher habe man entschieden, den Menschen aus der Umgebung des Strandbades beim Einlass den Vorrang zu geben.

Hermann Müller

KOLUMNE

Klima-Terrorismus

VON VERA LENGSELD

Nun also auch in Berlin. Der jüngste Anschlag der Klima-Terroristen von der „Letzten Generation“ galt dem Rahmen des Gemäldes „Ruhe auf der Flucht nach Ägypten“ von Lucas Cranach dem Älteren (1472–1553) in der Gemäldegalerie. Dabei wurde der kostbare Rahmen erheblich beschädigt, die Kosten für die Restaurierung sind noch nicht beziffert.

Schon vorher gab es Meldungen, dass sich „Klimaaktivisten“, wie sie verniedlich in den Mainstream-Medien genannt werden, an die Rahmen berühmter Gemälde festkleben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die angebliche Klimakatastrophe zu richten. Warum das nötig sein soll, wo es kaum noch ein Entrinnen vor den Klimakatastrophenmeldungen gibt, wo schon Kindergartenkinder damit konfrontiert werden, kaum eine Nachrichtensendung ohne Hinweise auf den Klimaschutz gesendet wird, in Theatern, Kinos, Galerien das Klima Thema Nummer 1 ist und die Politik alle Entscheidungen dem Klimaschutz untergeordnet hat, wird nicht erklärt. Da es keinen Bedarf gibt, auf ein Thema, das bereits alles beherrscht, aufmerksam zu machen, bleibt nur eine Erklärung: diese nicht mehr ganz so jungen Leute, einige haben die Dreißig schon überschritten, brauchen die Aufmerksamkeit für sich, koste was es wolle.

Protest gegen die Kulturgutschändung ist kaum zu hören. Die meisten Medienkommentare sind eher ermutigend für die Täter. Nur der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, Olaf Zimmermann, spricht Klartext: „So sehr ich die Verzweiflung der Klimaaktivisten nachvollziehen kann, so deutlich sage ich, die Aktionen, sich an Rahmen berühmter Kunstwerke zu kleben, sind eindeutig der falsche Weg. Die Gefahr der Beschädigung der Kunstwerke ist sehr groß. Die in Gefahr gebrachten Werke gehören zum Weltkulturerbe und gehören ebenso geschützt wie unser Klima.“ So ist es.

MELDUNG

Streit um Taser für Polizisten

Berlin – Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) hat Presseberichten widersprochen, wonach bei der Berliner Polizei künftig keine Elektroschocker, sogenannte Taser, genutzt werden sollen. Nach Angaben der Senatorin beginne nun die Evaluierung der bisherigen Erprobung, dann werde „über einen künftigen Einsatz des Tasers entschieden“. Die Elektroiimpulsgeräte werden bereits seit 2017 in drei Polizeidienststellen der Hauptstadt erprobt. Eine Mitteilung von Innensenatssekretär Torsten Akmann (SPD) zur Beendigung des Probetriebes und zum Stopp der Taser-Ausbildung hatte zu Spekulationen geführt, die Geräte sollten bei Berlins Polizei generell nicht eingeführt werden. Innerhalb der Koalition sperren sich bislang die Linkspartei und die Grünen gegen eine Einführung. Polizeigewerkschafter sehen in den Geräten dagegen eine Möglichkeit, bei Einsätzen den Gebrauch von Schusswaffen zu vermeiden. N.H.

● MELDUNGEN

US-Waffen in Taliban-Besitz

Washington – Die USA haben bei ihrem Abzug aus Afghanistan im August 2021 laut Untersuchungen des amerikanischen Verteidigungsministeriums militärische Ausrüstung im Wert von mehr als sieben Milliarden US-Dollar hinterlassen. Wie ein Generalinspekteur festgestellt hat, fielen den Taliban allein Fahrzeuge der US-Streitkräfte im Wert von 4,12 Milliarden Dollar in die Hände, als die US-Truppen unter chaotischen Umständen abzogen. Zusätzlich hinterließen die US-Streitkräfte auch militärisches Fluggerät im Wert von 923,3 Millionen Dollar sowie entsprechende Luftwaffenmunition für 294,6 Millionen Dollar. In dem Bericht werden zudem auch 316.260 Handfeuerwaffen erwähnt, die in Afghanistan geblieben sind. Darunter befanden sich Scharfschützengewehre und Maschinengewehre. Den Wert dieser Waffen beziffert das US-Verteidigungsministerium mit 511,8 Millionen Dollar. *N.H.*

Lockdowns schaden mehr

Jerusalem – Die israelischen Wissenschaftler Moshe Yanovskiy und Yehoshua Socol vom Jerusalem College of Technology veröffentlichten jetzt eine Studie im „International Journal of Environmental Research and Public Health“ über den Nutzen und die Nachteile von Abriegelungsmaßnahmen und Ausgangssperren während der Corona-Pandemie, deren unmissverständliches Fazit lautet: „Der Schaden, den die Lockdowns der öffentlichen Gesundheit zufügten, war hoch: Unter Zugrundelegung des bekannten Zusammenhangs zwischen Gesundheit und Wohlstand schätzen wir, dass die Lockdowns 20 Mal mehr Lebensjahre kosteten als sie retteten.“ Außerdem heißt es in dem Beitrag unter dem Titel: „Are Lockdowns Effective in Managing Pandemics?“ (Sind Lockdowns wirksam bei der Bewältigung von Pandemien?): Wie die einschlägige Literatur zeige, hätten Lockdowns auch bei anderen Pandemien in der Vergangenheit deutlich mehr negative als positive Folgen gehabt. *W.K.*

Landraub in Georgien

Tiflis – Die seit dem Georgienkrieg 2008 in Georgien stationierte Monitoring-Mission der EU hat Berichte darüber bestätigt, dass Russland an der bisherigen „administrativen Grenzlinie“ zwischen Georgien und der Teilrepublik Südossetien, die sich damals für unabhängig erklärt hat und von Moskau kontrolliert wird, Grenzbefestigungen in Form von Stacheldrahtzäunen baut. Betroffen seien mittlerweile 90 Kilometer der insgesamt 400 Kilometer langen Linie. Die unbewaffneten Patrouillen der EU werfen Russland Landraub vor, da russische Soldaten ihre Befestigungsarbeiten etwa 50 bis 100 Meter innerhalb des georgisch kontrollierten Territoriums vornähmen. Russland, das die abtrünnigen Regionen als unabhängig anerkannt hat, stationierte nach der Niederlage der Georgier von 2008 etwa 4000 Soldaten an der Grenze zwischen Georgien und Südossetien. Mithilfe der Separatisten in Abchasien und Südossetien übt Moskau seine Kontrolle nur indirekt aus. *MRK*

BALTIKUM

Sowjetdenkmäler sollen verschwinden

Ukrainekrieg hat den Streit um die Erinnerungskultur in Estland, Lettland und Litauen befeuert

VON BODO BOST

Bis Ende des Jahres sollen aus Litauen, Lettland und Estland die Denkmäler zur Verherrlichung des Sieges der Sowjetunion verschwinden. Zuerst sollen die Denkmäler mit Waffen, beispielsweise Panzern, die heute wieder im Einsatz sind, stürzen.

Das „Denkmal für die Befreier“ von Riga mit einer Höhe von über 80 Metern prägte seit 1985 die Silhouette von Riga. Am 25. August wurde es in Teilen abgerissen. Da das Besetzungsmuseum keine der Teile als künstlerisch wertvoll anerkannt hat, wurde das gesamte Denkmal vollständig entsorgt. Das lettische Parlament hatte zuvor eine Klausel in einem zwischenstaatlichen Abkommen mit Russland über den Schutz von Denkmälern sowjetischer Krieger gestoppt, sodass das Denkmal abgebaut werden konnte. Der Rigaer Stadtrat hatte den Abbau genehmigt. Das Angebot Russlands, das Denkmal nach dessen Abbau zurückzunehmen, wurde abgelehnt. Bis zum 15. November wird dasselbe

Schicksal die noch verbliebenen 300 sowjetischen Denkmäler in Lettland heimsuchen.

Russische Politiker im Baltikum argumentieren dagegen, dass es einen Unterschied gibt zwischen Denkmälern, die das Sowjetregime verherrlichen, und solchen, die zu Ehren der Soldaten der Roten Armee errichtet wurden, die die deutschen Truppen besiegten und aus Lettland vertrieben. Da aber auch letztere Soldaten die baltischen Länder nicht befreit, sondern sie in eine neue 45 Jahre dauernde sowjetische Zwangsherrschaft überführt hatten, fällt den Letten diese Erinnerung heute schwer. Die Denkmäler erinnern zu sehr an die russischen Truppen, die gerade in der Ukraine wieder Krieg führen mit dem Ziel der Unterwerfung eines Landes.

In Estland erklärte die Ministerpräsidentin Kaja Kallas, dass es im Interesse der inneren Ruhe notwendig sei, sobald wie möglich mit der Beseitigung der sowjetischen Kriegsdenkmäler zu beginnen. So wurde etwa das berühmte Narwa-Panzerdenkmal trotz des Widerstands der örtlichen Bevölkerung beseitigt, da ein Panzer

kein Gedenksymbol, sondern eine Mordwaffe sei, so die Begründung. „Und dieselben Panzer werden derzeit eingesetzt, um Menschen auf den Straßen der Ukraine zu töten“, so Kallas.

Narwa wurde 1945 besonders stark von der sowjetischen Armee zerstört, um später mit Russen neu besiedelt zu werden. Die liberale Kallas versprach, dass der Abbau der sowjetischen Denkmäler in ihrem

Land mit Respekt für alle erfolgen und nichts zerstört werden würde. In Estland existierten noch zwischen 200 und 400 Denkmäler aus der Sowjetzeit, sagte sie. Sowohl der sozialdemokratische Innenminister Lauri Läänemets als auch der konservative Außenminister Urmas Reinsalu sind sich darüber einig, dass eine Verzögerung des Abbaus eine Gelegenheit böte, Spannungen in der Gesellschaft zu schüren.

Zusammen mit dem Panzer wurden an einem einzigen Tag sechs weitere rote Denkmäler aus Narwa entfernt. „Wir wissen, dass die Russische Föderation und ihre Sonderdienste die Spannungen in Estland weiter anheizen wollen, insbesondere im Bezirk Ida-Viru, wo es eine sehr große russischsprachige Gemeinschaft gibt. Denkmäler wurden schon immer von feindlichen Kräften benutzt, um Lügen zu verbreiten, und sie sind auch ein offizieller Teil der russischen Sicherheits- und Außenpolitik, um jene Propagandakriege anzustacheln, die die aggressiven Ziele ihres Staates unterstützen“, sagte Kallas. An die toten Soldaten soll weiter gedacht werden, aber ohne deren Waffen zu verherrlichen.

Reinsalu sagte, die Regierung wolle die roten Denkmäler in Zusammenarbeit mit den örtlichen Verwaltungen entfernen. Sollte diese nicht kooperieren, werde die Regierung Entscheidungen auf der Grundlage der Bedrohungsbewertung und des öffentlichen Interesses treffen und diese Entscheidungen auf der Grundlage des Gesetzes über die Rechtsdurchsetzung umsetzen.

Memel hatte Vorreiterrolle

In Litauen begann der große Abbau sowjetischer Ehrenmale im Juni in Memel. Litauen beherbergt die kleinste russische, aber die größte polnische Minderheit im Baltikum. Dort wurden schon seit Beginn des Ukrainekrieges sowjetische Ehrenmale, wie im Bezirk Kelme [Tytuvenai], immer öfter mit roter Farbe beschmiert. Der Denkmalabbau wurde ermöglicht durch die Liberalisierung der Vorschriften des Kulturministeriums für sowjetische Denkmäler. Sowjetische Ehrenmale wurden nach Memel auch in den Städten Kaunas, Kėdainiai, Varėna, Polangen, Marijampolė, Raseiniai und einigen anderen entfernt. Im Süden Litauens gibt es einen zentralen Denkmalfriedhof für alle entfernten Denkmäler, wo Nostalgiker diese Objekte weiter besichtigen können.

„Und dieselben Panzer werden derzeit eingesetzt, um Menschen auf den Straßen der Ukraine zu töten“

Kaja Kallas

Ministerpräsidentin von Estland



Mit schwerem Gerät vom Sockel gehoben: Ein Sowjetpanzer, der als Denkmal in Narwa stand

Foto: pa

RUSSLAND

Wer ist Alexander Dugin?

Der Vater der ermordeten Philosophin Darja Dugina gilt als Vordenker der neuen russischen Rechten

Vor rund zwei Wochen fiel die Philosophin Darja Dugina in Moskau einem Autobombenanschlag zum Opfer. Die 29-jährige Journalistin ist in ihrer russischen Heimat keine Unbekannte. Nicht nur, weil ihr Vater Alexander Dugin von westlichen Medien „als rechtsextremem Einflüsterer“ des russischen Staatschefs Wladimir Putin gilt. Eigentlich sei er Ziel des Anschlags gewesen, glauben viele Beobachter. Dieser hatte sich erst kurz vor der Explosion zur Fahrt in einem anderen Auto entschieden.

Der Kreml-Chef ließ keine Zeit streichen und machte westliche Geheimdienste sowie die Ukraine für das Attentat verantwortlich. Dugin und seine ermordete Tochter gelten als prominente Befürworter des russischen Kriegs. „Was dort

passiert, geschieht, um das Leben der Russen in der Ukraine zu retten“, hatte Dugina kürzlich gesagt.

Ihr Vater drückt sich für gewöhnlich radikaler aus. „Er war begeisterter Befürworter des Georgien-Kriegs 2008 und auch der Annexion der Krim 2014“, sagt Ulrich Schmid, Professor für russische Kultur und Gesellschaft an der Universität Sankt Gallen. „Als damals im Mai ein Gewerkschaftshaus in Odessa brannte, hat Dugin in einem berühmten Video-Auftritt gesagt: ‚Was wir jetzt tun müssen, ist töten, töten, töten.‘“

Der 60-Jährige ist ohne Zweifel der Vordenker und das Gesicht der neuen russischen Rechten. Sein Buch „Grundlagen der Geopolitik“ dient angehenden Generalstabsoffizieren in Russland als Lehr-

buch. Doch ist er wirklich Putins Einflüsterer oder Stichwortgeber?

Russland-Kenner haben Zweifel. Der Philosoph sei auch in Russland eher ein Außenseiter, gewisse ideologische Überschneidungen gebe es sicherlich. Die Politikwissenschaftlerin Eva Hausteiner hält den Einfluss Dugins auf den russischen Präsidenten für begrenzt. „Es gibt keine Belege, dass er zum Beraterstab des Präsidenten zählt.“

Der Philosoph, politisch bisher eher in ultranationalistischen Splittergruppen aktiv, war einige Jahre für das Büro des damaligen Parlamentspräsidenten tätig. Den Job verlor er, als seine Thesen zu radikal wurden. Dugin selbst kokettiert mit seinem Verhältnis zum Staatschef. Mal erklärt er, Putin würde ihn gar nicht kennen,

dann behauptet er, der Präsident läse seine Bücher: „Wir lesen beide dieselben Buchstaben.“ Außer Frage steht, dass der 60-Jährige in europäischen Kreisen der Neuen Rechten ein gern gesehener Interviewpartner ist. Das „Compact-Magazin“ sprach ebenso mit ihm wie die mittlerweile eingestellte Nationalzeitung des verstorbenen Münchner Verlegers Gerhard Frey. In Kreisen der NPD gilt Dugin als Vorbild, was das Verhältnis zwischen einem neuen russischen Großreich und dem westlichen Europa angeht.

Doch der unbequeme Philosoph spart gelegentlich nicht mit Kritik am Staatspräsidenten. Nicht nur deshalb gibt es Spekulationen, das Attentat könne auch einen innerrussischen Hintergrund gehabt haben. *Peter Entinger*

VON NORMAN HANERT

Bundesbauministerin Klara Geywitz hält bislang am Versprechen der Bundesregierung fest, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen. Die SPD-Politikerin aus Brandenburg erklärte: „Es ist schwieriger geworden, deswegen müssen wir uns mehr anstrengen.“ Tatsächlich haben sich die Aussichten für Deutschlands Bauindustrie inzwischen massiv verschlechtert.

Die Baubranche bekommt immer stärker eine schwierige Gemengelage aus gestiegenen Materialpreisen und -mangel sowie rasanten gestiegenen Zinsen und einer allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zu spüren. Verunsichert, mitunter sogar geschockt oder wütend gemacht, hat viele Bauherren und Unternehmen auch der Stopp der KfW-Förderung für energieeffiziente Gebäude, den Wirtschaftsminister Habeck plötzlich im Januar verkündet hat.

Private Bauherren, Bauträger und Investoren zögern oder stoppen sogar Bauprojekte. Lediglich die drastisch gestiegenen Preise für Bauleistungen haben dafür gesorgt, dass im ersten Halbjahr die Umsätze in der Baubranche um 12,6 Prozent gestiegen sind. Inflationbereinigt sanken sie hingegen um 2,7 Prozent, so das Bundesamt für Statistik. Ähnlich sieht es bei der Auftragslage in der Baubranche aus. Im Juni konnte diese bei den Auftragsengängen zwar nominal einen Anstieg von 4,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat melden. Inflationbereinigt ging das Auftragsvolumen gegenüber dem Juni 2021 jedoch um 11,2 Prozent zurück.

Bau-Druck durch Zuwanderung

Im Vergleich zum Vorjahr ging bei den Bauträgern die Zahl der Aufträge im Wirtschaftshochbau um 18,4 Prozent zurück. Noch stärker brachen die Aufträge im öffentlichen Hochbau (minus 24 Prozent) ein. Vergleichsweise glimpflich fiel mit minus 0,5 Prozent der Auftragsrückgang bei den Bauträgern im Wohnungsbau aus.

Wie der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes, Tim-Oliver Müller, erklärt, entscheiden sich derzeit einige private Bauherren gegen einen Hausbau. „Neben den hohen Baukosten und steigenden Zinsen müssen private Bauherren auch noch die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten stemmen“, so Müller. Laut dem Verbandschef stellen zurzeit aber auch institutionelle Investoren etliche Wohnungsbauprojekte auf den Prüfstand und verschieben die Umsetzung. Müller prognostiziert: „Eine Entspannung für den angespannten Wohnungsmarkt wird es so nicht geben.“

Gegen eine Entspannung spricht auch die anhaltend starke Einwanderung nach Deutschland, die dauerhaft für eine massive Nachfrage nach Wohnraum, insbe-



Fehlendes Material, steigende Zinsen, Wegfall der Förderung: Für viele Deutsche platzt der Traum vom bezahlbaren Eigenheim

BAUBRANCHE

„Ziele der Politik werden zur Makulatur“

Gestiegene Preise, Zinsen, Materialmangel und die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage setzen dem Gewerbe zu – mit verheerenden Folgen

sondere nach preiswerten Wohnungen, sorgt.

In ihrem Monatsbericht vom August wiesen die Ökonomen der Deutsche Bank Research unlängst sogar auf einen „historischen Anstieg der Einwohnerzahl“ hin. Im vergangenen Jahr sind laut den Forschern der Deutschen Bank 329.000 mehr Menschen nach Deutschland gezogen, als das Land verlassen haben.

In diesem Jahr kann der Nettozuzug nach Deutschland nach Berechnungen der Ökonomen sogar auf 1,7 Millionen Menschen steigen. Die Deutsche Bank erwartet, dass 1,3 Millionen Menschen aus der Ukraine nach Deutschland kommen. Hinzu kämen Flüchtlinge aus Russland, Weißrussland, Georgien und Moldawien.

Auch für das kommende Jahr prognostiziert das Institut eine Zahl von weiteren 600.000 Zuwanderern. Die Einwohnerzahl erhöhe sich damit von 83,3 Millionen

„Eine Entspannung für den Wohnungsmarkt wird es so nicht geben“

Tim-Oliver Müller
Chef des Bauindustrieverbandes

im Jahr 2021 auf 85,4 Millionen 2023. Erstaunlicherweise klagt die Bauwirtschaft trotz der Rekordzuwanderung über einen dramatischen Mangel an Arbeitskräften. Nach Hochrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) waren im zweiten Quartal 2022 rund 205.000 Stellen im Baugewerbe unbe-

setzt. Laut dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen, Michael Gilka, benötigt der Bau vorrangig keine Hilfskräfte, „sondern dringend gewerbliche Fachkräfte und Spezialisten“.

Dabei sieht Gilka Versäumnisse der Politik: „Die Politik weiß nicht erst seit wenigen Wochen, sondern bereits seit vielen Jahren, dass der Fachkräftemangel am Bau immer dramatischer wird und auch den Bau immer mehr lähmt, aber es passiert nicht wirklich etwas, das systematisch helfen würde.“

Ebenfalls an die Adresse der Politik gerichtet, warnt Gilka vor drastischen Folgen des Arbeitskräftemangels auf dem Bau: „Wenn sich nicht bald substantiell etwas tut, werden die ambitionierten Ziele der Politik wie Mobilitäts-, Verkehrs- und Energiewende oder klimagerechte Sanierungen völlig zur Makulatur.“

FINANZEN

Privathaushalte immer stärker in Bedrängnis

Die „Lockdown-Ersparnisse“ sind komplett aufgebraucht – Jetzt steigt die Verschuldung der Bürger

Die deutschen Privathaushalte geraten finanziell immer stärker in die Enge. Dabei sind sie eigentlich gut gepolstert ins Jahr 2022 gestartet. Denn während einzelne Sektoren wie der Einzelhandel und die Gastronomie oder die Reise-, die Kultur- und die Veranstaltungsbranche von den Lockdowns hart getroffen wurden, fehlte der Mehrheit des Volkes schlicht die Möglichkeit, ihr Geld in gewohntem Maße auszugeben.

Laut einer Untersuchung des Ifo-Instituts haben die Deutschen daher von April 2020 bis März 2021 gut 70 Milliarden Euro mehr auf ihre Konten gelegt als in Jahren mit gewöhnlicher Sparquote. Seit Ende 2021 aber bauten die Sparer diese zusätzlichen Rücklagen wieder ab. Zum

Ende des ersten Quartals 2022 waren die Zusatzersparnisse dann nahezu gänzlich aufgebraucht.

Hier machten die Deutschen jedoch zunächst keine Pause in ihrem „Nachholkonsum“, sondern gaben weiter kräftig Geld aus. Das allerdings blieb nicht ohne Folgen: Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov von Anfang Juni ergab, dass seinerzeit bereits knapp 15 Millionen Deutsche ihr Konto überzogen hatten, bei den 25- bis 34-Jährigen war es gar schon beinahe jeder Dritte.

Seit der Jahresmitte konstatiert das Ifo-Institut allerdings erste Anzeichen für einen deutlichen Dämpfer bei der Konsumlust in Deutschland. Das ist zwar gut für finanzielle Stabilität der Privathaushalte,

dürfte aber auch auf die Konjunktur drücken, die nach zuletzt minimalem Wachstum ohnedies auf eine Rezession zutaumelt. Zumal ausgerechnet jetzt auch noch der Exportmotor stockt: Deutschland verbucht erstmals seit 2008 ein Handelsbilanzdefizit, importiert also zurzeit mehr, als es ausführt. In der Vergangenheit hatte der blühende Export den deutschen Herstellern oft über Phasen lahrender Binnennachfrage hinweggeholfen.

Zum Sparen bleibt nichts mehr

Die horrenden Inflation sorgt indes dafür, dass die Kaufzurückhaltung kaum dazu führen dürfte, dass die Deutschen nun wieder mehr sparen oder ihre in die roten Zahlen gerutschten Konten wenigstens

ausgleichen. Der „Welt am Sonntag“ sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Schleweis, sein Verband rechne damit, „dass wegen der deutlichen Preissteigerung perspektivisch bis zu 60 Prozent der deutschen Haushalte ihre gesamten verfügbaren Einkünfte – oder mehr – monatlich für die reine Lebenshaltung werden einsetzen müssen“.

Zum Sparen bleibt den meisten also gar nichts übrig. Und Besserung ist kaum in Sicht, da die Inflation auch die Realeinkommen schrumpfen lässt (siehe Meldung rechts). Nach dem Auslaufen von Tankrabatt und 9-Euro-Karte rechnen Analysten mit einer Inflationsrate von bis zu zehn Prozent. Hans Heckel

MELDUNGEN

Aus wegen Gasumlage

Magdeburg – Sachsens-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hat in der ZDF-Sendung „Markus Lanz“ bestätigt, dass bei Deutschlands größtem Düngemittelproduzenten, dem Unternehmen SKW Stickstoffe Piesteritz, die Produktion gestoppt wurde. Dem Ministerpräsidenten zufolge muss im Oktober entschieden werden, ob die Produktion überhaupt wieder hochgefahren wird. Haseloff kritisierte, der Zusammenbruch des Betriebs würde gleichzeitig bedeuten, dass Deutschland auch aus Russland Düngemittel importieren müsse: „Unsere Werke fliegen raus, während Putin Profit macht“, so Haseloff. Nach Angaben von SKW entstehen dem Unternehmen allein durch die Gasumlage 30 Millionen Euro Mehrkosten pro Monat. Das sei finanziell nicht zu stemmen, so ein Unternehmenssprecher. Neben Düngemitteln stellt SKW Piesteritz auch Harnstoff für die chemische Industrie und das für Dieselfahrzeuge notwendige Entstickungsmittel Ad Blue her. N.H.

Weniger Strom für den Export

Oslo – Norwegen erzeugt seinen Strom zu 95 Prozent aus Wasserkraft – was jetzt zum Problem wird, weil die Staubecken in dem skandinavischen Land aufgrund der lang anhaltenden Trockenheit im laufenden Jahr aktuell oft weniger als zur Hälfte gefüllt sind. Daher sank die Stromproduktion in Südnorwegen bereits um 18 Prozent. Angesichts dessen beschloss die Mitte-Links-Regierung in Oslo nun nach Mitteilung des Öl- und Energieministers Terje Aasland, dass die Eigenversorgung des Landes Vorrang vor Stromexporten habe, wenn der Wasserstand in den Reservoirs noch weiter abfalle. Dies dürfte dann zu negativen Auswirkungen auf Deutschland Dänemark, Schweden und Großbritannien führen. Diese vier Staaten zählen zu den wichtigsten Stromkunden Norwegens, das rund ein Fünftel der erzeugten Elektrizität zu relativ günstigen Preisen ins Ausland verkauft, was sich in den letzten Monaten als äußerst hilfreich erwies. W.K.

Die Reallöhne sinken rasant

Wiesbaden – Die Energiekrise und die Rekord-Inflation kommen mittlerweile massiv beim Bürger an. Laut dem Statistischen Bundesamt sind die Löhne im zweiten Quartal 2022 verglichen mit dem Vorjahresquartal zwar nominal um 2,9 Prozent gestiegen, doch nach Abzug der Inflation bleibt laut dem Amt ein Minus von 4,4 Prozent. Bei den Tarifverträgen, die bisher 2022 abgeschlossen wurden, haben die Gewerkschaften nach Angaben der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung versucht, gegenzusteuern. Doch mit wenig Erfolg: In ihrer Studie analysierten die Forscher der Stiftung die Tarifabschlüsse, die die Gewerkschaften im vergangenen Jahr aushandelten, und rechneten die Tarifverträge dazu, die in diesem Jahr dazu kamen. Danach ist es nur in den geringvergüteten Bereichen wie der Gastronomie gelungen, einen realen Ausgleich zu schaffen. P.E.

KOMMENTAR

Gazproms Probleme

BODO BOST

Europa benötigt weiterhin viel russisches Gas. Das weiß Wladimir Putin und kappt immer mehr die Gaslieferungen. Versorgungsunterbrechungen werden der EU einen schwierigen Winter bescheren, insbesondere wenn es kalt und eher windstill wird. Aber sie wird Europa ermutigen, schneller auf Alternativen umzusteigen – sowohl bei den Lieferanten als auch bei den Kraftstoffen.

Bei den derzeitigen Gaspreisen wird auch der grüne Wasserstoff vergleichsweise nicht mehr teuer sein. Nach Berechnungen von EADaily, die sich auf Daten von Gazprom und der ENTSOG-Plattform der EU-Gastransportnetzbetreiber stützen, sind die Gazprom-Lieferungen nach Europa (ohne die Türkei) in den ersten sieben Monaten des Jahres bereits stark zurückgegangen. In den verbleibenden fünf Monaten könnten die russischen Gaseinfuhren in die EU sogar noch geringer ausfallen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr könnte bis zu 45 Prozent betragen. Der nächste Winter wird ein Test für die europäische Solidarität sein.

In dieser Situation wird Gazprom vorerst durch extrem hohe Gaspreise gerettet, aber langfristig könnte das Ende des europäischen Marktes auch das Ende von Gazprom sein. Die Situation ist unangenehm für den russischen Konzern. Früher wurden bis zu 200 Milliarden Kubikmeter jährlich verkauft, jetzt werden es nur noch 70 bis 80 Milliarden sein. Während im vergangenen Jahr der durchschnittliche Exportpreis bei 298 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter lag, könnte er in diesem Jahr bei 900 bis 1000 US-Dollar liegen und Gazprom allein in Europa mindestens 70 Milliarden US-Dollar einbringen – mehr als für den gesamten Gasexport im Jahre 2021.

Nur kurzfristige Profite durch hohe Gaspreise

Im kommenden Jahr könnten die Einnahmen bei dem derzeitigen Angebots- und Preisniveau ebenso hoch ausfallen – etwa 55 Milliarden US-Dollar erscheinen realistisch. Die weitere Entwicklung ist jedoch unklar.

Europa versucht, auf Kohle umzusteigen, aber indem es russische Kohle ablehnt, schafft es auch ein Defizit in dieser Richtung. Die Projekte zum Ersatz von Erdgas durch Flüssiggas wer-

den zwischen 2025 und 2030 beginnen. Zu diesem Zeitpunkt werden in Katar und in den USA enorme zusätzliche Kapazitäten in Betrieb genommen, wenn alles nach Plan läuft.

Gazprom, bislang der Hauptnutznießer der Energiekrise in Europa, könnte dann langfristig zum Hauptopfer werden. Der Verlust des für den Gasriesen profitabelsten Marktes, des europäischen nämlich, geht viel schneller vorstatten als erwartet, und es wird schwierig sein, nach dem Krieg seine Position dort wiederherzustellen.

Die EU-Kommission hat ihre Meinung über den Ausstieg aus dem russischen Gas bis 2027 nicht geändert. Deutschland, der größte Abnehmer von Gazprom, hat seine Absicht bekundet, sich bereits im Jahr 2024 ganz von russischem Gas zu trennen. Der Ruf von Gazprom als zuverlässiger Lieferant ist jetzt schon ruiniert, dies zwingt die europäischen Verbraucher, sich durch vermehrten LNG-Import und Einsparungen vom russischen Gas abzuwenden.

Gazprom kann Gasströme zurzeit nicht nach Asien umleiten

Das Problem in den kommenden fünf Jahren besteht darin, dass Gazprom seine Gasströme vorerst nirgendwohin anders umleiten und auch die Produktion nicht sofort drosseln kann. Verschwennerische Abfackelungen werden in dieser Lage notwendig, da der Druck aus den Bohrsen nicht so schnell zurückgefahren werden kann. Abfackelungen bringen Russland kein Geld und schaden der Umwelt.

Nach Angaben der mongolischen Regierung ist der Baubeginn für die zweite Pipeline nach China, Power of Siberia-2, bisher erst für 2024 vorgesehen. Selbst nach einer optimistischen Prognose wird Gazprom nur dann in der Lage sein, die Lieferungen nach China bis 2028/2029 auf mindestens 100 Milliarden Kubikmeter (ein Drittel weniger als die Exporte in die EU) zu erhöhen.

Allerdings hat Putins Krieg diese Entwicklungen nur beschleunigt, nicht ausgelöst. Die Energiepreise stiegen schon vor dem 24. Februar, weil immer mehr Länder auf Erneuerbare Energien übergehen, deshalb sanken die Investitionen. Alles, was sich derzeit auf den Energiemärkten abspielt, ist zu einem großen Teil politisch motiviert.



Zeigt gern Haltung, verweigert jedoch im Ukrainekonflikt konkretes Handeln: Außenministerin Baerbock Foto: action press

LEITARTIKEL

Baerbocks Amtsverweigerung

RENÉ NEHRING

Am vergangenen Wochenende gab die Bundesministerin des Auswärtigen der „Bild am Sonntag“ (BamS) ein Interview. Die diskutierten Themen waren der Ukrainekrieg, die möglichen Auswirkungen der hohen Energiepreise auf die Stimmung in Deutschland und die Situation in Mali. Vor allem Baerbocks Äußerungen zum Krieg im Osten verrieten ein erstaunliches Amtsverständnis.

So erklärte sie zum Stand in der Ukraine: „Bei allem Leid müssen wir aber auch festhalten: Die Wahnvorstellung des russischen Präsidenten, die Ukraine in kürzester Zeit einzunehmen, ist nicht aufgegangen. Der Mut der Ukrainer und auch die internationalen Waffenlieferungen haben dazu geführt, dass die russischen Soldaten ihre Paradeuniformen für den Sieg nicht auspacken konnten.“

Welchen Beitrag sie selbst dazu geleistet hat, dass der russische Präsident in seinen Zielen gestoppt wurde, erklärte Baerbock nicht. Da Minister für gewöhnlich jede noch so kleine Maßnahme „ihres Hauses“ herausstreichen, kann man davon ausgehen, dass der Außenministerin durchaus bewusst ist, dass es einen solchen Beitrag auch nicht gab.

Keine Lösung, aber eine Haltung

Was Frau Baerbock ebenfalls nicht verriet, war, ob und wie sie gedenkt, zumindest in Zukunft einen Beitrag dafür zu leisten, dass der Krieg – und damit das Leiden der Ukrainer – beendet wird. So sagte sie auf die „BamS“-Frage, wie denn ein Waffenstillstand erreicht werden könne: „Ganz einfach: indem Putin die Bombardierungen von unschuldigen Menschen endlich einstellt und seine Panzer abzieht. Den Befehl dazu könnte Putin jederzeit geben. Er greift die Ukraine an. Damit könnte er jede Minute aufhören und dem Leid ein Ende machen.“

Eine Idee davon, mit welchen konkreten Schritten und Mitteln sie den russischen Präsidenten, den sie gerade als skrupellosen Aggressor beschrieb, zu einer Änderung seiner Politik gegenüber der Ukraine bewegen könnte, vermittelte Baerbock nicht. Offenkundig ist sie mit sich selbst und ihrer Haltung zufrieden, dass sie Putins Agieren verurteilt – und den tapferen Ukrainern für deren Abwehrkampf die Daumen drückt.

Geradezu zynisch ist die Äußerung der Ministerin, dass die Ukrainer „auch unsere Freiheit, unsere Friedensordnung“ ver-

teidigten. Der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat hat unlängst in dieser Zeitung darauf verwiesen, dass, wenn dieses – auch von anderen Politikern gern gebrauchte – Argument tatsächlich gelte, es die Pflicht der westlichen Nationen wäre, ihre Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen. Glaubt Frau Baerbock tatsächlich, dass es die Aufgabe der jungen Frauen und Männer in Donezk, Saporischschja, Kramatorsk, Mykolajiw oder Cherson ist, ihre Knochen dafür hinzuhalten, dass die deutsche Außenministerin in Marokko, Dänemark, USA, Kanada, Griechenland, Türkei, Slowakei und Tschechien (um nur einige ihrer Reisesationen aus den letzten Wochen zu nennen) über Krieg und Frieden in der Ukraine sinnieren kann?

Den Preis für die Haltung der deutschen Ministerin zahlen andere

Allein in dieser Route scheint ein fremdliches Verständnis von Außenpolitik durch. Warum ist Frau Baerbock in den vergangenen Monaten nicht nach Moskau geflogen, um wenigstens zu versuchen, einen Waffenstillstand in der Ukraine zu vermitteln? Oder nach China, Russlands wichtigstem Partner, ohne den es schwerer in der Lage wäre, die westlichen Sanktionen zu überstehen? Stattdessen versuchte Baerbock im Juli beim Treffen der Außenminister der G20-Staaten in Bali zunächst erfolglos, ihren russischen Kollegen Lawrow von der Tagung ausschließen zu lassen, und beklagte sich dann, dass dieser nicht mit ihr sprechen wollte.

Baerbock selbst bezeichnet ihren Ansatz gern als „wertegeleitete Außenpolitik“. Dabei geht es offenkundig weniger darum, anstehende Herausforderungen aktiv zu bewältigen, als vielmehr, diese auszusitzen – sowie in Interviews, Talkshows und auf internationalen Podien die „richtige Haltung“ zu zeigen.

Mit echter Außenpolitik hat das freilich nichts zu tun. Dort geht es weniger darum, anderen Akteuren vorzuschreiben, was sie über dieses und jenes Thema zu denken haben – sondern darum, die Krisen zu lösen, die der Lauf der Zeit vor die eigene Haustür spült. Man nennt so etwas Geschichte.

Apropos Geschichte: Dort finden sich reihenweise Beispiele dafür, wie absurd der Baerbocksche Ansatz ist. Hätte es 1973 den Vertrag von Paris über die Beendigung des Vietnamkrieges gegeben, wenn sich die Unterhändler Henry Kissinger für die USA und Lê Đức Thọ für Nordvietnam geweigert hätten, miteinander zu reden? Oder hätte es 1993 das Abkommen von Dayton über die Beendigung des Bosnien-Krieges gegeben, wenn nicht der US-Sonderbeauftragte Richard Holbrooke solange mit den Führern der verfeindeten Konfliktparteien Bosnien-Herzegowina (Alija Izetbegović), Kroatiern (Franjo Tuđman) und Serbien (Slobodan Milošević) geredet hätte, bis diese zu einem Friedensschluss bereit waren? Und hätte es das Karfreitagsabkommen von 1998 gegeben, wenn sich die verfeindeten Bürgerkriegsparteien Nordirlands sowie die Regierungen Irlands und Großbritanniens geweigert hätten, aufeinander zuzugehen?

Die einzige Option des Westens

Es mag sein, dass es keinen Sinn hat, den Russen Verhandlungen anzubieten, solange sie auf dem Vormarsch sind. Doch gerade in diesen Tagen, in denen ihre Offensive im Süden der Ukraine offenkundig ins Stocken geraten ist, gäbe es wieder einmal (nach ihrem Scheitern vor Kiew) ein Zeitfenster für ein Angebot zu Gesprächen. Was dabei herauskommt, weiß vorher niemand. Aber sollte man nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit wenigstens versuchen, einen Frieden zu stiften? Angela Merkel vermochte es nach der russischen Annexion der Krim 2014 immerhin, im Minsker Protokoll zusammen mit Frankreich, der Ukraine und Russland den damaligen Konflikt einzufrieren.

Fakt ist: Ohne Gespräche mit der russischen Führung hat der Westen, da er vernünftigerweise nicht selbst in das Kampfgeschehen eingreifen will und da seine Sanktionspolitik bislang wenig erfolgreich war, im Konflikt um die Ukraine keine Handlungsoptionen! Derweil gehen die Kämpfe weiter, Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat. Und damit auch das Sterben der ukrainischen Frauen, Männer und Kinder – sowie auch der jungen Russen, die ihren Kriegsdienst überwiegend zwangsweise verrichten.

Insofern ist Frau Baerbocks Außenpolitik, auch wenn sie selbst noch so sehr davon überzeugt sein sollte, keine „wertegeleitete“ Außenpolitik – sondern vielmehr die Abwesenheit von Politik. Den Preis für ihre Haltung zahlen andere.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51**Internet:** www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Von der DDR-Vergangenheit eingeholt

Mit der Serie „Lauchhammer“ wirft Das Erste ein Schlaglicht auf die gesellschaftlichen Umbrüche im Braunkohlerevier in Brandenburg

VON ANNE MARTIN

Ein fahler Gelbstich liegt über den Bildern, als hätte die Sonne alles versengt. Trockene leere Ähren flirren in der Luft, hier mag nichts mehr Früchte tragen. Es ist ein verwundeter Landstrich, der sich in der Serie „Lauchhammer – Tod in der Lausitz“ (28. September, 5. und 12. Oktober als Doppelfolge im Ersten und bereits am 8. und 15. September jeweils drei Folgen auf Arte) in all seinen Abgründen zeigt.

Von Schaufelbaggern aufgeworfen und umgewälzt sind die Braunkohlehalde in der Lausitz. Auseinandergerissen, ausgehöhlt der Boden, bis nur noch eine Mondlandschaft übrig blieb, in deren Brachen sich Pfützen bilden. Zu Beginn jeder Folge ertönt eine dunkel raunende Stimme, die der Zuschauer lange nicht zuordnen kann: „Sie haben dieses Land verraten. Sie haben sein Herz geplündert, wir haben gelitten. Unsere Zeit wird kommen.“ Geheimnisse laufen hier von der ersten Minute an unerschwinglich mit.

Zunächst erschüttert ein Mordfall die Region. Die junge Ramona wird am Ufer eines künstlich angelegten Sees gefunden, die Augen mit Steinen abgedeckt, im Gesicht schon die Spuren gieriger Vögel. Ermittler Maik Briegand (Mišel Matičević) stammt aus der Region, Polizistin Gottknecht (Oline Johne) aus der Landeshauptstadt Potsdam. Ein gegensätzlich passendes Paar: Er ist heimatverbunden, sie dauernd mit dem Internet verbunden.

Was während der Ermittlungen aufbricht, ist ein Wust aus alten Seilschaften, Vetternwirtschaft und gefühllosen Untaten. Analog zu der verwüsteten Landschaft scheinen viele Bewohner abgestumpft und resigniert. Da sind die in einer Kommune hausenden jungen Leute, angeblich eine Drückerkolonne, die unterm Tisch Drogen verkaufen. Oder die Mutter eines vernachlässigten Jungen, die drogenbenebelt auf dem Sofa liegt, wäh-



In der Lausitz treibt sich ein Frauenmörder herum: Der Obdachlose Oliver Bartko (Lucas Gregorowicz) macht sich verdächtig

rend das Kind im leeren Kühlschrank nach Essen sucht. Und da ist das Lederband mit dem Wolfszahn, mit dem Ramona offenbar erwürgt wurde.

Nichts dem Klassenfeind erzählen

Wenn es eine Wechselwirkung gibt zwischen einem aufgegebenen Industriestandort und seinen Bewohnern, dann ist „Lauchhammer“ dafür der beste Beleg. Dass die beiden Ermittler bei der Fahndung nach Ramonas Mörder auf lange zurückliegende Mädchenmorde mit auffallenden Parallelen stoßen, war so oder ähnlich im Fernsehen schon öfter zu sehen. Die Wechselwirkung einer zerstörten Region und der Verelendung ihrer Bewoh-

ner ist dagegen ein völlig neuer Aspekt, der Folge für Folge mehr Sog entwickelt.

Seelisch zerrüttet ist nicht nur die drogenabhängige Mutter der Getöteten, sondern auch der Vater des Ermittlers Briegand, ebenfalls Polizist, der bei der Aufklärung eines zurückliegenden Mädchenmordes seinerzeit von der Stasi ausgebremst wurde. Nach seiner Frühpensioenierung vegetiert Karl Briegand (Uwe Preuss) in seiner dunklen Wohnung, bis sein Sohn ihn an den ungeklärten Fall der vor vielen Jahren verschwundenen Kathi erinnert. „Dem Klassenfeind sollte nicht aufgetischt werden, dass hier ein Perverser rumläuft“, sagt der kaltgestellte Ex-Polizist und öffnet das nächste Bier.

Allein die Wohnungen, die der herausragende Kameramann Felix Novo de Oliveira mit einer Aura aus klebriger Schwüle überzieht: vollgerümpelte dumpfe Kammern allesamt, nur der Glitzerstoff über dem Bett der ermordeten Ramona verweist auf eine normale Kindheit. Aber heil ist hier gar nichts. Ramona verdiente sich heimlich Geld im Drogenhandel und wollte nach ihrer Volljährigkeit das Sorgerecht für den kleinen Halbbruder erstreiten.

Bei der örtlichen Polizei arbeiten keine vertrauenswürdigen Beamten, sondern zwielichtige Charaktere, die Schießübungen auf Stroh puppen mit schwarzem Kraushaar verüben. Und anstelle des Dorftrotzts schlurft ein Verwirrter durch

den Weiler, das Gesicht stets unter einer Kapuze verborgen. Rüdiger wurde als Kind gewaltsam in einen Brunnenschacht gesenkt. Seitdem ist er schwer traumatisiert und hat panische Angst vor Enge. Als er vorübergehend in einer Zelle festgesetzt wird, hilft dem verzweifelt Tobenden zunächst niemand. In Lauchhammer lehnt sich niemand gern auf.

Ohne Mord geht es im TV nicht

Stattdessen sind die Glücksritter eingefallen: In einem Wohnwagen sitzt der aalglatte Immobilienmakler, der das ehemalige Tagebaurevier fein parzelliert als zukünftige Wasserlandschaft verkaufen will, Seegrundstücke im Sonderangebot.

Passend zum Jahrestag der Wiedervereinigung am 3. Oktober wird bei der Ausstrahlung im Ersten eindrucksvoll gezeigt, wie es Menschen geht, wenn sie in die Mühlen der Geschichte geraten. Erst wird ihr Land zu einer braunen Wüste aufgerissen, rund 250 Dörfer mussten samt ihrer Bewohner für den Braunkohle-tagebau umsiedelt werden.

Nach der politischen folgte dann die ideologische Wende: Der Abbau von fossilen Brennstoffen gilt als klimaschädlich und wird nach und nach eingestellt. Heute sind die aus Polen eingewanderten Wölfe die größte Attraktion der Lausitz. „Die Feinde von gestern sollen heute unsere Freunde sein“, raunt die Erzählstimme zu Beginn der letzten Folge. „Aber wir werden zurückkommen, wie die Wölfe.“

Mit der Serie „Lauchhammer“, der Name verweist auf die reale Kleinstadt im Süden Brandenburgs, ist der ARD ein besonderer Blick auf eine Region gegliedert, die exemplarisch für die Wechselfälle der Wende steht. Die Form eines Krimis dient dabei als Transportriemen, ohne den es im Fernsehen wohl nicht mehr geht.

Ab dem 28. September ist in der ARD-Mediathek passend dazu die vierteilige Dokumentation „Hinter dem Abgrund – Leben in der Lausitz“ zu sehen.

AUSSTELLUNG

Potsdam steht Kopf

Gipfeltreffen mit Schinkel und Georg Baselitz

Seit er in den späten 60er Jahren damit begonnen hat, seine Bilder auf den Kopf zu stellen, gilt Georg Baselitz in der Künstlerszene als Star. Seither malt er auch „verkehrt herum“. Ein Teil seiner kopfstehenden Werke sind nun in Potsdam zu sehen. Die Klassik wird zeitgenössisch, aus dem Tempel für die Göttin der Baumfrüchte wird ein Tempel der Gegenwartskunst: Bis 31. Oktober läuft in dem von Karl Friedrich Schinkel als 19-Jähriger entworfener Pomonatempel auf dem Pfingstberg die Ausstellung „Schinkel nach Athen tragen“, in der Baselitz neun neue Arbeiten auf Papier präsentiert.

Der Titel verweist auf die griechischen Ursprünge des klassizistischen Pomonatempels, der als Teepavillon genutzt werden sollte. Ein zartes, fast zärtliches Gipfeltreffen des wichtigsten deutschen Architekten des 19. Jahrhunderts und des Großmeisters der Malerei. Kuratiert wird die Ausstellung von Cornelius Tittel, Kulturchef der „Welt“-Gruppe und Chefredakteur des Kunstmagazins „Blau“.

Der Pomonatempel ist durch bürgerliches Engagement des Fördervereins

Pfingstberg nach der Wende wieder aufgebaut worden. *SPSG/tws*

● Pomonatempel auf dem Pfingstberg, geöffnet am Sonnabend und Sonntag von 14 bis 17 Uhr, Eintritt frei, Spenden erwünscht



Georg Baselitz, Rote Tusche auf Papier

STIFTUNG PREUSSISCHER KULTURBESITZ

Zurück nach Afrika

Benin-Bronzen: Berlin einigt sich mit Nigeria

Bei der Frage um die Rückgabe der in Berlin befindlichen Benin-Bronzen sind die Würfel gefallen. Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (SPK), und Abba Isa Tijani, Generaldirektor der National Commission for Museums and Monuments (NCMM), unterzeichneten jetzt einen Vertrag über die Eigentumsübertragung der Benin-Objekte aus der Sammlung des Ethnologischen Museums der Staatlichen Museen zu Berlin – Preussischer Kulturbesitz an Nigeria.

Dabei handelt es sich um 512 Werke, die als Folge der Britischen Strafexpedition von 1897 nach Berlin gelangten. Bei der bislang größten Eigentumsrückübertragung von Sammlungsobjekten aus kolonialem Kontext sollen erste Objekte noch in diesem Jahr nach Nigeria zurückgeführt werden. Rund ein Drittel der Objekte wird für zunächst zehn Jahre als Leihgabe in Berlin bleiben und im Humboldt-Forum ausgestellt werden.

Damit endet ein vorläufiges Ringen um die Ausstellungsgestaltung des Humboldt-Forums, bei dem die Benin-Bronzen zuletzt dezent, um nicht zu sagen:

verschämt in den Hintergrund gerückt wurden. Auf der jetzt beschlossenen vertraglichen Basis kann man sie reinen Gewissens und frei von kolonialen Schuldgedanken präsentieren.

Zwei Räume im Humboldt-Forum widmen sich der Kunst aus dem Königreich Benin und seiner Geschichte. Der erste Raum wird mit dem Gedenkkopf einer Königinmutter oder iyoba ein Prunkstück der Kunst des höfischen Benin ins Zentrum stellen. In diesem Raum werden die Bedeutung und Geschichte der Objekte und der Sammlung und ihrer Rückgabe dargestellt. Für den zweiten Raum wurden rund 30 historische Objekte ausgewählt, die die gesamte Bandbreite der höfischen Kunst Benins aufzeigen. Ihnen wird zeitgenössische Kunst aus Nigeria gegenübergestellt, die auch heute noch traditionelle Techniken nutzt.

Im Zuge der Eroberung des Königreichs Benin durch britische Truppen erwarb auch Berlin auf rechtliche Weise etliche Benin-Bronzen, die jetzt an Nigeria, dem Nachfolgestaat des aufgelösten Benin, restituiert werden. *tws*

● MELDUNG

Ein Erfinder der Renaissance

Berlin – Mit „Donatello. Erfinder der Renaissance“ präsentiert die Gemäldegalerie auf dem Kulturforum, vom 2. September bis 8. Januar 2023 einen der Begründer der italienischen Renaissance. Bereits Zeitgenossen erkannten das herausragende künstlerische Talent des Florentiner Bildhauers Donatello, namhafte Auftraggeber bemühten sich um seine Werke. Diese zeichneten sich durch technische Neuerungen aus und revolutionierten die künstlerische Praxis ihrer Zeit. Im Rahmen einer einmaligen Kooperation der Staatlichen Museen zu Berlin mit der Fondazione Palazzo Strozzi, Florenz, den Musei del Bargello, Florenz, und dem Victoria & Albert Museum, London, wird Donatello erstmals eine eigene Ausstellung in Deutschland gewidmet. Mit rund 90 Arbeiten und zahlreichen Hauptwerken, die zuvor noch nie zusammen gezeigt wurden, ergibt sich ein Panorama, das in der Erkenntnis mündet: Die Geschichte Donatellos ist zugleich eine Geschichte der Renaissance. *tws*

LUXEMBURGER ABKOMMEN

Vor 70 Jahren einigten sich Deutschland und Israel

In Tel Aviv gab es nur eine knappe Entscheidung für Verhandlungen mit dem „Land der Mörder“ – Anschläge von Gegnern befürchtet

VON WOLFGANG KAUFMANN

Anfang 1951 stand der junge Staat Israel vor dem wirtschaftlichen Ruin: Sein Handelsbilanzdefizit war das höchste der Welt, was nicht zuletzt am Boykott durch die arabischen Staaten lag. Dennoch mussten nun zusätzlich auch noch die in den letzten zweieinhalb Jahren eingewanderten 500.000 Juden aus aller Welt ernährt und untergebracht werden, wobei es sich hier vielfach um bettelarme Menschen aus Osteuropa oder muslimischen Ländern wie dem Irak und Iran handelte. Deshalb brauchte die israelische Regierung dringend Geld. Hieraus resultierten dann erste Forderungen bezüglich einer 1,5-Milliarden-Dollar-Wiedergutmachung durch die deutsche Seite, die allerdings nur gegenüber den Siegermächten angemeldet wurden, welche sich prompt für unzuständig erklärten.

Prekäre Wirtschaftslage in Israel

Danach nahmen die Probleme in Israel noch weiter zu, woraufhin der Minister für Rationierung und Versorgung, Pinhar Lavon, und dessen Kabinettskollege, der Minister für Handel und Industrie, Dov Yosef, im September/Oktober 1951 lautstark Alarm schlugen: Man benötige jetzt unverzüglich Zahlungen aus Deutschland. Gleichzeitig riet der Nürnberg-Ankläger Robert Kempner die Verantwortlichen in Tel Aviv, direkt auf die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zuzugehen: „Mit Telepathie kommt Ihr nicht weiter.“

Und tatsächlich hatte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer ja auch bereits am 27. September 1951 offiziell bereit erklärt, „gemeinsam mit Vertretern des Judentums und des Staates Israel, der so viele heimatlose jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat, eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen, um damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leides zu erleichtern“. Außerdem versicherte er dem Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses (WJC) Nahum Goldmann am 6. Dezember 1951, dass die Bundesrepublik zwei Drittel der israelischen Forderungen



Luxemburg am 10. September 1952: Israels Außenminister Mosche Scharet (l.) und Bundeskanzler Konrad Adenauer (r.) unterzeichnen das „Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel“ Foto: imago/United Archives International

gen an Deutschland begleichen werde – der Rest sei dann freilich Sache der DDR.

Dieser Schritt war innenpolitisch durchaus umstritten, aber letztlich alternativlos. Denn Wiedergutmachungszahlungen an Israel gehörten ebenso zu den unumgänglichen Vorbedingungen für die Aufhebung des Besatzungsstatus wie die Begleichung der aufgelaufenen Auslandsschulden des Deutschen Reiches.

Attentate auf Adenauer

Die direkten bilateralen Verhandlungen zwischen der deutschen und jüdisch-israelischen Seite begannen am 21. März 1952 im Kasteel Oud-Wassenaar bei Den Haag und wurden von dem Frankfurter Jura-Professor Franz Böhm, dem israelischen Diplomaten Felix Shinnar und Moses Leavitt von der Jewish Claims Conference (JCC) geführt – wobei die Letztere

vorrangig die Entschädigungsansprüche jüdischer Opfer des Nationalsozialismus außerhalb Israels vertrat. Die Gespräche fanden unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen statt, weil man Anschläge jüdischer oder arabischer Extremisten fürchtete. Immerhin machten die israelische Opposition und zahlreiche Holocaust-Überlebende gegen jeglichen Ausgleich mit dem „Land der Mörder“ und die Annahme von „Blutgeld“ mobil, was teilweise zu bürgerkriegsartigen Szenen führte.

Am Ende stimmte dann allerdings das Parlament in Tel Aviv mit 61 zu 59 Stimmen für die Fortsetzung der Unterredungen. Parallel hierzu drohten die arabischen Staaten mit Racheaktionen gegen die Bundesrepublik.

Angesichts dieser aufgeheizten Stimmung kann kaum verwundern, dass es im Frühjahr 1952 zu mehreren Briefbomben-

attentaten auf Adenauer, Böhm und andere deutsche Beteiligte an den Verhandlungen kam, hinter denen höchstwahrscheinlich ehemalige Angehörige der paramilitärischen zionistischen Untergrundorganisation Irgun Zvai Leumi unter Elieser Sudit steckten. Die Anschläge, bei denen der Sprengmeister Karl Reichert ums Leben kam, konnten die Einigung letztlich aber genauso wenig verhindern wie der innenpolitische Widerstand in Israel und Deutschland sowie die Erpressungsversuche seitens der arabischen Welt. Am 10. September 1952 unterzeichneten Adenauer und der israelische Außenminister Mosche Scharet im Rathaus von Luxemburg das „Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel“.

Darin wurde dem jüdischen Staat eine Summe von drei Milliarden D-Mark (nach

heutiger Kaufkraft rund acht Milliarden Euro) als Ausgleich für die finanziellen Lasten infolge der Eingliederung mittelloser jüdischer Flüchtlinge aus dem ehemaligen deutschen Machtbereich sowie zur „individuellen Entschädigung“ der „in Israel lebenden Hitleropfer“ zugewilligt. Darüber hinaus sollte die JCC 450 Millionen D-Mark zur Weiterleitung an notleidende jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus außerhalb Israels erhalten. Dazu kamen zusätzliche 50 Millionen für jüdische Opfer der Nürnberger Rassengesetze, die sich nicht zum mosaikischen Glauben bekannten.

Zwei Drittel der Entschädigungssumme zu Händen des israelischen Staates beglich die Bundesrepublik in den Folgejahren mit Rohstoffen, Maschinen und Verkehrsmitteln, während die dritte Milliarde der Finanzierung der Öllieferungen britischer Unternehmen diente. Aus der Sicht des WJC-Präsidenten Goldmann war das Abkommen „geradezu eine Rettung“.

Bis 2021 insgesamt 80,53 Milliarden Euro Entschädigungsleistungen

Dabei hätte der Deutsche Bundestag dieses beinahe platzen lassen. Bei der Abstimmung zur Ratifizierung gab es zahlreiche Gegenstimmen aus den Reihen der CDU/CSU und FDP. Die Kritiker beschworen vor allem die Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zu den arabischen Staaten. Gleichzeitig befürworteten auch nur elf Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung die Abmachungen von Luxemburg.

Die erste Rate an Israel in Höhe von 200 Millionen Mark wurde bereits 1952 fällig, ab 1953 waren dann jeweils 310 Millionen pro Jahr zu zahlen. Jedoch sollte es nicht bei diesen Summen bleiben. Alles in allem beliefen sich die deutschen Entschädigungsleistungen für Opfer des Nationalsozialismus bis Ende 2021 auf 80,53 Milliarden Euro, wobei angesichts der Verfolgungspraxis des Dritten Reiches davon auszugehen ist, dass ein großer Teil der Empfänger jüdischer Herkunft war. Dazu kommt die umfangreiche bundesdeutsche Militärhilfe für Israel, über die aber ebenfalls keine genauen Zahlen vorliegen.

WALTHER FREIHERR VON LÜTTWITZ

Der Reichswehrgeneral, der putschte

Vor 80 Jahren starb der militärische Namensgeber des Kapp-Lüttwitz-Putsches in seiner Heimatprovinz Schlesien

Von dem preußischen Offizier und deutschen Generalfeldmarschall Erich von Manstein stammt das Wort: „Preußische Generäle putschen nicht.“ In der Tat haben Militärputsche in Preußen im Gegensatz etwa zu Lateinamerika keine große Tradition. Und dennoch ist ein in Preußen unternommener Putschversuch gegen eine deutsche Regierung außer nach einem Verwaltungsbeamten auch nach einem General benannt.

Gemeint ist der Kapp-Lüttwitz-Putsch, benannt nach dem Generallandschaftsdirektor in Königsberg Wolfgang Kapp und dem General der Infanterie Walther von Lüttwitz. Während Kapp den Putschversuch nur um zwei Jahre überlebte, waren es bei Lüttwitz über zwei Jahrzehnte. Als der gebürtige Schlesier mitten im Zweiten Weltkrieg, am 20. September 1942, in der schlesischen Hauptstadt Breslau verstarb, geschah das von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Die Zeit war über ihn hinweggegangen. Da lag es bereits 22 Jahre zurück, dass

er mit Kapp ein Stück weit deutsche Geschichte geschrieben hatte. Und dass er zur Welt gekommen war, lag noch einmal 61 Jahre länger zurück. Das geschah am 2. Februar 1859 auf dem schlesischen Jagdschloss Bodland.

Der Freiherr und Spross einer alten preußischen Offiziersfamilie machte bis zum Ersten Weltkrieg eine erfolgreiche, aber nicht unbedingt spektakuläre militärische Karriere in der preußischen Armee. Nachdem er 1916 bereits Preußens höchste Tapferkeitsauszeichnung, den Orden Pour le Mérite, erhalten hatte, erhielt der Kommandierende General des 3. Armeekorps während der Kaiser-Schlacht im Frühjahr 1918 auch noch das Eichenlaub dazu.

Die Novemberrevolution brachte keinen unmittelbaren Karriereknick. Vielmehr wurde Lüttwitz im Dezember 1918 vom mittlerweile nur noch aus (Mehrheits-)Sozialdemokraten bestehenden Rat der Volksbeauftragten zum „Befehlshaber der Truppen in und um Berlin und

zum Befehlshaber in den Marken“ ernannt. Der sogenannte Vater der Freikorps verteidigte mit Freikorps-Hilfe die



Walther von Lüttwitz Foto: H. Noack

aus der Revolution hervorgegangene neue Regierung gegen links. Letztere dankte dem „Retter des Vaterlandes“ die Niederschlagung des Spartakusaufstandes im Mai 1919 mit der Unterstellung aller militärischen Truppen im Reich für den Konfliktfall. Nach dem Rücktritt von Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg als Chef des Generalstabes des Heeres am 25. Juni 1919 war Lüttwitz zudem „ältester aktiver General der Armee“.

Lüttwitz überschätzte jedoch seine Möglichkeiten, als er glaubte neben Neuwahlen von der Regierung den Verzicht auf die im Versailler Diktat den Siegermächten zugesagte Verringerung des Heeres auf 100.000 Mann, Auflösung der Freikorps und Auslieferung von etwa 900 Militärs erzwingen zu können. Statt die Forderungen zu erfüllen, wurde er am 10. beziehungsweise 11. März 1920 von der Reichsregierung in der Person des Reichswehrministers Gustav Noske beurlaubt. Das ließ sich wiederum Lüttwitz nicht bieten und unternahm mit

Kapp und der von der Freikorps-Auflösung betroffenen Marine-Brigade Ehrhardt am 13. März den Kapp-Lüttwitz-Putsch.

Dieser scheiterte. Eher linke Historiker nennen als Grund hierfür den nun ausgerufenen Generalstreik, eher rechte Geschichtswissenschaftler die Weigerung eines großen Teils der Beamtenschaft, Weisungen von den Putschisten entgegenzunehmen. Bereits nach wenigen Tagen sahen sich Kapp und Lüttwitz zur Aufgabe gezwungen. Während Kapp nach Skandinavien floh, setzte sich Kapp über Sachsen nach Ungarn ab. Nach einer 1925 in Kraft getretenen Amnestie kehrte Letzterer in seine schlesische Heimat zurück. Er unterstützte die nationalkonservative Deutschnationale Volkspartei, begrüßte die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten und veröffentlichte 1934 sein Buch „Im Kampf gegen die Novemberrepublik“, trat aber ansonsten bis zu seinem Tode nicht mehr politisch hervor. Manuel Ruoff

VON ERIK LOMMATZSCH

Die Angehörigen der israelischen Olympia-Teilnehmer, die 1972 in München Opfer palästinensischer Terroristen wurden, haben ihre Teilnahme an der offiziellen deutschen Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag am 5. September abgesagt. Stattfinden soll diese am Ort des blutigen Endes der Aktion, auf dem Fliegerhorst Fürstenfeldbruck. Der israelische Staatspräsident Jitzchak Herzog wird der Veranstaltung ebenfalls fernbleiben, aus den Reihen der Angehörigen hieß es, „Herzog hält zu den Familien“. Diese konnten sich mit der deutschen Seite im Vorfeld des Gedenkens nicht über eine materielle Entschädigung einigen.

Die Olympischen Sommerspiele von 1972 wurden vom 26. August bis zum 11. September in der bayerischen Landeshauptstadt ausgetragen. In den frühen Morgenstunden des 5. September überwältigten acht Palästinenser, die zur Terrorgruppe „Schwarzer September“ gehörten, im Olympischen Dorf elf Mitglieder der israelischen Mannschaft. Zwei davon wurden bei Gegenwehrversuchen getötet.

Mit den neun verbliebenen Geiseln sollten unter anderem mehrere hundert Palästinenser aus israelischer Haft freigesetzt werden, was die von Golda Meir geführte Regierung ablehnte. Auch die Entlassung von in Deutschland einsitzenden RAF-Terroristen gehörte zu den Forderungen der Terroristen. Schließlich wurde vereinbart, die Palästinenser ihrem Wunsch gemäß mit den Geiseln nach Kairo auszufliegen. Am Abend wurden sie zum Fliegerhorst Fürstenfeldbruck gebracht. Hier versuchte die bayerische Polizei, die Israelis zu befreien.

GSG 9 als Resultat des Terrorakts

Die Bilanz, die in den ersten Stunden des 6. September nach einem mehrstündigen Feuergefecht gezogen werden konnte, fiel katastrophal aus. Alle Geiseln waren tot, ebenso ein Polizist. Drei Geiselnahmer hatten überlebt, sie wurden in Deutschland inhaftiert. Allerdings bemächtigten sich palästinensische Terroristen bereits am 29. Oktober einer Lufthansmaschine und verlangten die Freigabe der Verhafteten. Die Bundesregierung gab dem nach, folglich war der Münchener Terrorakt in Deutschland nie Gegenstand eines Gerichtsprozesses.

Israel stellte eine Sondereinheit des Geheimdienstes Mossad auf, deren Ziel es war, die überlebenden Geiselnahmer und die Hintermänner aufzuspüren und zu ermorden. Den Aktionen der „Operation Zorn Gottes“ fiel auch eine Reihe Unbeteiligter zum Opfer. In Deutschland wurde die Antiterrorereinheit GSG 9 (Grenzschutzgruppe 9) gegründet, als Konsequenz aus der fehlgeschlagenen Befreiungsaktion.

In der Tat ist die Liste der Versäumnisse, Fehler und Unzulänglichkeiten, die sich die deutschen Behörden bezüglich ihres Vorgehens gegen die Geiselnahmer vorhalten lassen mussten, sehr lang. So waren die Terroristen nicht vom Informationsfluss via Radio und Fernsehen abgeschnitten. Fälschlich ging man lange von fünf statt von acht Geiselnahmern aus, was zur Folge hatte, dass auf dem Fliegerhorst auch nur fünf Scharfschützen positioniert wurden. Diese waren weder entsprechend ausgebildet noch adäquat ausgerüstet. Polizisten wurden irrtümlich von ihren Kollegen beschossen. Panzerwagen wurden zu spät gerufen. Noch während der Auseinandersetzungen wurden mehrere unzutreffende Erfolgsmeldungen herausgegeben. Bei all dem sollte man allerdings nicht aus dem Auge verlieren, dass die Terroristen die Verantwortung für die Morde tragen.

„Humanitäre“ drei Millionen Euro

Die Angehörigen der Opfer hatten sich von Anfang an um eine materielle Entschädigung bemüht – durch die Bundesrepublik, das Land Bayern und die Stadt



Ende einer Terroraktion: Einer von zwei Hubschraubern des Bundesgrenzschutzes auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck, die durch Handgranaten ausgebrannt sind und in denen alle neun israelischen Geiseln starben
Foto: imago/Heinz Gebhardt

OLYMPIA 1972

Kein Gedenken – und kein Geld für die Opfer

Vor 50 Jahren ermordeten palästinensische Terroristen elf Mitglieder der israelischen Mannschaft. – Angehörige warten auf Entschädigung

München. Zeitnah wurde eine Million US-Dollar gezahlt, als „humanitäre Hilfe“ über das Rote Kreuz. Aufgefasst wurde dieser Weg als das Umgehen eines Schuldgeständnisses.

1994 klagten die Angehörigen aufgrund der Fehler bei dem Befreiungsversuch auf 40 Millionen D-Mark Schadenersatz. Dies wurde wegen Verjährung abgewiesen. Einen Revisionsantrag beim Bundesgerichtshof zogen die Angehörigen 2001 zurück. Im Folgejahr wurden ihnen jedoch, wieder versehen mit dem Stichwort „humanitär“, von Deutschland drei Millionen Euro überwiesen.

2021 forderten die Angehörigen von den Vereinten Nationen (UN) Schadenersatz. Das Geld sollte dabei von eingefrorenen Konten des ehemaligen libyschen „Revolutionsführers“ Muammar al-Gaddafi kommen, der die Terroristen von München unterstützt habe. Genannt wurde eine Summe von 110 Millionen Euro – zehn Millionen für jede ermordete Geisel. Die Angehörigen orientierten sich dabei am Lockerbie-Attentat von 1988. Hier war ein US-Passagier-Flugzeug durch ei-

nen libyschen Anschlag zum Absturz gebracht worden. Auf Druck der UN musste das Land der Attentäter für jedes Todesopfer zehn Millionen Dollar zahlen.

Größere Summen sind nun auch in Bezug auf Deutschland im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des Terroraktes bei der Münchener Olympiade ins Spiel gekommen. Ankie Spitzer ist Witwe des Fechttrainers Andrei Spitzer und Sprecherin der Angehörigen. Sie verlangt eine „normale Kompensation nach internationalen Standards“.

Eine „beleidigende Summe“

Hieß es Ende Mai dieses Jahres seitens der Bundesregierung noch, die Entschädigungsverfahren seien abgeschlossen, so erklärte ein Sprecher des Innenministeriums im Juli, „die gravierenden Folgen für die Hinterbliebenen der Opfer in immaterieller und in materieller Hinsicht“ seien „erneut zu artikulieren“.

Die Angehörigen wünschen eine bislang nicht erfolgte Bitte um Entschuldigung von deutscher Seite und eine historische Aufarbeitung des Terroraktes. Für

Ersteres zeigt sich der Bundespräsident offen, dem zweiten Anliegen wird mit einer deutsch-israelischen Historikerkommission Genüge getan.

Zur Absage der Teilnahme an der Gedenkveranstaltung kam es aufgrund der materiellen Forderungen. Bund, Bayern und München wollen insgesamt zehn Millionen Euro aufbringen, abzüglich der bereits geleisteten Zahlungen. Spitzer nannte dies eine „unakzeptable und beleidigende Summe“.

Gemeinsam mit Ilana Romano, der Witwe des Gewichthebers Josef Romano, schrieb Spitzer in einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder: „50 Jahre Schmähung, Lügen, Erniedrigung und Abweisung durch die deutsche Regierung und insbesondere bayerische Behörden sind mehr als genug für uns.“

Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland, sagte, man habe „ein faires Angebot gemacht“. Die bayerische Staatskanzlei ließ verlauten, man bedauere die Absage sehr und führe die Verhandlungen fort.

HEINRICH SCHULZ

Wegbereiter der Stenografie

Für Deutschlands Kaiserzeit lässt sich feststellen, dass die Gymnasiallehrer eher aus dem Bildungsbürgertum stammten, die Volksschullehrer hingegen häufig Aufsteiger aus dem Arbeiter- und kleinbürgerlichen Milieu waren. Letzteres in Kombination mit der Tatsache, dass die Volksschullehrer häufig auch mit Kindern aus diesem Milieu und deren Nöten zu tun hatten, erklärt, dass viele Volksschullehrer Sozialdemokraten waren. Vergleichsweise gut gebildet stiegen sie nicht selten in der SPD auf. Entsprechend wortgewandt waren sie häufig auch in der SPD-Presse als Autoren oder Redakteure engagiert und saßen für die Partei in den Parlamenten.

Zu diesem Typus gehörte auch der vor eineinhalb Jahrhunderten, am 12. September 1872, in Bremen geborene Heinrich Schulz. Nach dem Besuch der Volks- und Realschule besuchte er von 1889 bis 1892 das Bremer Lehrerseminar. Im Jahr der Beendigung des Seminars trat er in die SPD ein. Neben seinem erlernten Beruf war er in führender Stellung für die Zeitungen „Tribüne“, „Volksstimme“ und „Bremer Bürgerzeitung“ tätig. Ab 1912 saß er als Abgeordneter im Reichstag.

Entsprechend seiner Ausbildung und seinem Beruf galt sein besonderes Interesse der Jugend- und Bildungspolitik. Ursprünglich dem linken Parteiflügel um Rosa Luxemburg zugeordnet, wechselte er im Ersten Weltkrieg zum Flügel um Friedrich Ebert.

Der Wechsel vom Kaiserreich zur Weimarer Republik nach der Novemberrevolution ermöglichte dem mittlerweile also eher rechten Sozialdemokraten völlig neue Möglichkeiten im Staatsapparat. Noch im Revolutionsjahr 1918 machte Ebert seinen Vertrauensmann zum Geschäftsführer der Reichskanzlei. Entsprechend



Populär durch Schulz: Kurzschrift

Ausbildung und Interessensschwerpunkt wurde Schulz 1919 Unterstaatssekretär und ein Jahr später Staatssekretär für Schul- und Bildungsfragen im Innenministerium. Erfolglos bemühte sich der Sozialdemokrat um ein schon damals linkes Herzensanliegen: die Einheitsschule. Hingegen von Erfolg gekrönt war seine Leitung der Einigungsverhandlungen zur Schaffung einer Deutschen Einheitskurzschrift (DEK). Noch heute wird mit ihr in der Bundesrepublik und in Österreich gearbeitet. Sie ist Heinrich Schulz' größtes Vermächtnis. Mit ihr schrieb der Wegbereiter der Stenografie ein Stück weit Geschichte.

1927 trat Heinrich Schulz in den Ruhestand. Im Reichstag saß er noch bis 1930. Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten brauchte der Sozialdemokrat nicht mehr miterleben. Er starb vor 90 Jahren, am 4. September 1932, in seiner Geburtsstadt Bremen. Manuel Ruoff

Neue Bücher zum Jahrestag

Markus Brauckmann/Gregor Schöllgen: „München 72: Ein deutscher Sommer“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2022, gebunden, 25 Euro

Roman Deininger/Uwe Ritzer: „Die Spiele des Jahrhunderts: Olympia 1972, der Terror und das neue Deutschland“, dtv, München 2021, gebunden, 528 Seiten, 25 Euro

Cornelia Ziegler: „Olympia 1972: 19 Superlative und 72 Geheimnisse“, Volk Verlag, München 2022, Taschenbuch, 160 Seiten, 16,90 Euro

Petra Mattfeldt: „München 72 – Der Tag, an dem die Spiele stillstanden“, Blanvalet Verlag, München 2022, broschiert, 320 Seiten, 16 Euro



Sven Felix Kellerhoff: „Anschlag auf Olympia: Was 1972 in München wirklich geschah“, wbg Theiss, Darmstadt 2022, 240 Seiten, gebunden, 25 Euro

Karl Stankiewicz: „München 1972: Wie Olympia eine Stadt veränderte“, Allitera Verlag, München 2021, broschiert, 224 Seiten, 25 Euro

Elisabeth Spieker: „Olympia München '72. Architektur + Landschaft als gebaute Utopie“, Jovis Verlag, Berlin 2022, gebunden, 464 Seiten, 48 Euro

Cornelia Jahn/Katharina Wohlfart: „Olympia 72 in Bildern: Fotografien aus den Sammlungen der Bayerischen Staatsbibliothek“, Volk Verlag, München 2022, gebunden, 192 Seiten, 29,90 Euro

VON WOLFGANG KAUFMANN

Reiche Philanthropen, also vermögende „Menschenfreunde“, die freiwillig bedeutende Summen zur Hebung des Gemeinwohls zur Verfügung stellen, gibt es schon seit der Antike. Dazu kommen nun neuerdings noch die Philanthrokapitalisten. Das sind extrem reiche Personen wie Bill Gates, Warren Buffett, George Soros, Mark Zuckerberg oder Jeff Bezos, die sich seit geraumer Zeit als „Weltsanierer“ gerieren und in deren Stiftungen bereits um die eintausend Milliarden US-Dollar geflossen sind.

Die Bezeichnung für diesen sehr speziellen Typ von Wohltätern prägte der indische Investor Uday Khemka im Februar 2006 in einem Artikel für die britische Zeitschrift „The Economist“, in dem er prophezeite, dass die Philanthropie bald „immer mehr der kapitalistischen Wirtschaft ähneln“ werde.

Und genauso kam es dann auch: Der Philanthrokapitalismus als globales Modell einer institutionalisierten Förderung, welche die Effektivität und Effizienz der traditionellen Philanthropie um Längen übertreffen soll, befindet sich seitdem gewaltig auf dem Vormarsch, was das „Forbes Magazine“ dazu brachte, vom „neuen Goldenen Zeitalter der Philanthropie“ zu schwärmen. Immerhin böten die Stiftungen von Gates, Soros und Co. ja eine höchst sinnvolle Ergänzung zu den staatlichen Aufwendungen für Soziales, Kultur, Umwelt, Bildung und Wissenschaft, was die Zivilgesellschaft stärke und zu einer wünschenswerten Umverteilung von Reichtum führe – ganz abgesehen von der innovativen und pluralistischen Ausrichtung dieser neuen Art der Philanthropie. Tatsächlich allerdings überwiegen die Nachteile beziehungsweise Gefahren des Philanthrokapitalismus dessen Vorteile aufs Gravierendste.

Die Elite der Zukunft heranzüchten

Das beginnt schon damit, dass der Reichtum zum Verteilen in aller Regel aus dem unerbittlichen Streben nach Profit resultiert – wovon so mancher Arbeitnehmer in den Unternehmen der Philanthropen ein Lied singen kann. Und dann verfügen die „noblen“ Geldgeber natürlich auch über reichlich Macht: So können sie beispielsweise nach ihrem ganz eigenen privaten Gusto bestimmen, was dem Gemeinwohl gut zu tun hat und was nicht, womit gesellschaftliche Konflikte programmiert sind.

Ein weiteres großes Problem ist die fehlende demokratische Kontrolle der philanthrokapitalistischen Aktivitäten. Im Gegensatz zu gewählten Politikern müssen sich vermeintliche Weltverbesserer vom Schlage eines Buffetts oder Zuckerbergs eher selten für ihr Tun verantworten, obwohl sie erheblichen Einfluss



Er bestimmt nach eigenem Gusto, was dem Gemeinwohl dient: Milliardär George Soros

Foto: pa

WELTPOLITIK

Das Spenden und Stiften ist zum globalen Machtinstrument geworden

Soros, Gates und andere: Scheinbar selbstlose „Philanthrokapitalisten“ üben mit ihren Milliarden-Gaben weltweit unauffällig Einfluss aus – und machen nicht selten sogar noch Profit dabei

ausüben, wenn es um zentrale Belange eines Staates und dessen Bürger geht.

Gleichzeitig glauben die Philanthrokapitalisten, sie könnten Probleme besser lösen als die eigentlich dafür Zuständigen in den Regierungen und Parlamenten, was manchmal, aber beileibe nicht immer zutrifft. Aus diesem Grunde bezeichnen Kritiker das Verhalten der „wohlthätigen Menschenfreunde“ auch als paternalistisch im Sinne von despotisch und bevormundend sowie elitär und snobistisch. Immerhin ist Philanthropie in großem Stil stets nur winzig kleinen privilegierten Minderheiten möglich, welche so auch ihren sozialen Status zementieren wollen.

Des Weiteren läuft der Philanthrokapitalismus auf den Versuch hinaus, eine kulturelle Hegemonie zu errichten: Die Wohltätigkeit der Milliardäre dient auch dem Zweck, ihren Werten und Normen Geltung zu verschaffen, um die eigene Machtposition zu sichern. Deshalb spon-

sen sie gern Universitäten und Forschungseinrichtungen: So können die Superreichen einerseits die intellektuelle Elite der Zukunft heranzüchten, die ihre Weltsicht teilt, und andererseits der Wissenschaft die Richtung vorgeben. Das mündet oft sogar in Selbstzensur, denn die auf Fördermittel Angewiesenen wissen sehr genau, wofür sie Geld bekommen und wofür nicht. Zumal die klugen Köpfe dabei auch noch zur Passivität verdammt sind: „Rufen Sie uns nicht an, wir finden Sie!“, lautet ein Slogan der meisten philanthrokapitalistischer Stiftungen.

Ein gutes Steuersparmodell

Und dann wäre da noch der Umstand, dass die „Menschenfreundlichkeit“ in aller Regel Profit abwerfen soll. Gerade bei den Wohltätern aus dem IT-Bereich ist die Grenze zwischen Philanthropie und Gewinnsucht hochgradig fließend. Wenn etwa Stiftungen kostenlose Lernsoftware

zur Verfügung stellen, führt deren Verwendung meist zum Absaugen persönlicher Daten, die für die Unternehmen der Gönner Gold wert sind.

Außerdem stellen die „großzügigen“ Stiftungen natürlich Steuersparmodelle par excellence dar, wodurch alleine schon dem US-Fiskus um die 40 Milliarden Dollar pro Jahr entgehen. Bezos und seinesgleichen enthalten dem Staat also Geld vor, um die „eingesparten“ Mittel dann nach eigenem Gutdünken dort einzusetzen, wo sie ihrer Meinung nach am besten aufgehoben sind, wobei die Beziehung zwischen Spender und Empfänger zugleich noch zutiefst asymmetrisch ist.

Der Philanthrokapitalismus trägt auch in keiner Weise dazu bei, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Vielmehr verschlimmert er die bestehende Situation noch, wie nicht zuletzt das Scheitern der „Allianz für eine grüne Revolution in Afrika“ (AGRA) der Bill- und

Melinda-Gates- sowie der Rockefeller-Stiftung auf eindrucksvolle Weise zeigte: Der Anteil der Menschen, die unter extremem Hunger leiden, stieg in vielen AGRA-Teilnehmerländern durch den misslungenen Versuch der „nachhaltigen Intensivierung“ der lokalen kleinbäuerlichen Landwirtschaft um 30 Prozent.

Insofern hatte Peter Wilby, Bildungsexperte der britischen Zeitung „The Guardian“, recht, als er im August 2010 schrieb: „Die Reichen wollen eine bessere Welt? Dann sollten sie ... ihre Steuern pünktlich und vollständig zahlen; ihre Lobbyarbeit gegen eine angemessene Besteuerung und Regulierung einstellen; die Schaffung von Monopolen vermeiden; ihren Mitarbeitern bessere Löhne, Renten und Arbeitsbedingungen bieten; Waren herstellen und Produktionsmethoden verwenden, welche die Umwelt nicht schädigen oder Menschen krank machen.“ Aber daran hapert es auch zwölf Jahre später noch.

FORSCHUNG

„Es gibt keinen Klimanotstand“

1107 Wissenschaftler aus 40 Ländern stellen sich gegen die Politik zur Verhinderung der Erderwärmung

Der norwegisch-amerikanische Physiker und Nobelpreisträger Ivar Giaever gehört zu den prominentesten Mitgliedern der Global Climate Intelligence Group (CLINTEL), die es sich nach ihren eigenen Worten zur Aufgabe gemacht hat, „Regierungen und Unternehmen weltweit erbetene, aber auch ungebetene Ratschläge zum Klimawandel und zur Energie-wende zu geben.“

In dem Zusammenhang veröffentlichte die CLINTEL jetzt eine Grundsatzklärung mit dem unmissverständlichen Titel „There is no climate emergency“ (Es gibt keinen Klimanotstand). Die Erklärung haben insgesamt 1107 Wissenschaftler aus 40 Ländern unterzeichnet,

die ihrerseits betonen: „Nicht die Anzahl der Experten, sondern die Qualität der Argumente zählt.“ Wobei sich die Letzteren kurz und bündig so zusammenfassen lassen:

Erstens: Es gebe tatsächlich eine Klimaerwärmung aufgrund ganz unterschiedlicher Faktoren. Dabei müsse man jedoch bedenken, dass die Kleine Eiszeit erst 1850 endete und der Temperaturanstieg danach alles andere als verwunderlich sei.

Zweitens: Diese Erwärmung verlaufe sehr viel langsamer als vom Weltklimarat IPCC unter Verweis auf behauptete menschliche Einflüsse vorhergesagt. Somit bestehe eine Kluft zwischen der rea-

len und der modellierten Welt, die uns zeige, wie wenig wir vom Klimawandel verstünden.

Drittens: Weil die Klimamodelle Mängel aufwiesen, „sind sie als globale politische Instrumente nicht im Entferntesten plausibel ... Darüber hinaus ignorieren sie die Tatsache, dass die Anreicherung der Erdatmosphäre mit CO₂ nützlich ist.“

Kein Grund zu Panik und Alarm

Viertens: „CO₂ ist Pflanzennahrung“ und „kein Schadstoff. Es ist für alles Leben auf der Erde unerlässlich. Mehr CO₂ nützt der Natur, weil es unseren Planeten grüner macht“. Somit steigere das Kohlendioxid die Ernteerträge.

Fünftens: Die globale Erwärmung habe nicht zu mehr Naturkatastrophen wie Wirbelstürmen, Überschwemmungen und Dürren geführt. „Es gibt jedoch zahlreiche Belege dafür, dass Maßnahmen zur CO₂-Vermeidung ebenso schädlich wie kostspielig sind.“

Sechstens – und das ist wohl der entscheidende Punkt: „Klimapolitik muss wissenschaftliche und ökonomische Realitäten respektieren. Es gibt keinen Klimanotstand. Es besteht also kein Grund zu Panik und Alarm. Wir lehnen die für 2050 vorgeschlagene schädliche und unrealistische Netto-Null-CO₂-Politik entschieden ab. Setzen wir lieber auf Anpassung an die Erwärmung statt auf Minderung; Anpas-

sung funktioniert, was auch immer die Ursachen sind.“

Dem folgt dann noch ein „Rat an die europäischen Führungskräfte“: „Während die Wissenschaft nach einem deutlich besseren Verständnis des Klimas streben sollte, wäre es die Aufgabe der Politik, Klimaschäden durch die Priorisierung von Anpassungsstrategien zu vermeiden, welche auf bewährten und kostengünstigen Technologien basieren.“

Und zum Schluss heißt es: Das Problem der heutigen Zeit sei, dass die „Klimawissenschaft zu etwas degeneriert ist, was auf Überzeugungen basiert statt auf solider selbstkritischer Forschung“. Dem sollte ein Ende bereitet werden. W.K.

TILSIT

Ein Museum für den Tilsiter Frieden

Zum 215. Jahrestag: Räume für Alexander I., Napoleon Bonaparte und Königin Luise eingerichtet

VON HANS DZIERAN

Mit dem Friedensschluss zu Tilsit im Jahre 1807 geriet das damals noch kleine Städtchen am Memelstrom in den Blickpunkt der europäischen Öffentlichkeit. Auch wenn die Stadt nun nicht mehr Tilsit heißt, widmen die heutigen Bewohner diesem historischen Ereignis alljährlich große Aufmerksamkeit. In diesem Jahr, aus Anlass des 215. Jahrestages des Tilsiter Friedens, inszenierte man an der Uferpromenade ein Freilichtspektakel in historischen Kostümen. Noch eindrucksvoller gestaltete sich eine Festveranstaltung im Hotel Rossija im Beisein von Gästen aus nah und fern.

Der Abgeordnete der Königsberger Gebietsduma Jewgenij Abarius eröffnete ein abwechslungsreiches Programm. In zahlreichen Beiträgen wurde demonstriert, wie in dieser Stadt einst europäische Geschichte geschrieben wurde. Zu einem Höhepunkt wurde die Ankündigung, dass noch in diesem Jahr in Tilsit ein privates Museum „Tilsitskij Mir“ (Tilsiter Frieden) gegründet wird. Es wird Geschichte und Kunst sinnvoll miteinander verbinden.

Exponate aus Privatsammlung

Ein großer Teil der Ausstellungsstücke stammt aus der privaten Kollektion des Kunstsammlers und Modehistorikers Alexander Wassiljew, der von den Anwesenden begeistert begrüßt wurde. Wassiljew, der 1982 nach Paris emigrierte, legte auf Pariser Flohmärkten und Antiquitätenauktionen den Grundstein seiner umfangreichen Sammlung, die heute mehr als 55.000 Objekte umfasst. Der größte Teil wird in Litauen aufbewahrt, in seiner „Alexandre Vassiliev Foundation“ in Wilna [Vilnius].



Gab einen Einblick in die künftige Museumseinrichtung: Direktorin Angelika Spiljowa

Foto: J. Rosenblum

Die künftige Chefin des Museums „Tilsitskij Mir“, Angelika Spiljowa, vermittelte den Anwesenden einen ersten Einblick in das Interieur des Museums und dessen Exponate. Zwei der insgesamt fünf Räumlichkeiten sind den Imperatoren Alexander I. und Napoleon Bonaparte gewidmet. Ein weiterer Raum, im Stil eines Boudoirs, erinnert an Königin Luise. In dem benachbarten Saal erwarten den Besucher zwei Pavillons, in denen die Zeremonie des Friedensschlusses und die Unterzeichnung der Vertragsdokumente nachgestellt ist. Komplettiert wird das Museum mit einer Cafeteria und einem Souvenir-Shop.

Möbel und Innenausstattung der Räumlichkeiten wurden speziell auf französischen Auktionen erworben. Ferner auch Gegenstände der zeitgenössischen angewandten Kunst, Geschirr, Leuchten, Geräte des alltäglichen Gebrauchs sowie Accessoires des Empire, der zur Zeit Napoleons vorherrschenden Strömung der bildenden Kunst. Alle Exponate ermöglichen dem Besucher, tief in die Atmosphäre des beginnenden 19. Jahrhunderts einzutauchen.

Beifall erntete der Tilsiter Geschäftsmann Jurij Karafelow, als er dem künftigen Museum eine 1905 original gestem-

pelte französische Postkarte überreichte mit der Reproduktion des Gemäldes von Gioacchino Serangeli „Abschied von Napoleon und Alexander I. nach dem Frieden von Tilsit“, dessen Original in Versailles aufbewahrt wird.

Eröffnung im September

Die Eröffnung des neuen Museums „Tilsiter Frieden“ wird noch diesen Monat erwartet. Man ist sich sicher, dass diese Kunstsammlung zu einem Besuchermagneten wird und die Stadt mit ihrer historischen Vergangenheit noch attraktiver macht.

MELDUNGEN

Alte Mühle neu genutzt

Buddern – Dank einer polnisch-litauischen Zusammenarbeit wurde aus der früheren Mühle in Buddern im Kreis Angerburg nahe der Grenze zum Königsberger Gebiet ein Kulturzentrum. Die Mühle wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts errichtet. In ihr produzierten Generationen von Müllern verschiedene Sorten Mehl, bevor sie im Jahr 1995 geschlossen wurde. Dank Mitteln von über 900.000 Euro aus dem Projekt „Auf dem Pfad der Kultur und des Handwerks Schacken-Buddern“ mit der litauischen Stadt Schacken [Šakiai] zur Stärkung des Tourismus im Grenzgebiet, konnte das historische Gebäude innerhalb von zwei Jahren renoviert werden. Die über 130 Jahre alten Gerätschaften der Mühle sind erhalten geblieben. Im Inneren entstanden vier handwerkliche Werkstätten, etwa für Brotpack und traditionelle Keramik. Das Kulturzentrum ist seit dem 9. August für Publikum geöffnet. U.H.

Wertvolle Fundstücke

Cranz – Archäologen haben in der Nähe von Cranz in einer mittelalterlichen Fundstätte ein Bleisiegel des Herrschers der Kiewer Rus, Wladimir Monomach, gefunden. Laut der Russischen Akademie der Wissenschaften zeugt das Siegel von über gewöhnlichen Handelsbeziehungen hinausgehende Kontakten zwischen der Kiewer Rus während der Regierungszeit Wladimir Monomachs zwischen 1113 und 1125 und baltischen Prußen in spätheidnischer Zeit, die nach der Epoche der Wikinger und vor den Kreuzrittern lag. MRK

PASSENHEIM

Preis einer starken Frau für eine starke Frau

Die evangelisch-augsburgische Kirche zeichnete Ilse Masuch aus Rheinswein mit dem nach Anna Wasa bezeichneten Preis aus

Eine besondere Feier gab es am 6. August in der evangelisch-augsburgischen Kirche in Passenheim. Ilse Masuch aus Rheinswein von der Kreisgemeinschaft Ortelsburg erhielt dabei den Preis der Prinzessin Anna Wasa, den die evangelisch-augsburgische Kirche in Polen an Organisationen und Personen vergibt, die sich besonders für sie engagiert haben. Den Preis überreichte das Oberhaupt der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen, Bischof Jerzy Samiec.

Normalerweise treffen am Sonnabendnachmittag in Passenheim langsam die Gäste für das abendliche Konzert in der evangelisch-augsburgischen Kirche ein. An diesem Tag warteten sie bereits früher im Garten zwischen Pfarrhaus und Kirche Kaffee und Kuchen, und es waren erstaunlich viele Gäste aus der Bundesrepublik und evangelische Pfarrer anwesend.

Einsatz für die Kirche

Gekommen waren sie alle zu Ehren von Ilse Masuch, die in einer Feierstunde vor dem Konzert von der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen ausgezeichnet wurde. Der Preis, den sie erhielt, ist nach

Prinzessin Anna Wasa, der Schwester des schwedischen Königs Sigismund III. Wasa von Polen, benannt. „Sie war vielseitig gebildet und setzte sich trotz eigenen Leidens für die Bedürftigen ein“, so der Ortelsburger Pfarrer Adrian Lazar, einer der Antragsteller für die Auszeichnung. „Mit

ihrem Preis werden Menschen oder Organisationen geehrt, die sich nach dem Krieg in Krisen oder schweren Zeiten für unsere Kirche eingesetzt haben.“ Der andere Antragsteller, Pfarrer Witold Twardzik aus Passenheim, erinnerte an die erzwungene Emigration vieler Masuren wie

Ilse Masuch und den Einsatz dieser Menschen für die Versöhnung.

Gleich zweimal aus der Heimat

Dies griff auch der Vorsitzende der polnischen Synode, Pfarrer Adam Malina, in seiner Laudatio auf: „Als Kind vertrieben, kehrte Ilse Masuch 1947 in ihren Geburtsort Rheinswein zurück, engagierte sich als Organistin, leitete den Kirchenchor und gab Religionsunterricht. Nach der Emigration 1970 organisierte sie finanzielle Hilfe, schrieb selber Anträge für öffentliche Gelder und sammelte Mittel bei den ehemaligen Einwohnern, für die sie sich ebenfalls stets einsetzte.“ Als „Managerin“ für die Pfarrgemeinden Ortelsburg und Passenheim gewann sie Mittel, die dem Erhalt der Kirchenbauten in Rheinswein, Ortelsburg, Mensguth und Passenheim zugute kamen. Die Ehrung selbst nahm das Oberhaupt der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen, Bischof Jerzy Samiec, vor, der Ilse Masuch das Diplom und die zum Preis gehörende Statuette überreichte. „Sie sind die erste Einzelperson, die die Auszeichnung der Prinzessin Anna Wasa erhält, bisher wurden

nur Organisationen geehrt“, informierte er die neue Preisträgerin.

Ilse Masuch war bei ihrer Dankesrede doppelt gerührt. Zum einen über die Ehrung für einen ihrer Meinung nach selbstverständlichen Einsatz für Kirchen, die es zu erhalten gilt. Zum anderen war es vermutlich ihre letzte Reise nach Masuren. „Das Werk müssen jetzt jüngere weiterführen. Mein Mann und ich sind beide aus Rheinswein und fahren mit der Familie jetzt noch einmal dorthin, um uns zu verabschieden“, äußerte sie wehmütig. Weiteres Lob und Glückwünsche kamen vom Bischof der Diözese Masuren, Pawel Hause, und Sylwia Jaskulska vom Marschallamt der Woiwodschaft Ermland-Masuren, bevor der Beauftragte des Marschalls für Minderheitenfragen Wiktor Marek Leyk, selber Masure und Protestant, ihr einen Reprint des ersten polnischen evangelischen Gesangsbuchs, der zur 500-Jahrfeier der Reformation gedruckt wurde, als Geschenk überreichte. „Das ist für den Heimweg, wo auch immer Ihr Daheim ist. Denn dieses Buch haben alle Masuren bis an ihr Lebensende bei sich“, erklärte er dabei. Uwe Hahnkamp



Gruppenbild mit Dame: Adrian Lazar, Adam Malina, Ilse Masuch, Jerzy Samiec, Pawel Hause und Witold Twardzik (v.l.)

Foto: U.H.

**ZUM 100. GEBURTSTAG**

Brüggmann, Erna, geb. **Orlowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. September

Gezeck, Gertrud, aus Ortelsburg, am 8. September

Walleneit, Christel, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 4. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Lunk, Ruth, geb. **Orlowski**, aus Liebwalde, Kreis Mohrungen, am 7. September

Marks, Ingeburg, geb. **Loenhard**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. September

Witzke, Herta, geb. **Hinz**, aus Karlshof, Kreis Fischhausen, am 8. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Butzko, Willy, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ehrich, Irmgard, geb. **Reinhardt**, aus Lötzen, am 5. September

Glage, Dietrich, aus Miswalde, Kreis Mohrungen, am 6. September

Gorr, Hedwig, geb. **Gazioch**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 8. September

Götze, Charlotte, geb. **Gutt**, aus Nickelshagen, Kreis Mohrungen, am 3. September

Heinrich, Gerda, geb. **Wittke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 6. September

Hundsdröfer, Lydia, geb. **Naujok**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 6. September

Schäfer, Meta, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Casemir, Ursula, aus Wehlau, am 6. September

Jäger, Thea, geb. **Bomber**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 6. September

Kostrewa, Irmgard, aus Martins-hagen, Kreis Lötzen, am 2. September

Kunhardt, Günter, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 3. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Janzik, Alfred, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. September

Neukamm, Ingrid, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 5. September

Plaga, Wolfgang, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 7. September

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Reiche, Ella, geb. **Siebert**, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 2. September

Smollich, Prof. Dr. Alfred, aus Rhein/Tossen, Kreis Lötzen, am 6. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baginski, Gerda, geb. **Heinrichsen**, aus Treuburg, am 6. September

Kloß, Erich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 8. September

Knödler, Ursula, geb. **Noetzel**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 4. September

Mussel, Hildegard, geb. **Bader**, aus Sonnenborn, Kreis Mohrungen, am 7. September

Nagat, Wilhelm, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 4. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brinkmann, Edeltraut, aus Langheide, Kreis Lyck, am 3. September

Gelb, Erna Anna, geb. **Klaus**, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 5. September

Hinrichs, Herta, geb. **Rischkau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 5. September

Rogalski, Eitel, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 5. September

Schneider, Ruth, geb. **Marchel**, aus Birkfelde, Kreis Lötzen, am 4. September

Steiner, Günther, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 6. September

Volkman, Helga, geb. **Weber**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 3. September

Winterhalter, Hildegard, geb. **Klesch**, aus Lirken, Kreis Lyck, am 5. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Friese, Erika, geb. **Wölk**, aus Fischhausen, am 2. September

Komrowski, Erna, geb. **Danneberg**, aus Kronau, Kreis Lötzen, am 2. September

Kornmesser, Horst, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 7. September

Kubasch, Gerda, geb. **Judka**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September

Mombrei, Thea, geb. **Schmidke**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 7. September

Preuss, Alfred, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 5. September

Schendel, Elisabeth, geb. **Zitzmann**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 2. September

Schunke, Emmy, geb. **Weiß**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. September

Terzi, Wolfgang von, aus Lyck, Falkstraße 11, am 3. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Adam, Erwin, aus Saggehnen, Kreis Fischhausen, am 7. September

Auringer, Erich, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 4. September

Gläser, Kurt, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 7. September

Grave, Elfriede, geb. **Schliwinski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. September

Klein, Hubert, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. September

Kozikowski, Ruth, geb. **Herfurth**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 5. September

Malt, Hildegard, geb. **Redetzky**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 3. September

Potreck, Maria, aus Mogahnen, Kreis Fischhausen, am 6. September

Schiewe, Renate, geb. **Wiebe**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 7. September

Schiwy, Erhard, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 6. September

Sembritzki, Margarete, geb. **Lendzian**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg und aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Appel, Ruth, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 7. September

Deppe, Lieselotte, geb. **Hirth**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. September

Galla, Elisabeth, geb. **Borowski**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 5. September

Hauck, Ruth, geb. **Reisenauer-Bugs**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 4. September

Kompa, Werner, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. September

Krutschinna, Günther, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 8. September

Nullmeier, Erika, geb. **Raudies**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 4. September

Schwarz, Herta, geb. **Sturm**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. September

Wormuth, Friedel, geb. **Blickmann**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 5. September

Zerfowski, Herbert, aus Banners, Kreis Mohrungen, am 2. September

Zielke, Helene, geb. **Sabutsch**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 3. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Dumas, Sieglinde, geb. **Kuscewski**, aus Lötzen, am 6. September

Ostpreußen

Jubiläum

25. Landestreffen

Mecklenburg-Vorpommern

in

Schwerin

Sonnabend, 24. September 2022

10 bis 17 Uhr

Sport- und Kongresshalle

19059 Schwerin, Wittenburger Str. 118

Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam

Zusendungen für die Ausgabe 37/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 37/2022 (Erstverkaufstag 16. September) **bis spätestens Dienstag, den 6. September**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Eckhardt, Erika, geb. **Goeritz**, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 2. September

Hagan, Edeltraud, geb. **Kwiedor**, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 7. September

Herrmann, Irmgard, geb. **Datzko**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 8. September

Hundsdröfer, Ulrich, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 4. September

Köpcke, Hannelore, geb. **Potschka**, aus Ibenhorst, Forst, Kreis Elchniederung, am 4. September

Kuberka, Günther, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 3. September

Lukas, Reinhard, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 7. September

Majewski, Heinz-Otto, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 5. September

Nauke, Brigitte, geb. **Becher**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. September

Pendzich, Günter, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 8. September

Redmer, Helga, geb. **Herrmann**, aus Wehlau, am 7. September

Rohmann, Horst, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 3. September

Scheithauer, Ingrid, geb. **Jeworrek**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 3. September

Symanowski, Peter, aus Gingen, Kreis Lyck, am 5. September

Waskow, Christel, geb. **Bajorat**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 4. September

Wüpper, Regina, geb. **Lorenz**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahrendt, Gisela, geb. **Jandorf**, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 5. September

Fiedler, Susi, geb. **Nowak**, aus Wehlau, am 2. September

Menzel, Heidemarie, geb. **Karschau**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 4. September

Schernath, Burkhard, aus Sprindlack, Kreis Wehlau, am 7. September

Wirobski, Christel, geb. **Kneib**, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 5. September

Wrobel, Brigitte, aus Millau, Kreis Lyck, am 7. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bartschat, Ditmar, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 5. September

Möller, Sigrid, geb. **Thorberger**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 7. September

Schnabel, Bärbel, geb. **Widlicky**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 7. September

Treetzen, Edith, geb. **Drehn**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 2. September

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,

E-Mail: info@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de,
Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Historisches Seminar über Ostpreußen in Helmstedt



Stationen der ostpreußischen Geschichte, Teil 7 lautet das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 23. bis zum 25. September in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt.

Auf dem Programm des Wochenendseminars stehen Vorträge über archäologische Bodenfunde in Ostpreußen, über die Außenpolitik des Deutschen Ordens, über die Lebenswelten der Grafen von Lehndorff, über die

Entwicklung Königsbergs zur Großstadt, über Agnes Miegeles Salzburger Vorfahren, über das Attentat auf den polnischen Vizekonsul Ripa in Allenstein und über das Königsberger Diakonissenmutterhaus der Barmherzigkeit in Wetzlar.

Referenten sind Dr. Andreas Borm, Dr. Gaby Huch, Dr. Christoph Jahn, Dr. Marianne Kopp, Dr. Sebastian Kubon, Henriette Piper und Dr. Jürgen W. Schmidt.

Die Seminargebühr beträgt 90,- Euro bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 10,- Euro pro Nacht zu entrichten.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen Dr. Sebastian Husen Buchstraße 4 22087 Hamburg oder unter Telefon (040) 414008-23; Fax (040) 414008-48; E-Mail: husen@ostpreussen.de

haus“ Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt): 30. landesweiter Tag der Heimat.

25. Landestreffen in Schwerin – Sonnabend, 24. September, 10 bis 17 Uhr, Sport- und Kongresshalle Schwerin, Wittenburger Straße 118: Landestreffen der Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an den Tischen ausgeschildert. Auch für Westpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland gibt es Extra-Tische. Es gibt ein Informations- und Kulturprogramm mit sechs Chören aus allen drei Teilen Ostpreußens (Masuren, Königsberg, Litauen), dem Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern und der Mecklenburg-Pommeraner Folkloregruppe Ribnitz-Damgarten.

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Münzenvortrag

Rinteln – Donnerstag, 8. September, 15 Uhr, Stadtmission Rinteln, Waldkaterallee 1a (in Bahnhofsnähe): Vortrag von Hans-Walter Butschke mit Lichtbildern: „Die deutschen Münzen seit 1873, einschließlich der Danziger Münzen“. Wegen der zu treffenden Vorberei-

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luettich@web.de **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219, **Internet:** www.low-bw.de

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Mauerbau in Berlin

Hof – Anlässlich des Datums bot der Vorsitzende Christian Joachim beim August-Treffen der Kreisgruppe Hof einen historischen und persönlichen Exkurs zum Mauerbau 1961. Der Bericht zu dieser Veranstaltung wird in der kommenden Ausgabe abgedruckt. Das nächste Treffen findet am 10. September um 15 Uhr im Jahnheim zum Thema Erntedank statt.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Tag der Heimat

Wiesbaden – Sonntag, 4. September, 11 Uhr, Haus der Heimat, Gro-

ßer Saal, Friedrichstraße 35: Feststunde zum Tag der Heimat „Vertriebene und Spätaussiedler: Brückenbauer in Europa“.

Wiesbaden – Sonntag, 18. September, 10.30 Uhr, Biebricher Schloss: Zentrale Feierstunde des BdV-Landesverbandes Hessen zum Tag der Heimat 2022 und Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation.

Treffen

Wiesbaden – Donnerstag, 15. September, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46: gemeinsames Mittagessen. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden bis spätestens 10. September bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521.

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Tag der Heimat

Anklam – Sonnabend 3. September, 10 Uhr, Mehrzweckhalle „Volks-



Du siehst den Garten nicht mehr grünen, in dem du einst so froh geschaffst, siehst die Rosen nicht mehr blühen, weil der Tod dir nahm die Kraft. Was du aus Liebe uns gegeben dafür ist jeder Dank zu klein. Was wir an dir verloren, wissen nicht nur wir allein.

Inge Bergmann-Baier

geb. Bergmann

* 8. April 1929

† 1. August 2022

Liewenberg / Ostpreußen

Oberwinter

In Liebe und Dankbarkeit:

Ria Künzel †
Conny und Erwin Schneider
Familie Birgit Dräger-Denkhaus
Peter und Ruth Dräger
Enkel, Urenkel und Anverwandte

53424 Rolandswerth, Marienhöhe 7

tungen wird um Anmeldung unter Telefon (05751) 5386 gebeten.

Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: Wie haben Sie die Sommerpause erlebt? Was ist in der Welt geschehen?

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964)1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Treffen

Essen – Freitag, 16. September, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth,

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 13. September, 15 Uhr, Haus im Stadtpark, Burg: Monatstreff der Landsmannschaft „Ost-, West-

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus
Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppe und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

preußen und Danzig“ nach der Sommerpause. Michael Kirchner aus Burg wird an diesem Nachmittage aus seiner erweiterten Neuausgabe „Fast alles über Fehmarn – ein charmantes Sammelsurium“ den Mitgliedern und Gästen daraus vorlesen.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V.

Flensburg – Mittwoch, 14. September, 15 Uhr, TSB-Heim: Kaffeetafel, anschließend geänderter Vortrag von Landsmann Hermann Welk über „Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht“.

Michael Weber

Allenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach GSt.: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, StadtAllenstein@t-online.de

Jahrestreffen „auf Schalke“

Gelsenkirchen – Freitag, 16. September, bis Sonnabend, 17. September, Hotel St. Petrus, Probsteikirche und neu: Bistro AufSchalke, Gelsenkirchen: Jahrestreffen.

Nachdem unser 65. Jahrestreffen in den letzten zwei Jahren nicht stattfinden konnte, wollen wir in diesem Jahr gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft am Sonnabend, 17. September, ein frohes Wiedersehen feiern. Allerdings

werden wir uns nicht wie gewohnt im Schloss Horst treffen, da immer noch kein Pächter für die Gastronomie gefunden wurde und mehrere Versuche unsererseits, einen Caterer für die gastronomische Betreuung zu finden, wegen des logistischen Aufwands scheiterten.

Aber es ist uns gelungen, einen anderen Veranstaltungsort zu finden, der für unsere Zwecke bestens geeignet ist: das Bistro AufSchalke, Parkallee 1, 45891 Gelsenkirchen, das zum Sozialwerk St. Georg gehört. Es liegt in der Nähe der VELTINS-Arena und ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Auto gut zu erreichen. Parkplätze sind ausreichend vorhanden. Gastronomisch erwartet uns ein reichhaltiges und preiswertes Angebot an Speisen und Getränken, sodass wir uns dort sicher wohlfühlen werden.

Der Ablauf unseres Jahrestreffens bleibt unverändert. Am Freitag, 16. September, findet um 16 Uhr unsere Stadtversammlung im Hotel St. Petrus statt, der sich ein geselliges Beisammensein anschließt, am Sonnabend, 17. September, findet um 10 Uhr, Gottesdienst in der Propsteikirche mit Kranzniederlegung an der Allensteiner Gedenktafel und anschließend Besuch unseres Heimatmuseums „Treudank“. Ab 13 Uhr treffen wir uns dann „auf Schalke“, wie man in Gelsenkirchen zu sagen pflegt. Um 15 Uhr versammeln wir uns zur Feierstunde und anschließend erfreut uns ein Musikus mit Unterhaltungs- und Tanzmusik. Die Veranstaltung endet um 20 Uhr.

Der Vorstand bittet, auch Freunde und Bekannte, welche die PAZ nicht beziehen, über die Ände-

rung des Veranstaltungsortes zu informieren. Gottfried Hufenbach

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, GSt.: C. Bierwirth, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

68. Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Freitag, 9., bis Sonnabend, 10. September: Angerburger Tage. Alle Angerburger aus dem In- und Ausland sowie deren Familienangehörige und Bekannte sind hierzu herzlich eingeladen.

Am Freitag, 9. September, 19 Uhr, findet zunächst ein Begrüßungsabend im Restaurant „Harmonie“, Am Pferdemarkt 3 (im selben Hause befindet sich das Hotel), 27356 Rotenburg (Wümme) mit Abendessen à la carte und zwanglosem Beisammensein statt. Am Sonnabend, 10. September, wird das Heimatkreistreffen um 10.30 Uhr mit dem Gedenken am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche im Amtshofpark am Kreishaus Rotenburg (Wümme), Hopfengarten 2, fortgesetzt. Um 11 Uhr tritt der Kreistag (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. im Kreishaus Rotenburg (Wümme) (siehe Tagesordnung im AHB 169) zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht die Neuwahl des Kreis Ausschusses (Vor-

stand). Im Anschluss treffen sich die Angerburger mit Freunden und Bekannten zum gemütlichen Beisammensein im Kreishaus Rotenburg (Wümme). Es besteht Gelegenheit zum Mittagessen. Um 14 Uhr wird ein Film gezeigt und anschließend Kaffee, Tee, Kuchen und Torten angeboten. Die Angerburger Tage klingen in geselliger Runde aus. Das Angerburger Archiv mit der Heimatsammlung (Angerburger Zimmer) ist am Sonnabend, 10. September, von 13 Uhr bis 15 Uhr, geöffnet.

Ihre Anmeldung richten Sie bitte an die Geschäftsstelle (Kontakt Daten siehe oben). Änderungen bleiben vorbehalten!

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Mitglieder- und Delegiertenversammlung

Bad Nenndorf – Von Freitag, 9. September, bis Sonntag, 11. September, Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: Mitglieder- und Delegiertenversammlung/Kreistagssitzung. Die Delegierten treffen sich schon am Freitag, 9. September zur Kreistagssitzung/Delegiertenversammlung. Für die ersten Besucher des Treffens werden im Raum LUZERN des Hotels Film-Vorträge gezeigt.

Am Sonnabend, 10. September, öffnet das Tagungsbüro und die Besucher haben Gelegenheit, Filmvorträge aus der Heimat zu sehen. Um 12 Uhr beginnt das Mittagessen im Restaurant und um 14 Uhr ist Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung. Es folgen geistliche Worte und außerdem Grußworte des Landrats der Partnerstadt Nordhorn Uwe Fietzek. Danach werden Ehrungen und Rechenschaftsberichte sowie Wirtschafts- und Ertragsplan durch den Versammlungsleiter vorgetragen. Außerdem berichten die Kirchspielvertreter über Altes und Neues aus den jeweiligen Kirchspielen.

Am Sonntag, 11. September, ist Gottesdienst in der Kirche Steinhude sowie Ausklang im Hotel Esplanade. Manfred Romeike

Fischhausen

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienf.: Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, H.Meller@t-online.de, www.kreis-fischhausen.de. GSt.: Fahltkamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746

Treffen Seestadt Pillau e.V. Eckernförde – Sonnabend, 10. September, bis Sonntag, 11. September, 16 Uhr, Bürgerbegegnungs-

stätte, Rathausmarkt 3: 68. Pillauer Treffen in der Patenstadt Eckernförde. Abendessen ab 18 Uhr, Restaurant Montenegro, Jungfernstieg 135 (am Innenhafen).

Der Festakt am Denkmal des Großen Kurfürsten findet am Sonntag, 12. Uhr, statt. Ab 13.30 Uhr treffen wir uns bis 20 Uhr im Montenegro. Vom Denkmal bis zum Restaurant wird ein Fahrdienst vom Verein organisiert und bezahlt. Christina Ziegler

Gerdaun

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, GSt.: Doris Biewald, Blümmenstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdaun.de

Hauptkreistreffen mit Kreistagssitzung

Bad Nenndorf – Sonnabend, 1., bis Sonntag, 2. Oktober, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8: Hauptkreistreffen, Sonnabend, 1. Oktober, ab 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraumes im Hotel Esplanade und Kreistagssitzung. Sonntag, 2. Oktober, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungsraums im Hotel Esplanade, 11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungsraum des Hotels Esplanade. Walter Mogk

Die PAZ Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a 3x3 magic square and a 7x7 word puzzle grid.

Schüttelrätsel

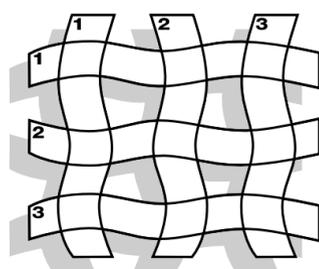
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

Shuffle puzzle grid with letters in question marks and some pre-filled letters like AELL, AGOT, DEOPT, EELS, AILPR, ANNO, EIRT, ETTZ, etc.

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine auswärtige Besetzung eines Staates.

Word puzzle grid with words like SPORT, LEICHT, JUNG, OPERN, TEMPO, HOLZ, BANK, and their corresponding right-side words: REGELN, HEMD, BRIEF, FOLGE, MIENE, HUND, TEIL.



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 eine Zahl
2 große Flutwelle
3 Windröschen

Heimatkreisgemeinschaften



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Heimattreffen und Kreistags-sitzung

Stade/Hollern/Agathenburg – Freitag, 9. September, ab 11.30 Uhr, bis Sonntag, 11. September, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, Stade; Landgasthaus „Hollerner Hof“, Hollernstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth; Pferdestall des Schlosses Agathenburg, Hauptstraße, 21684 Agathenburg; Goldaper Heimattreffen.

Freitag, 9. September, 11.30 bis 17 Uhr: Das Patenschaftsmuseum ist geöffnet. Sonnabend, 10. September, 10 Uhr, Hollerner Hof: Kreistags-sitzung nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter; 11.30: Einlass in den Saal; 12 Uhr: gemeinsames Mittagessen für Mitglieder und Gäste der Kreisgemeinschaft (KG); 13 Uhr: Kreisversammlung nur für Mitglieder der KG; 17 Uhr: Festveranstaltung im Pferdestall Agathenburg. Sonntag, 11. September, 10 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben: Gottesdienst; 11.30 Uhr: Feierstunde am Mahnmahl in den Wallanlagen in Stade; 13 bis 17 Uhr: Hauptkrestreffen im Patenschaftsmuseum, das bereits ab 10 Uhr geöffnet ist.



Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@domkom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Amselstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Burgdorf – Sonnabend, 10., bis Sonntag, 11. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf bei Hannover: Kreistreffen.

Sonnabend, 10. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im Hotel Haase in Burgdorf, Lehrter Straße 12, 10.30 Uhr: Gedenkminute am Gedenkstein im Park, ab 10.15 Uhr Busshuttle, 11.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im Hotel Haase, 15.30 Uhr: Sondertreffen „Zinten-Stadt“ (für alle), ab 18.30 Uhr: gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 11. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im Hotel Haase, ab 10 bis 16 Uhr: Feierstunde mit vorherigem Platzkonzert, Änderungen vorbehalten.

Matjesessen

Burgdorf – Freitag, 9. September, 19 Uhr, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Matjesessen

(Selbstzahler). Ihre verbindliche Anmeldung richten Sie bitte an die Kreisvertreterin.



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Hauptkrestreffen

Dortmund – Sonntag, 4. September, Einlass 9 Uhr, Beginn 11 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle, Dortmund: Hauptkrestreffen.



Labiau

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, info@strammverlag.de, www.labiau.de

Hauptkrestreffen

Otterndorf – Freitag, 9., bis Sonntag, 11. September, ab 9 Uhr, Stadthalle in Otterndorf/Niederelbe, Fröbelweg im Patenkreis Landkreis Cuxhaven: Hauptkrestreffen mit Jubiläum.

Freitag, 9. September, 18 Uhr: Wahl des Vorstands und anschließendem Begrüßungsabend in der Stadthalle.

Sonnabend, 10. September, 9.30 Uhr: Gedenkfeier am Labiauer Stein Am Großen Specken, 10 Uhr: offizielle Eröffnung des Kreistreffens in der Stadthalle, 11 Uhr: Feierstunde in der Stadthalle, 15 Uhr: Akkordeonkonzert mit Norbert Balzer, 19 bis etwa 22 Uhr: gemütlicher Abend mit Walter und Irmgard Meyer. Bei Musik zum Mitsingen und Dönjes wollen wir einen heiteren Familienabend verbringen.

Familienforschungsinformationen sind möglich, Torhaus und Archiv geöffnet. Die Bildausstellung Labiau – Stadt und Land – wie es einmal war, wird am Freitagabend und Sonnabend in der Veranstaltungshalle gezeigt. Informationsstand der Geschäftsstelle mit Verkauf von Postkarten, Heimatbrief, Bücherstand, Marzipan, Labiauer Korporal, Meschkinnos und anderem wird es auch geben. Für das leibliche Wohl ist gut gesorgt: Am Sonnabend gibt es als Reminiscenz an den Patenkreis die „Hadelner Hochzeitssuppe“, nachmittags Kaffee und Kuchen und Abendessen nach kleiner Karte.

Sonntag, 11. September: Ausklang für die in Otterndorf Verbliebenen, 10 Uhr: Schiffsfahrt auf der Medem, 10,- Euro pro Person, anschließend gemeinsames Mittagessen am Torhaus, gegen 14 Uhr: Heimweg. Eine Anmeldung zur Teilnahme ist wünschenswert. Speziell zur Schiffsfahrt haben wir eine begrenzte Teilnehmerzahl. Bitte rufen Sie die Kreisvertreterin Brigitte Stramm an unter Telefon (04853) 562. Touristinformation Otterndorf, Internet: www.otterndorf.de, Telefon (04751) 919131. Änderungen vorbehalten.

Die Veranstaltung findet unter den dann gültigen Corona-Bedingungen statt. *Brigitte Stramm*



Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osn-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Mitgliederversammlung

Neumünster – Sonnabend, dem 3. September, 11 Uhr, Museum, Sudetenlandstraße 18h: Mitgliederversammlung mit Entlastung des alten Vorstandes und Vorstellung des neuen Vorstandes der Kreisgemeinschaft Lötzen e. V. Diese Mitgliederversammlung ist im Rahmen des Stadtteilfestes der Böcklersiedlung (Neumünster) vom 2. bis 4. September in den Räumen des Museums, das an allen drei Tagen geöffnet ist. *Dieter Milewski*



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. **Stellv. Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Kreistagswahl im Jahr 2023

Im Jahr 2023 findet turnusmäßig die nächste Wahl des Kreistages (Mitglieder-Vertreter-Versammlung) unserer Kreisgemeinschaft Lyck (KG) statt. Nach Paragraph 2 Absatz 5 der Wahlordnung werden die Mitglieder der KG, das sind die Bezieher des Hagen-Lycker Briefes, aufgefordert, bis zum 30. September weitere Wahlvorschläge (PAZ 28 enthält bereits 25 Vorschläge) bei der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten einzureichen. Der Wahlvorschlag muss den Familiennamen (und gegebenenfalls abweichende Geburtsnamen) Vornamen, Heimatort und Geburtsdatum und die jetzige zustellungsfähige Anschrift (in Block-schrift) des vorschlagenden Wahlberechtigten und des vorgeschlagenen Kandidaten enthalten.

Bärbel Wiesensee



Mohrungen

Kreisvertreter: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

Stellv. Kreisvertreterin: Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. **Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

Gedenkstein

Groß Arnsdorf – Sonntag, 4. September, 12.30 Uhr, Immanuel-

Kant-Platz: Erntedank-Andacht, danach wird der Gedenkstein mit einer namentlichen Liste in Deutsch und Polnisch der Gefallenen, Vermissten, Ermordeten und Gestorbenen in russischen Lagern aus Groß Arnisdorf, eingeweiht.

Ingrid Tkacz, Kreisvertreterin

Kassenprüfung und Kreis-ausschuss-sitzung

Bad Nenndorf – Freitag, 16. September, 17 Uhr, Sitzungsraum „Luzern“, Grandhotel Esplanade, Bad Nenndorf: Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2021 und im Anschluss die Kreis-ausschuss-Sitzung (KAS); die KAS wird am Sonnabend, 17. September, ab 10 Uhr, fortgesetzt. Die Einladungen zu den Sitzungen sind schriftlich und laut Satzung termingemäß versandt worden. Tagesordnungspunkte: Begrüßung, Bericht Vorstand, Bericht Kassenprüfer, Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes, Mitgliederversammlung.

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 17., ab 15 Uhr, bis Sonntag, 18. September, ab 10 Uhr, Grandhotel Esplanade L'Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Heimatkreistreffen.

Ab 15 Uhr ist Einlass in die Veranstaltungsräume und Eröffnung der Ausstellung „Trakehner Pferd-zucht – UNESCO-Weltkulturerbe“ durch Kulturreferentin Gisela Harder. Besuch des Agnes-Miegel-Denkmal mit Blumenniederlegung. Am Abend lockt ein gemütliches Beisammensein mit kulturellen Einlagen.

Sonntag, 18. September, ab 10 Uhr Einlass in die Veranstaltungsräume, 10.30 Uhr: Feierstunde (Begrüßung durch die Kreisvertreterin, Grußworte von Ehrengästen, Geistliches Wort: Pfarrer i. R. Gerd E. Friede Kolakowski, Totenehrung, Festrede „Gegen das Vergessen; Heimat, Menschen, Vertreibung“, Referent Horst Sommerfeld, Ehrungen, Schlussworte, musikalisch begleitet von Josephina Strößner auf ihrer Querflöte).

Zimmerbuchungen: Grandhotel Esplanade, Telefon (05723) 798110 oder per E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de. Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, uns Ihre Teilnahme per E-Mail: tkacz@alice-dsl.net mitzuteilen. Danke! *Ingrid Tkacz*



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de

Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Kreistags-sitzung

Bochum – Sonnabend, 3. September, 14.30 Uhr, Kunstmuseum, Kortumstraße 147, 44787 Bochum: öffentliche Sitzung des Kreistages mit Neuwahlen.

Heimattreffen

Bochum – Sonntag, 4. September, 9 bis 17 Uhr, Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32, 44894 Bochum-Werne: Heimattreffen der Kreisgemeinschaft Neidenburg. Ab 9 Uhr ist der Saal geöffnet. Ab 11 Uhr beginnt eine klei-

ne Feierstunde mit ein paar kurzen Reden. Im Anschluss daran, hält Reinhard Kayss einen Vortrag über Familienforschung. Nach einem kleinen Imbiss verbleibt noch genug Zeit für heimatliche Gespräche der Besucher. Zur Erfrischung wird dann Kaffee und Kuchen gereicht. Das Ende der Veranstaltung ist für 17 Uhr geplant.

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkrestreffen

Herne – Sonntag, 18. September, ab 9 Uhr, Kulturzentrum: Hauptkrestreffen. Die Feierstunde beginnt um 11.30 Uhr, mit dem Posaunenchor der evangelischen Kirche Gelsenkirchen Resse. Als Festrednerin konnten wir die Historikerin Angelika Müller gewinnen. Der neue Vorstand des „Kulturvereins Heimat“ aus Ortelsburg wird ebenfalls anwesend sein.

Die Heimatstube ist am Sonnabend, 17. September, nicht geöffnet, dafür aber am Montag, 19. September, sowie regulär am Dienstag, 20. September.



Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Mitgliederversammlung

Lüneburg – Freitag, 16. September, 15.30 bis 17 Uhr, Bergström Hotel Lüneburg, Raum „Ravel“: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. im Rahmen des Jahrestreffens mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 17. September 2021, 3. Jahresbericht des Kreisvertreter, 4. Jahresrechnung 2021, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache und Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreter und der Jahresrechnung, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Neufassung der Satzung, 9. Wahl neuer Vorstandsmitglieder, 10. Verschiedenes. *Burghard Gieseler*

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 16., 15.30 Uhr, bis Sonnabend, 17. September, Hotel Bergström und Ostpreußisches Landesmuseum: Jahrestreffen.

Feierstunde

Lüneburg – Sonnabend, 17. September, ab 12.30 Uhr, im Rahmen des Jahrestreffens, Raum „Lagerfeld“, Hotel Bergström: Feierstunde.

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Vorstandssitzung

Verden – Sonnabend, 24. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller: Gesamt-Vorstandssitzung. Das Treffen findet unter den geltenden Corona-Schutz-Maßnahmen statt. Die Tagesordnung ist den Mitgliedern des Ges. Vorstands zwischenzeitlich übermittelt worden.

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 24., ab 9.30 Uhr, bis Sonntag, 25. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller: Kreistreffen mit folgendem Programm:

Sonnabend, 24. September, 9.30 bis 10.30 Uhr: Heimatmuseum im Kreishaus Verden ist geöffnet, 10.30 Uhr: Empfang der Stadt und des Landkreises Verden durch Bürgermeister Lutz Brockmann für die Teilnehmer/innen und Gäste des Kreistreffens im Rathaus, Große Straße 40, 27283 Verden/Aller, von 13.30 bis 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Landhotel „Zur Linde“, 15.30 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken, 16 Uhr: Der Beauftragte für Familienforschung beantwortet Fragen zu Nachforschungen, 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen, 19.30 Uhr: Heimatabend.

Sonntag, 25. September, 11 Uhr: Feierstunde im Landhotel „Zur Linde“, 12.15 Uhr: Abfahrt des Bus-Shuttles zum Bürgerpark, anschließend Kranzniederlegung am Mahnmahl im Bürgerpark, anschließend: Fortsetzung des Heimattreffens im Landhotel. *Evelyn v. Borries*



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Mittwoch, 7. September, 18 Uhr, Museumsfoyer (Museum schließt um 17.30 Uhr): Podiumsdiskussion mit Volker Gampe, Reinhild Gräber, Christiane Schröder und Torsten Broder „Die Rückkehr der großen Tiere“, Eintritt: 4,- Euro.

Die Bestandszahlen mehrerer größerer, wildlebender Tierarten in Deutschland haben sich erheblich verändert. Doch die Rückkehr der Tiere bringt nicht nur Freude. Konflikte berühren auch die Interessen des Naturschutzes und der Jagd. Wie lassen sich hier Lösungen finden, die für beide Seiten akzeptabel sind? Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

Die Kultur schläft nicht

Die Geschichte der von der Groeben wird in Marienwerder gezeigt und ein „Waidmannsheil“ gibt es in Ellingen zu sehen

VON WOLFGANG FREYBERG

Die Jagd ist so alt wie die Menschheit selbst. Unsere Vorfahren nutzten das Wildfleisch zunächst als Nahrungsquelle, Tierfelle dienten als Kleidung, und aus den Knochen wurden Waffen und Schmuck hergestellt.

Auch im wald- und wildreichen Land zwischen Weichsel und Memel spielte die Jagd eine große Rolle. Diese lange Tradition begann mit den preußischen Ureinwohnern, setzte sich in der Zeit des Deutschen Ordens fort und war in den folgenden Jahrhunderten ein wichtiges Privileg der Herzöge, Könige und des Adels. Auch zahlreiche prominente Jagdgäste pirschten gern in Ostpreußen. Jedoch führten die übertriebene Jagdleidenschaft mancher Landesfürsten sowie die zahlreichen Kriege auf ostpreußischem Boden zu erheblichen Schäden am Wildbestand, die nur durch konsequente und weit-

sichtige Hege wieder ausgeglichen werden konnten.

Die Rominter Heide ist in der Jägerschaft bis heute unvergessen, sein Rotwildbestand, der weltweit seinesgleichen suchte, war legendär. Manche Wildarten, wie Elche, hatten in Ostpreußen ihre letzten Vorkommen in Deutschland. Andere, wie Rothirsch oder Reh, brachten hier besonders kräftige Exemplare hervor.

„Auf der Pirsch“ bis 27. November

Zahlreiche komplett neu erarbeitete und reich illustrierte Informationstafeln lassen die Geschichte dieses versunkenen Jagdparadieses in vielen Facetten wieder lebendig werden. Die Ausstellung „Auf der Pirsch in Heide, Wald und Moor – Zur Geschichte der Jagd zwischen Weichsel und Memel“, die noch bis zum 27. November läuft, beschreibt zunächst die preußischen Wälder als Naturraum und stellt das jagdbare Wild vor. Weitere Themen sind: Jagdmethoden, große Jagden der

Herzöge und Könige, die Forstverwaltungen und bedeutende Staatsjagdreviere. Schließlich wird an verdienstvolle Forstmänner erinnert.

Viele originale Exponate, auch aus dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, ergänzen und bereichern die historischen Informationen. Zur Ausstellung erscheint ein Begleitheft (siehe PAZ vom 26. August), das nur über das Kulturzentrum Ostpreußen für 6,50 Euro plus Porto unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: service@kulturzentrum-ostpreussen.de bezogen werden kann.

Bedeutendes Adelsgeschlecht

Das Adelsgeschlecht von der Groeben, dessen Wurzeln mindestens bis ins 12. Jahrhundert zurückreichen, stammte ursprünglich aus dem Magdeburger Raum. Um die Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert ließen sich Mitglieder dieses Geschlechts auch auf dem Gebiet des Deutschordensstaates Preußen nieder. Im



von der Groeben: Die Geschichte des Adelsgeschlechts wird gezeigt in der Burg Marienwerder, Katedralna 1, 82-500 Kwidzyn, Dienstag bis Sonntag, 9 bis 17 Uhr

Laufe der Zeit wurden sie zu einem der bedeutendsten Adelsgeschlechter in der Mark Brandenburg und in Preußen.

Die zahlreichen historischen, künstlerischen und finanziellen Verbindungen des Geschlechts von der Groeben mit Marienwerder und dem nahe gelegenen Majorat Neudörfchen waren ein wichtiger Anstoß für die Vorbereitung einer Ausstellung, die der Geschichte und dem Erbe dieses Adelsgeschlechts gewidmet ist. Das Schlossmuseum Marienburg, Zweigstelle Marienwerder, hat zusammen mit dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eine Ausstellung gestaltet, die einen breiten zeitlichen Bogen vom 10./11. bis zum 20. Jahrhundert und einen territorialen Bogen von der Mark Brandenburg bis zu den östlichen Grenzgebieten Preußens spannt. In der Ausstellung wird eine große Anzahl von kostbaren Exponaten künstlerischer, historischer und militärischer Art präsentiert, die aus der Zeit vom 17. bis zur ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stammen, und zwar aus Beständen regionaler Museen in Marienburg, Ras-

tenburg und Allenstein. Ergänzt werden diese Objekte von 26 großformatigen, in Ellingen neu erarbeiteten und reich illustrierten, zweisprachigen Informationstafeln. Beides zusammen lässt die Geschichte dieses bedeutsamen Adelsgeschlechtes in ihren vielen Facetten wieder lebendig werden.

Eröffnet wurde diese Ausstellung „Die Herren und Grafen von der Groeben – ein Adelsgeschlecht in Preußen“, die noch bis zum 2. Oktober zu sehen ist, am 9. Juli in der Burg Marienwerder durch den Direktor des Schlossmuseums Marienburg, Janusz Trupinda, und den Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen. Anwesend war auch die Konsulin Birgit von Hellfeld vom Generalkonsulat in Danzig. Unterstützt wurde dieses Projekt vom Bezirk Mittelfranken.

Zur Ausstellung liegt ein inhaltsgleiches Begleitheft vor, das nur über das Kulturzentrum Ostpreußen für 7,- Euro plus Porto unter Telefon (09141) 86440 oder per E-Mail: service@kulturzentrum-ostpreussen.de bezogen werden kann.



Noch bis zum 27. November zu sehen: Blick in die Ausstellung „Auf der Pirsch in Heide, Wald und Moor – Zur Geschichte der Jagd zwischen Weichsel und Memel“ im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen

Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Schlager stiften deutsche Identität in Schlesien

Nicht nur der Ballermann zieht Publikumsmagneten aus der Bundesrepublik an

Prominente der deutschen Unterhaltungsmusik geben sich derzeit in Schlesien die Klinke in die Hand. Kaum, dass Anfang August Patrick Lindner oder Lou Bega das Publikum im Oppelner Amphitheater begeisterten, wurden für den 10. September in der Breslauer Jahrhunderthalle Stephan Mross und Anna Carina Woitschack angekündigt.

Die Schlagergala in Oppeln zählt zu den größten deutschen Schlagerfesten schlesienweit und findet ausgerechnet in der „Hauptstadt des polnischen Liedes“ statt. So nämlich wird Oppeln polenweit genannt, weil im dortigen Amphitheater seit 1963 jeden Sommer ein mehrere Tage dauerndes „Festival des polnischen Liedes“ stattfindet. Oppeln als Austragungsort dieses Großereignisses sollte mithelfen, den Nimbus der gefühlt deutschesten Stadt im Land zu brechen, und ist besonders durch den damaligen Bürgermeister Karol Musiol (1905 – 1983) gefördert worden. Der im oberschlesischen Birtultau [Biertultowy] geborene polnisch optierende Kommunalpolitiker und Funktionär der kommunistischen Partei ließ 1963 für das „Festival des polnischen Liedes“ eigens das Amphitheater bauen. Fortan pilgerten Musikbegeisterte aus der gan-

zen Republik zum Festival, das zudem im polnischen Fernsehen zur besten Sendezeit übertragen wurde. Doch für die deutschen Oberschlesier blieb dieses Festival ein Fremdkörper.

2012 schaffte es ein bayerischer Sänger und Musikveranstalter, das Oppelner Amphitheater für die Deutsche Minderheit zu gewinnen, indem er den „Gott-Vater“ des deutschen Schlagers- und Volksliedes Heino holte. Tobias Thalhammer, alias Toby aus München, verdanken die oberschlesischen Schlagerfans seit vielen Jahren, dass namhafte deutsche Musiker wie die Hoffmann-Schwester, Bianca, Lena Valaitis, Christian Anders, Hansi Hinterseer, die Wildecker Herzbuben, Michelle, Costa Cordalis oder Olaf Malolepski von den Flippers die Herzen höher schlagen ließen.

Schlesische Wurzeln hat Thalhammer nicht, aber 2003 hatte er sich für ein Radiopraktikum in der Oppelner Redaktion der Deutschen Minderheit „Schlesien Aktuell“ erfolgreich beworben. Mittlerweile ist er selbst ein Star in Oberschlesien mit einigen Liedern, die er auch im oberschlesisch-slawischen Dialekt, dem sogenannten Wasserpolnisch, singt. Doch die Musikerherzen der Oberschlesier hatte er mit



Für keinen Scherz zu schade: Heino und Tobias Thalhammer (rechts) 2012 in den Räumen der Breslauer Jahrhunderthalle

Foto: C. W. Wagner

dem Lied „Sehnsucht nach Schlesien“ 2009 erobert, das er zusammen mit den oberschlesischen Lokalmatadoren, dem Proskauer Echo, herausbrachte.

Seit einigen Jahren sei es schwieriger geworden, Sänger dafür zu begeistern, in Schlesien aufzutreten, berichtet der En-

tertainer. Schuld daran sei die negative Berichterstattung in deutschen Medien, „aber dann erzähle ich immer, dass so viele Deutsche hier noch leben, was leider vielen in Deutschland gar nicht bewusst ist, und welche Liebe und Begeisterung es für Schlager in Oberschlesien gibt“, sagte

Thalhammer im TV-Magazin der Deutschen Minderheit Schlesien Journal.

Es ist Thalhammer und seinen Kontakten in der Schlagerwelt zu verdanken, dass das alle zwei Jahre stattfindende Kulturfestival der Deutschen Minderheit hochkarätige Schlagerstars anlockt.

Am 10. September sind Anna Carina Woitschack und Stefan Mross die Publikumsmagneten des Kulturfestivals. Doch auf der Bühne präsentieren sich vor allem Vertreter der deutschen Volksgruppe aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien. Um die Bühne herum bauen die Organisationen der Deutschen Minderheit ihre Informationsstände auf, Bildungsinstitutionen und der Jugendverband sind mit Ausstellungen oder Diskussionsrunden ebenso dabei. Auch Landsmannschaften und Partnerorganisationen aus der Bundesrepublik präsentieren ihre Arbeit in der Jahrhunderthalle. Damit möchte man vor allem die polnische Mehrheit motivieren, sich mit dem Thema: Deutsche in der Republik Polen auseinanderzusetzen. Die Deutschen selbst freuen sich vor allem auf Sänger Mross, der bei vielen ein beliebter Gast ihres sonntäglichen Sommervormittagsprogramms auf dem Bildschirm ist. Chris W. Wagner

AUS KAISERS ZEITEN

Gekrönte Häupter auf Usedom und Wollin

Royale Spuren erwecken heutzutage ein zunehmendes Interesse

VON ERWIN ROSENTHAL

O bwohl es in Europa keine Kaiser mehr gibt, hat das Adjektiv „kaiserlich“ Konjunktur. Das größte deutsche Ostseebad, das „Kaiserbad“ Seebad Heringsdorf beruft sich hier auf seine Geschichte. Ob das Bad auch heute kaiserlich ist, also herrlich, prachtvoll und kaum zu toppen, sollten die Gäste entscheiden. Bei wohlwollender Betrachtung könnte ihre Zahl als Votum gelten: Im Jahre 2020 wurden annähernd drei Millionen Übernachtungen gezählt. Die Zahl erhöht sich bedeutend, wenn man die man die Gäste des benachbarten, sehr dynamisch wachsenden polnischen Ostseebades Swinemünde [Swinoujście] hinzurechnet.

Der polnische Historiker und Chronist Swinemündes, Józef Pluciński, vertritt die Auffassung, dass es auf Usedom nur ein Kaiserbad gebe: Das Ostseebad Swinemünde. Und in der Tat gaben sich hier zwischen 1820 und 1913 die Majestäten geradezu die Klinke in die Hand.

Im Jahr 1820, exakt hundert Jahre nach der Besitznahme Stettins und der Doppelinsel Usedom-Wollin durch Preußen, besuchte erstmals ein preußischer Monarch Swinemünde (den Stadtbrief, der als Gründungsurkunde gilt, hatte Friedrich der Große 1765 unterzeichnet), um die dortigen Molen in Augenschein zu nehmen. Tonnen edlen Goldes hatte Preußen der Hafen mit der Stadt aus der Retorte gekostet. Eine auf der Ostmole angebrachte steinerne Tafel mit dem Monogramm Friedrich Wilhelms III. von Preußen und dem Datum seiner Visite – an der auch der Kronprinz, der spätere Kaiser Wilhelm I., teilnahm – erinnerte an das Ereignis.

Royale Familienbände

Nach dem Sieg über Napoleon spielte Swinemünde eine bedeutende Rolle bei der Pflege der überaus guten Beziehungen zwischen Preußen und Russland. So weilte im Jahre 1838 der russische Zar Nikolaus I. in Begleitung seiner Töchter, der Großfürstinnen Maria, Olga und Alexandra in Swinemünde. Im Jahre 1841 traf sich hier der Zar mit dem schwedischen

Thronfolger Oscar. Erwähnung verdient auch der Besuch des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. im Jahr 1846. Er verbrachte in Swinemünde einige Tage mit seiner Schwester Charlotte, der russischen Zarin Alexandra.

Im gleichen Jahr beehrte auch König Wilhelm I. von Württemberg mit seiner jungen Gemahlin Olga, der Schwester des russischen Zaren, die Swinemünder Gesellschaft. Ähnliche königliche Familientreffen wiederholten sich mehrfach. Im Swinemünder Hafen lagen zu dieser Zeit russische Kriegsschiffe ständig unter Dampf.

Große Popularität erlangte Swinemünde auch durch die Besuche des Deutschen Kaisers Wilhelm II. in den Jahren 1891 bis 1913 anlässlich der alljährlich stattfindenden Flottenmanöver. Zu den „Kaisertagen“ reiste der Monarch gewöhnlich an Bord der Jacht „Hohenzollern“ an, die am „Kaiserbollwerk“ festmachte. Und ganz besonderes Aufsehen erregte die Begegnung des Kaisers mit seinem Cousin, dem Zaren von Russland, Nikolaus II., im August 1907 auf der Reede vor Swinemünde. Und nicht zuletzt: In der Stadt an der Swine erholten sich 1883 der König von Portugal, 1891 der König von Dänemark und im Jahre 1899 der König von Sachsen.

Kaiserliche Spuren beseitigt

Den ersten Besuch eines gekrönten Hauptes hatte der schwedische König Gustav II. Adolf der Region abgestattet, als er zu Johanni 1630 mit seinen Soldaten in der Nähe von Peenemünde an Land ging. Er vertrieb die kaiserlichen, von Wallenstein befehligten Truppen und stieß binnen weniger Tage bis zur Swinemündung vor. Vor dem Weitermarsch nach Wollin machte er in Kaseburg, heute ein Ortsteil Swinemündes, halt, übernachtete im Pfarrhaus und frühstückte mit dem Pfarrer unter den alten Kastanien.

Nach 1945 wurde in Swinemünde im Rahmen der sogenannten „Repolonisierung“ Swinemündes alles beseitigt, was an die deutschen Kaiser und preußischen Könige erinnern konnte. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal vor dem Rathaus wurde geschleift, die Kaiserfahrt in Kanal Pias-



Auf der Victoria-Höhe bei Sellin erinnert dieser Stein an die spätere Kaiserin Friedrich: Sie pflanzte hier einen Baum zum Gedenken der Schlacht bei Königgrätz

towski umbenannt, die kaiserlichen Kasernen übernahm die Rote Armee und die Tafel auf der Ostmole wurde herausgehoben.

Heute ändert sich dort das Bild wieder. Seit einigen Jahren empfängt das Hotel Kaiser's Garten [Cesarskie Ogrody] seine Gäste. Es handelt sich um das frühere städtische Krankenhaus in der Heyestraße [Stanisława Wyspiańskiego]. Nicht wenige vertriebene Swinemünder feiern in jenem Haus, in dem sie einst das Licht der Welt erblickten, etwas wehmütig ihren 80. Geburtstag. Und die in neuerer Zeit erste deutsche Gaststätte, an der An-

lagestelle für die Ausflugsschiffe gelegen, trägt den Namen „Des Kaisers Pavillon“.

Auch um die Entwicklung Misdroys auf der Nachbarinsel Wollin zu einem modernen Kurort hatte sich ein Thronfolger, der spätere deutsche Kaiser Friedrich III. verdient gemacht. Im Jahre 1867 kurte er hier einige Wochen mit seiner Familie. Dank seiner Fürsprache wurde zwei Jahre später am Vietziger See ein Schiffsanleger für die Direktverbindung Stettin-Misdroy gebaut. Die dankbaren Einwohner von Misdroy gaben daraufhin ihrer 1855 eröffneten Seebrücke, der ersten in der Region, seinen Namen.

Bereits ein Jahr vor ihrer Visite in Misdroy weilte die preußische Kronprinzessin Victoria, Princess Royal von Großbritannien und Irland, spätere Königin von Preußen und Deutsche Kaiserin mit ihren Söhnen Wilhelm und Heinrich im Weißen Schloss auf dem Kulm in Heringsdorf. Zwischen Sellin und Neu-Sallentin erinnert auf der Victoria-Höhe eine Tafel an ihren Besuch. Nach dem Ende des Deutschen Krieges 1866 stieß auch der preußische Kronprinz Friedrich zu seiner Familie. Erwähnung verdient auch Claus von Amsberg, der spätere Gemahl der holländischen Königin Beatrix. Er besuchte in den Jahren 1938 bis 1942 in Misdroy die „Balten-Schule“.

Der „Kaiser“ punktet stets

Die Seebrücke Heringsdorfs wurde 1891 per „kaiserlicher Kabinettsorder“ auf den Namen Kaiser-Wilhelm-Brücke getauft. Aufsehenerregend waren die Teevisiten Kaiser Wilhelms II. bei der Konsulin Staudt in Heringsdorf, zu denen er aus Swinemünde bis 1912 im offenen Cabrio anreiste. Vor der Villa Staudt prangt heute eine Büste seines Vorgängers, Wilhelm I. Ein Schmunzeln ruft der Name Kaiserbädnersaal beziehungsweise Kaisersaal für den Saal in einem Vier-Sterne-Superior Hotel in Heringsdorf hervor. Es handelt sich hier um den Theatersaal des früheren sowjetischen Offizierskasinos und späteren Heringsdorfer Kulturhauses.

Auch in Ahlbeck haben die Majestäten ihre Spuren hinterlassen. Als die Bauern der Thurbruchgemeinden die Überschwemmung ihrer Wiesen beklagten, siedelte Friedrich II. ehemalige Soldaten an der „Aal-Beeke“ an. Sie mussten zur Entwässerung des Bruchs den Bach am Fließen halten. Neben „Ahlbeck adlig“ entstand nun „Ahlbeck königlich“. Und schließlich: In Ahlbeck logierte im Jahre 1905 der österreichische Kaiser Franz Joseph I. zwei Wochen im Hotel Ahlbecker Hof. Täglich fuhr er mit seiner Kutsche nach Swinemünde zur Morgenandacht in der katholischen Kirche „Stella Maris“.

Fazit: Über mangelndes Interesse der Obrigkeit an ihrer Heimat konnten sich unsere Altvorderen auf Usedom und Wollin nicht beklagen.

ZUM 425. GEBURTSTAG

Johannes Micraelius galt als Hauptchronist von Pommern

Als „praeceptor Pommeraniae“ und „pommerscher Livius“ hielt er die Geschichte Pommerns fest

Der Chronist Johannes Micraelius stammte aus Köslin, wurde von der schwedischen Königin Christina gefördert und erlangte als Greifswalder Universitätsprofessor, Rektor der Ratsschule sowie des Pädagogiums in Stettin überregionale Bedeutung. Außer als erfolgreicher Pädagoge erreichte er als Geschichtsschreiber, Lexikograph und Barockdramatiker eine lange Nachwirkung.

Seine „Sechs Bücher vom Alten Pommerlande“ mit einer umfassenden „Beschreibung des Landes, des Adels und der Städte“ galt über Jahrhunderte als „Hauptchronik von Pommern“. Dazu kamen sein philosophisches Lexikon und verschiedene Barockdichtungen über die im Dreißigjährigen Krieg aktiven Heerführer Wallenstein und König Gustav II. Adolf, die ihm einen festen Platz unter den Geschichtsschreibern Pommerns eintrugen. Aus diesem Grund verliehen ihm seine Zeitgenossen ihm voller Anerkennung die Beinamen „praeceptor Pomme-

raniae“ und – mit Bezug zum berühmten römischen Geschichtsschreiber Titus Livius – „pommerscher Livius“.

Micraelius wurde am 1. September 1597 in Köslin als Johannes Lütkeschwager geboren. Seine Mutter war eine Tochter des Pastors Lorenz Krüger. Sein Vater, Joachim Lütkeschwager, fungierte in Köslin als Archidiakon. Die Eltern des Jungen orientierten ihn schon früh auf eine Theologen-Laufbahn und schickten ihn nach dem Besuch der Kösliner Schule nach Stettin auf das Pädagogium in Stettin und die Universität in Königsberg.

Er hatte einst namhafte Lehrer wie Joachim Prätorius, Daniel Cramer sowie Christoph Hunichius, offenbarte schon früh seine vielgestaltigen Interessen von der Geschichte über die Philosophie bis zur Literatur und engagierte sich in Königsberg beim Übersetzen amtlicher Akten. Nach dem Tod seiner Eltern musste er sein Studium 1618 unterbrechen, um sich seinen Unterhalt zu verdienen.

Der Kösliner, der sich nun lateinisiert Micraelius nannte, erteilte Unterricht, begleitete reiche Adelsprösslinge sowie Bürgersöhne auf Bildungsreisen und sammelte auf diese Weise pädagogische Erfahrungen. Er bezog zur Fortsetzung seiner Studien die Greifswalder Universität, wurde 1621 Magister und bewährte sich in Leipzig 1623 als junger Dozent.

Ein Verteidiger des Luthertums

Durch Vermittlung ehemaliger Lehrer wurde Micraelius 1624 an der Greifswalder Universität zum Professor für Rhetorik berufen. Er hatte regelmäßige Einnahmen, konnte endlich am 16. Juli 1627 Sophrosyna Prätorius, die Tochter seines vormaligen Lehrers, heiraten und beschäftigte sich nun intensiver mit seinen vielgestaltigen Interessen.

Zwischen 1631 und 1633 brachte er als Barockdramatiker die Stücke „Pomeris“, „Parthenia“ sowie „Agathander“ heraus, in denen er das damalige Zeitgeschehen

des Dreißigjährigen Krieges trefflich verarbeitete. „Pomeris“ gilt als einziges deutsches Drama, das die Aktivitäten des katholischen Feldherrn Wallenstein „zu dessen Lebzeiten dramatisch behandelt“.

Es folgten bis 1640 die sechs Bücher zur Geschichte Pommerns. Doch seine Materialien über die schwedische Besetzung und Auflösung der herzoglichen Regierung ließ er unberücksichtigt. Aus gutem Grund. Mit der Kritik an Schweden hätte es seinen weiteren Aufstieg nicht gegeben. Das Material über Schweden wurde erst 1835 bei einer Neuauflage, die Wilhelm Böhmer veranlasste, in seinem Geschichtswerk berücksichtigt.

Parallel zur Geschichtsbetrachtung veröffentlichte Micraelius als Verteidiger des Luthertums auch zahlreiche theologische Streitschriften. Seine Karriere ging mit schwedischer Förderung weiter. Er fungierte als Prokanzler der Greifswalder Universität, erhielt den Titel eines Doktors der Theologie, brachte die Ratsschule

in Stettin und das dortige Pädagogium als Rektor zur Blüte, verfasste zwischen durch ein philosophisches Lexikon und heiratete nach dem frühen Tod seiner beiden ersten Ehefrauen in dritter Ehe die um 30 Jahre jüngere Katharina Heck aus Prenzlau. Mit ihr zeugte er nach den drei Kindern aus der zweiten Ehe noch weitere sechs Kinder.

Andererseits war sich der Aufsteiger auch der Dankspflicht an Schweden für die vielgestaltige Förderung bewusst. Deshalb reiste er 1653 zur Königin und deren Kanzler Oxenstierna. Damit festigte er seine Vorzugsstellung in Pommern.

Micraelius erlebte noch die Heirat seiner Schwester Esther mit dem Kösliner Theologen Jakob Fabricius, den Karrierebeginn seines Sohnes Joachim und starb am 3. Dezember 1658 in hohem Ansehen in Stettin, 20 Jahre vor seiner dritten Frau. Bis 1945 hing im Konferenzzimmer des Stettiner Marienstiftsgymnasiums ein Gemälde zu Micraelius. *Martin Stolzenau*

„Die CDU wurde von Merkel total entchristlicht“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Dank an die PAZ für den Beitrag über die historischen Hintergründe der Deklaration von Helsinki und ihre Hintergründe der ‚Nürnberger Ärzteprozesse‘“

Jürgen Schaar, Klinikdirektor a.D., St. Wendel

zum Thema: Wie der Nürnberger Kodex entstand (Nr. 32)



Ausgabe Nr. 33

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

TREFFEND ANALYSIERT
ZU: BERLIN RINGT MIT DEN FOLGEN SEINER EIGENEN POLITIK (NR. 33)

Wieder einmal treffend und schonungslos analysiert der Autor René Nehring die Ursachen der Probleme des Landes im Energiebereich. Allein die Überschrift entlarvt in wenigen treffenden Worten die von Politik und vielen Medien propagierte Verwechslung von Ursache und Wirkung. Schon allein dafür lohnt sich das Abonnement.

Der noch im Konjunktiv formulierte letzte Satz des Artikels bedarf einer Klarstellung. Der Mehrheit der Bevölkerung ist doch zwischenzeitlich bewusst geworden, dass die regierenden Politikern sehr wohl eigene Weltbilder, wie unrealistisch auch immer, vor die Interessen der Bürger und des Landes stellen.

Ein Hinweis noch: Die Nord Stream 2 Leitung endet in Lubmin bei Greifswald. Das liegt zwischen Rügen und Usedom. Das muss Scholz und Habeck mitgeteilt werden. Anderenfalls fahren beide wirklich auf die Insel Rügen und behaupten, die Inbetriebnahme scheitere, denn die Leitung sei doch überhaupt nicht vorhanden.

Peter Warnke, Greifswald

IHRER BRUDERS HÜTERIN
ZU: DIE GRENZEN DES HIMMELS DURCHBROCHEN (NR. 33)

Immer noch bin ich zufriedene neue Abonnentin Ihrer Zeitung, vor allem, wenn Sie sich wissenschaftlichen Themen widmet, so dem 200. Todestag des Astronomen Wilhelm Herschel. Seine Schwester Caroline haben Sie natürlich erwähnt, doch verdient sie meiner Kenntnisse nach weitere Aufmerksamkeit, die sie in Fachkreisen, sagen wir in feministischen Wissenschaftskreisen, längst genießt.

Caroline wurde 1750 als achtens von zehn Kindern einer Musikerfamilie in Hannover geboren. Sie sollte als Mädchen Weißnäherin lernen. Doch zum Glück lud ihr Bruder, der spätere Astronom, sie nach

Bath/England ein, wo er als Musiklehrer arbeitete. Dort ließ Caroline sich als Sängerin ausbilden. Ihr Bruder baute derweil Fernrohre und Teleskope und widmete sich der Himmelsbeobachtung.

Inzwischen betrachten etliche Wissenschaftlerinnen beide, Wilhelm und Caroline, als Entdecker (1781) des Planeten Uranus. Er wurde in Folge zum königlichen Hofastronom ernannt, sie nicht. Doch ihr Forscherinnegeist war ungebrochen, und sie erhielt 1785 in Slough bei Windsor ein eigenes Observatorium.

Ein Jahr später gelang ihr als erste Frau in der Geschichte der Astronomie die Entdeckung eines Kometen; in den Folgejahren kamen sieben weitere Kometen sowie etliche sogenannte Doppelsterne dazu. Daraufhin ernannte die Royal Society sie als erste weibliche Astronomin zur „Assistentin“ (immerhin ...): Jahresgehalt 50 Pfund.

Für ihren Katalog über die Sternennebelforschungen ihres Bruders erhielt Caroline 1828 (sie war nach dem Tod des Bruders 1822 wieder nach Deutschland zurückgekehrt) die Goldmedaille der Royal Astronomical Society.

Caroline Herschel am Ende ihres Lebens (sie starb 1848): „Ich bin in meinem Wunsche, mich in irgendeinem Zweige des Wissens so weit auszubilden, um dadurch eine ehrenhafte und achtbare Existenz zu gewinnen, immer und überall behindert und gestört worden.“

Antje Olivier, Wuppertal

GELDGIERIGE NACHBARN
ZU: BEDINGUNGEN AUS POLEN (NR. 33)

Was bildet Polen sich eigentlich ein, dass sie wegen Nordstream 1 und 2 von Deutschland eine Entschuldigung erwarten, weil wir es als ein rein wirtschaftliches Projekt dargestellt haben? Welche Funktion soll es denn sonst haben, und wieso wurde nicht bereits während der Planungs- und Anhörungsphase ab dem Jahr 2006 dagegen angegangen? Polen und der Ukraine ist zu spät bewusst ge-

worden, dass sich dadurch die Durchleitungsgebühren für die anderen Pipelines erheblich reduzieren werden.

So wurde von unseren Verbündeten besonders Nordstream 2 zu einer politischen Sache hochstilisiert bei unverhohlenen Androhungen durch US-amerikanische Politiker. Erst dann kamen die deutschen Wortführer, die heute so vehement gegen diese Pipeline wettern, verspätet aus ihrer Deckung. Die Folgen haben wir alle zu tragen. Was jetzt in der Krisensituation beim Thema Gasversorgung in Deutschland und in der Europäischen Union abläuft, ist Hilflosigkeit. „You'll never walk alone“ soll sich zwar auf den Bürger beziehen, aber Deutschland wird auf dem Energieproblem sitzen bleiben.

Polen hat bereits angedeutet, dass es „vielleicht“ Erdgas an Deutschland nur dann liefern will, wenn zuvor die Frage der Kriegsreparationen geklärt wird. Ein freundschaftliches Nachbarschaftsverhältnis sieht wahrhaftig anders aus.

Dr. Hans-Dieter Seul, Berlin

GELD FÜR UKRAINE GESPART?
ZU: ITALIEN STATT DEUTSCHLAND (NR. 33)

Hat Wirtschaftsminister Robert Habeck wirklich geglaubt, er erscheint in Katar und seine Verhandlungspartner auf der Gegenseite nicken seine Vorstellung bereitwillig ab? Leider geht aus der PAZ-Meldung nicht hervor, was Habeck unter kurz laufenden Lieferverträgen versteht und für welchen Zeitraum Italien diese Partnerschaft abgeschlossen hat. Das könnte interessant sein. Wollte Habeck nicht zu viel Geld investieren, weil sonst nicht genügend Geld für die Ukraine zur Verfügung steht? *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

ANKLEBEN VORM MINISTERIUM
DIE PRIORITÄTEN EINER SENATORIN (NR. 31)

Erst einmal denke ich bei solchen Verücktheiten von Demonstranten an das

künftige Wahlverhalten der Berliner (Ankleben auf viel befahrenen Straßen, dadurch Störung des Verkehrs, dadurch Verärgerung der Verkehrsteilnehmer).

Zum anderen Teil hat das sicherlich auch Auswirkungen auf die Wählbarkeit dieser Parteien bundesweit, insbesondere auf die Linke und die Grünen, ich hoffe auch auf die große Menge der Nichtwähler. Für die auf den Straßen festgeklebten Demonstranten habe ich einen Vorschlag: „Klebt Euch doch fest auf den Zufahrten zum Bundestag und den Ministerien oder gleich direkt an den Wohnungszufahrten der Minister!“ Widerstand ist ein Grundrecht. *Markwart Cochius, Chemnitz*

UNCHRISTLICHES FAMILIENBILD
ZU: PUZZLETEILE EINER NEUEN ORDNUNG (NR. 30)

Der sehr informative Artikel von Birgit Kelle über die Familienpolitik der Ampelkoalition verdient es, weiter diskutiert zu werden. Denn viele wollen immer noch nicht wahrhaben, dass die „Ehe für alle“, die Förderung der Homosexualität, die Freigabe der Abtreibung und sonstige „queere“ Bestrebungen Ausdruck eines Kulturkampfes sind, der in den Abgrund führt. Von der Union ist kein Widerstand gegen diese verhängnisvolle Entwicklung zu erwarten. Denn die CDU wurde von Angela Merkel total entchristlicht.

Auch zuvor hatte die Union sich schon gescheut, in den Weltanschauungskampf der 68er einzugreifen. Bis auf wenige Ausnahmen, zu denen man Franz Josef Strauß zählen kann, haben sich die Unionspolitiker weggeduckt und darauf verzichtet, eigene weltanschauliche Akzente zu setzen. Als Merkel im Jahr 2000 die Anerkennung der Homosexuellen in der CDU durchgesetzt hatte, sprach sie vor den Fernsehkameras davon, dass die CDU auf dem Boden des christlichen Menschenbildes stehe. Indem sie diesen zeitlichen und sachlichen Zusammenhang demonstrativ herstellte, machte sie das Christliche zu einer Karikatur. *Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

BULGARIEN

Eine Insel voller Kirchen

Wo eine Vielzahl an Gotteshäusern das Stadtbild beherrschen – Nessebar, das malerische Welterbe am Schwarzen Meer

VON HELGA SCHNEHAGEN

In der alten griechischen Kolonie Nessebar nördlich von Burgas drängeln sich die Touristen. Die Altstadt ist so etwas wie Bulgariens Rothenburg ob der Tauber und liegt dazu noch in Sichtweite vom Sonnenstrand, der Touristen-Hochburg am Schwarzen Meer. Vor allem aber fällt man hier geradezu über eine einmalige Auswahl mittelalterlicher Sakralbauten: von altchristlichen Basiliken bis zu byzantinischen Kreuzkuppelkirchen. Bestimmte Konstantinopel doch bis an die Westküste des Schwarzen Meeres die Mode im Kirchenbau. Dabei war es ganz egal, wer in Nessebar gerade das Sagen hatte, das zwischen Bulgarien und Byzanz mehrfach wechselte.

Es lohnt sich also, wenn auch nicht allein, in die Kopfsteinpflaster-Gassen der nur knapp 850 Meter langen und 350 Meter breiten Insel von Alt-Nessebar einzutauchen. 1956 wurde sie zum denkmalgeschützten Freilichtmuseum erklärt, seit 1983 ist sie UNESCO-Weltkulturerbe. Einzig ein 400 Meter langer Damm verbindet die Altstadt mit der Neustadt und dem Festland.

Ein Kalender seiner langen Geschichte sind die Festungsmauern. Die ersten wurden im 8. Jahrhundert v. Chr. von den Thrakern erbaut, die den Ort vor mehr als 3200 Jahren am Ende der Bronzezeit gründeten. Auf die Thraker folgten Ende des 6. Jahrhundert v. Chr. griechische Kolonisten, welche die Befestigungsanlage ausbauten. Als Nessebar 72 v. Chr. Teil des Römischen Reichs wurde, wurden die griechischen Festigungsmauern vermutlich teilweise zerstört. Im 4. Jahrhundert n. Chr. übernahm Byzanz die Herrschaft und erweiterte später die Mauern, wobei es sie bis auf vier Meter verstärkte. Aus dieser Zeit stammt auch der am besten erhaltene Teil am Eingang der Stadt.

Basilika mit Bildergeschichten

Die frühe Blüte der Hafenstadt spiegelt sich in den Bleiankern aus dem 7. bis 3. Jahrhundert v. Chr. wider, die das Ar-



Eine von einst rund 40 Kirchen in Alt-Nessebar: Die Pantokratorkirche ist im Innern vorbildlich restauriert

Foto: Schnehagen

chäologische Museum präsentiert. Heute wacht über den vom Handels- zum Kreuzfahrthafen mutierten Ankerplatz die Statue des Hl. Nikolaus, des Schutzpatrons der Seeleute.

Seine Glanzzeit erlebte Nessebar während des Zweiten Bulgarischen Reichs im 13. und 14. Jahrhundert. Als geschäftiges Handels-, Handwerks- und religiöses Zentrum war die Stadt wirtschaftlich und kulturell eng mit den Hauptstädten von Byzanz und Bulgarien verbunden. In dieser Zeit entstand auch die örtliche Ikonenmehlschule, die ihren Höhepunkt trotz der Osmanen-Herrschaft ab 1453 im 16. und 17. Jahrhundert erreichte. Das Archäologische Museum besitzt eine lohnende Sammlung.

Zum Welterbe wurde Alt-Nessebar wegen seiner Fülle an Kirchen, die hier im

Laufe von über 1000 Jahren entstanden. Seine Nähe zu Konstantinopel und gleichzeitig abgeschiedene Lage machte es zum idealen Zufluchtsort der von Byzanz verfolgten Politiker, die aus Dankbarkeit – und wahrscheinlich auch einem Überfluss an Zeit – die meisten der einst rund 40 Kirchen, wie man sagt, auf dem winzigen Fleck errichten ließen. Stiftungen privater Frömmigkeit also und keine Gemeindegemeinden im üblichen Sinne.

Bisher haben Archäologen die Existenz von 30 Kirchen nachgewiesen. Heute sind 16 davon zu sehen, von denen acht vollständig erhalten oder restauriert sind. Trotz der überschaubaren Zahl hat man das Gefühl, dass hier mehr Kirchen stehen als Wohnhäuser.

Die ältesten Kirchen stammen aus dem 5. und 6. Jahrhundert. Obwohl von

den beiden dreischiffigen Basiliken nur noch Reste stehen, gehören sie zu den emblematischen Objekten an Bulgariens Schwarzmeerküste: die Basilika am Meer, die der Barmherzigen Jungfrau gewidmet ist, und die Alte Metropolitankirche, die zu einem der ältesten frühchristlichen Erzbischofsitze in Europa gehörte. Ihr heutiges Aussehen erhielt das auch Sofienkirche genannte Gotteshaus jedoch erst im 9. Jahrhundert nach der Zerstörung durch die Awaren.

Eine nur zwölf Meter lange Kirche

Die Rolle der Alten Metropolitankirche übernahm später die Neue Metropolitankirche St. Stefan. Das Besondere dieser ebenfalls dreischiffigen, Basilika: Mit mehr als 1000 Figuren in über 250 Szenen ist sie vollständig ausgemalt. Die meisten

Fresken stammen aus dem Jahr 1599. Die Kirche selber geht auf das 11. Jahrhundert zurück, wurde später aber des Öfteren restauriert und erweitert.

Eine der am besten erhaltenen Kirchen in Nessebar ist nur zwölf Meter lang und zehn Meter breit. Die Kirche Johannes' des Täufers wurde im 10. Jahrhundert als typisch byzantinische Kreuzkuppelkirche erbaut mit hohem turmartigem Tambour, drei halbrunden Altarnischen und innen vier Pfeilern, welche die Decke stützen. Ist die Johannes-Kirche noch einschlichter Bruchstein-Bau, beeindruckt die späteren Gotteshäuser aus dem 13. und 14. Jahrhundert mit ihren bunten Fassaden.

Wie bei einer Schichttorte ziehen sich Streifen aus weißen und braunen Natursteinen sowie roten Backsteinen im Wechsel um die Bauten. Eingebaute Zierischen, Blendbögen und grafische Ziegel-Muster bereichern das Dekor, dem als i-Tüpfelchen grüne Keramikreihen von Scheiben und Rosetten zum ultimativen Glanz verhelfen. Besonders schön restauriert sind die Pantokratorkirche an Alt-Nessebars Hauptstraße und die vorbildlich sanierte einschiffige Paraskevavkirche weiter nördlich.

Die schlichte einschiffige kleine Kirche St. Spas, die Christi Himmelfahrt gewidmet ist, sieht aus wie eine der ältesten und gehört doch zu den jüngsten. Erst 1609 ließ ein reicher Bürger von Nessebar sie erbauen und ausmalen. Die wertvollen Wandmalereien mit Szenen aus dem Leben Jesu und der Mutter Maria sind wie bei St. Stefan heute museal zu bewundern. Im Boden lag lange Zeit der Grabstein der 1441 verstorbenen byzantinischen Prinzessin Mataisa Cantacuzina Palaiologina. Jetzt ist er im Archäologischen Museum zu sehen.

● **Kombitickets** für das Archäologische und Ethnografische Museum sowie die Museums-Kirchen erhält man unter anderem im Archäologischen Museum. Stadtplan, Öffnungszeiten und Eintrittspreise unter www.ancient-nessebar.com

BAYERISCHE VORALPEN

König Ludwigs II. Lieblingsberg

Per Seilbahn und zu Fuß auf einen der Münchener Hausberge – Der Herzogstand hält Wacht über Kochel- und Walchensee

Früher suchte hier König Ludwig II. die Bergeinsamkeit, heute treffen sich auf dem oberbayerischen Herzogstand Einheimische und Urlauber, Bergfexe und Familien. Wer den Hausberg im Zwei-Seen-Land besuchen will, braucht dafür nicht immer strahlenden Sonnenschein. Bei schlechtem Wetter nehmen sich die Mitarbeiter der Herzogstandbahn, die seit 1994 Gäste schnell und bequem auf den Berg bringt, Zeit für interessante technische Führungen.

Christian Blessing kennt sie alle. Die älteren Damen, die seit 50 Jahren ihren Sommerurlaub im Zwei-Seen-Land verbringen. Die Stammtischbrüder, die sich regelmäßig am Freitagvormittag zum Frühschoppen im Berggasthof Herzogstand treffen. Auch bekannte Fußballer sind schon bei ihm in der hellblauen Kabine mitgefahren.

Seit 27 Jahren bringt Blessing Gäste vom Walchensee sicher hoch auf über 1600 Meter und wieder zurück ins Tal. Vier Minuten braucht die Pendelbahn nur für ihre Fahrten, da bleibt nicht immer viel Zeit zum Reden, vor allem, wenn die

bis zu 30 Personen fassenden Großkabinen voll sind. „Aber wenn die Sonne net scheint, so wie heute, sind weniger Leute da und dann bleibt schon Zeit für einen kurzen Ratsch“, sagt der Gondelführer, der die Stimmung am Berg in der Früh oder bei wechselhaftem Wetter liebt. Dann macht er auch die besten Fotos.

Gräser, Blumen und Steine sind noch feucht, daher geht es erst mal nicht auf den kleinen Steig Richtung Fahnenberg und Gedächtniskapelle, sondern auf den breiteren, kinderwagengeeigneten Hauptweg Richtung Gasthaus. Drei Gipfel kann man hier erklimmen: Den Herzogstand (1731 Meter), den Lieblingsberg von König Ludwig II. und das bekannteste Ziel in der Gegend, sowie die zwei Nebenspitzen Martinskopf (1674 Meter) und Fahnenberg (1620 Meter).

Es geht entspannt durch Latschen dahin, links windet sich der „H2“-Weg vom Walchensee durch den Bergwald hinauf. Ganz schön steile Serpentina, zum Glück gibt es die Bahn, die mehr als 800 Höhenmeter im Anstieg spart. Wenig später grüßt die glänzende Bronzestatue

von König Ludwig wie frisch poliert, und kurz danach wird der Blick frei auf den Reitweg, den der Monarch damals von der Kesselbergpasshöhe 1866 anlegen ließ. Er zieht sich rechterhand in weiten Kurven hinauf und ist noch immer der bequemste aller Wege. Heute wächst er quasi aus den Wolkenfetzen empor, die umherziehen.

Egal, wie es auf den Berg geht, im Gasthof trifft man sich wieder. Manche gehen nur die rund zehn Minuten von der Bergstation bis zur Sonnenterrasse, die mit Blick über Walchensee, Karwendel- und Wettersteingebirge lockt. Andere erholen sich hier von der Heimgarten-Gratwanderung, die wirklich nur für Ausdauer-

ernde, Trittsichere und Schwindelfreie geeignet ist. In den gemütlichen Gaststuben kann man prima beim König-Ludwig-Bier und einer bayerischen Brotzeit darauf warten, dass es aufklart.

Jetzt lugt die Sonne hervor, Zeit zum Aufbruch. Sowohl zum Martinskopf als auch zum Herzogstand sind es 30 Minuten. Nach Büste und Bier muss jetzt Ludwigs Lieblingsgipfel her, also der Herzogstand. Wenn man oben steht, weiß man, warum ihn der Monarch auserkoren hat. Der Blick schweift Richtung Norden über sieben oberbayerische Seen – Kochelsee und Walchensee liegen im Vordergrund wie hingegossen da – bis nach München. Im Süden türmt sich die Alpenkette auf, von der Zugspitze über das Karwendel bis weit in die Tiroler Berge. Ein erhabenes Gefühl, wenn einem Bayern so zu Füßen liegt.

Eva Keller



Einzigartiges Bergpanorama: Blick vom Herzogstand auf Kochel- und Walchensee

● Tourist-Information Kochel a. See, Kalmbachstraße 11, 82431 Kochel am See, Telefon (08851) 338, info@kochel.de, www.zwei-seen-land.de und www.herzogstandbahn.de

● FÜR SIE GELESEN

Rassistischer Antirassismus

In den USA ist der Einfluss der Antirassismus-Bewegung auf die staatlichen Institutionen und auf die Gesellschaft nach dem gewaltsamen Tod des Schwarzen George Floyd im Mai 2020 noch stärker geworden. Der schwarze Sprachwissenschaftler und Journalist John McWhorter prangert in seinem neuen Buch „Die Erwählten. Wie der neue Antirassismus die Gesellschaft spaltet“ die Black Lives Matter (BLM)-Bewegung als eine aus dem Ruder gelaufene, radikale Ideologie an, die ihrerseits rassistische Züge trage. Ihre Verfechter machen sich medial und lautstark auf der Straße bemerkbar und sie verzeichnen Erfolge.

Ein Rassismus-Vorwurf gegen einen Amtsträger könne wie eine Waffe wirken, wie er anhand von Beispielen zeigt, und schon bei Verdachtsfällen drohe Betroffenen die soziale Exkommunion. Für McWhorter sind die BLM-Anhänger Protagonisten einer neuen, quasi-religiösen fundamentalistischen Sekte. Ihn treibt die Sorge um, dass diese „totalitäre, zwanghafte und völlig überflüssige kulturelle Umprogrammierung der Demokratie“ schon bald nicht nur die Hochschulen, sondern die gesamte US-amerikanische Kultur durchdringen und Fortschritt erschweren könnte. Mit seinem Buch wendet er sich an die in dieser Debatte noch Unentschlossenen, da ihm bewusst sei, dass man „religiöse Fanatiker“ nicht mehr mit Argumenten erreichen könne.

Aktuell wird die BLM-Bewegung von linksliberalen Weißen angeführt. Die „Erwählten“ würden sich wohl fühlen in ihrer Gutmenschen-Blase, sagt McWhorter. Mit ihrer anklagenden und letztlich auch freudlosen „Cancel Culture“ hätten sie ihrem Leben eine bedeutsame Agenda verschafft.

Dabei leugnet er nicht die Notwendigkeit der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung in den USA. Dazu verweist er auf wissenschaftliche Erkenntnisse, die in der Schul- und der Drogenpolitik zur Anwendung kommen sollten. Die BLM-Anhänger hätten sich jedoch in anti-aufklärerischer Weise das Recht auf einen Erziehungsauftrag an die Bevölkerung der USA angemaßt. Sie würden versuchen, den weißen Amerikanern ein Bewusstsein für ihre sogenannte weiße Schuld und ihre Privilegien einzupflanzen, während sie besorgten schwarzen Bürgern herablassend erklären, was ihnen wichtig zu sein hat. Der Autor weist diese Rollenzuschreibungen empört zurück. Insbesondere hält er es für fatal, dass den schwarzen Amerikanern nahegelegt wird, sich über eine 400-jährige Opferrolle zu identifizieren.

Durchaus bemerkenswert ist es, dass die Übersetzerin Kirsten Riesselmann die in den USA durchgesetzte Großschreibung des personenbezogenen Adjektivs „schwarz“ - „Schwarze Amerikaner“ -, die der Autor als Erfolg der BLM-Bewegung kennzeichnet und überflüssig findet, für ihre Übersetzung ins Deutsche übernommen hat. Hierzulande ist wiederum der Begriff „Rasse“ tabuisiert, sodass die etwas skurrile Wortschöpfung „dieses race-Ding“ erfunden wurde. Dagmar Jestrzemska

John McWhorter: „Die Erwählten. Wie der neue Antirassismus die Gesellschaft spaltet“, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2022, gebunden, 256 Seiten, 23 Euro



GESELLSCHAFTSSPIEL



Schach für Könner

Eine Schachtrainerin erklärt die goldenen Regeln des Spiels in der Eröffnung, in der Mitte und zum Ende

In fünf Partien Die mehrfache deutsche Meisterin Silke Einacker stellt in „Goldene Regeln im Schach“ Faustregeln auf, um mit Taktik und Strategie erfolgreich das Spiel zu meistern, das bereits im 13. Jahrhundert in unse-

ren Breiten bekannt war. Klare Graphiken erläutern die Züge, es gibt ein Glossar und ein Quellenverzeichnis. Dieses Sachbuch ist für Leser geschrieben, die sich bereits sicher auf dem karierten Brett bewegen können. CRS

Silke Einacker: „Goldene Regeln im Schach“, Humboldt, Berlin 2022, Taschenbuch, 236 Seiten, 24,99 Euro

FINANZEN

Aufstieg und Fall der Wirecard AG

Der „Handelsblatt“-Journalist Felix Holtermann legt dar, wie Politiker und Finanzaufsicht einen der größten deutschen Börsenskandale ermöglichten

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Juni 2020 musste der börsennotierte deutsche Finanzdienstleister Wirecard AG als erstes DAX-Unternehmen wegen drohender Zahlungsunfähigkeit Konkurs anmelden. Hierdurch verloren Anleger, die in Wirecard-Aktien investiert hatten, mehr als 20 Milliarden Euro. Wie es dazu kommen konnte, erzählt der „Handelsblatt“-Korrespondent Felix Holtermann in seinem Buch „Geniale Betrüger“.

Er beginnt mit der Schilderung des Aufstiegs und Falls des 1999 gegründeten Unternehmens sowie der strukturellen Schwächen des Finanzplatzes Deutschland. Hierbei kommt viel Wahres über die Anleger und Medien beziehungsweise den Herdentrieb der Besitzer des „dummen deutschen Geldes“ zur Sprache, denn der Kaufrausch der Mochtegern-Börsengewinner wurde von inkompetenten Finanzjournalisten im Dienste der Mainstream-Medien befeuert.

Brisant ist der Abschnitt „Helfer auf höchster Ebene“. Darin geht es um die Verleger innerhalb der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), die ihrerseits der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen untersteht, das zum Zeitpunkt des Wirecard-Skandals vom damaligen Vize- und jetzigen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) geleitet wurde. Holtermann zeigt, welche Narrenfreiheit die BaFin Wirecard gewährte und wie auch die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR) sowie die Ab-

schlussprüferaufsichtsstelle (APAS) beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) nichts unternahm, um den Betrug zu stoppen.

Dennoch äußerte Scholz nach dem Aufbliegen des Wirecard-Skandals: „Die Aufsichtsbehörden haben sehr hart gearbeitet. Sie haben ihren Job gemacht.“ Mit diesen Sätzen leitet der Autor seine abschließenden Ausführungen ein, in denen er sich mit der Rolle führender deutscher Politiker von Peter Altmaier (CDU, damals Bundeswirtschaftsminister) über die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und deren Außenminister Heiko Maas (SPD) bis hin zu Scholz befasst. Holtermann widmet Letzterem ein ganzes Kapitel und stellt die Frage, „wann Scholz von den Problemen bei Wirecard wusste – und warum der Vizekanzler nicht früher eingeschritten ist“. Eine substantielle Antwort bleibt das Buch indes schuldig. Dahingegen sind die Passagen, in denen es um die Kontakte von Wirecard zu den Geheimdiensten geht, deutlich informativer. So erfährt der Leser beispielsweise, dass die Pleitefirma auch Zahlungen für den Bundesnachrichtendienst (BND) abgewickelt hat.



Felix Holtermann: „Geniale Betrüger. Wie Wirecard Politik und Finanzsystem bloßstellt“, Westend Verlag, Frankfurt am Mai 2021, broschiert, 320 Seiten, 22 Euro

NATUR

Das Leben eines Eichenbaums

Der französische Forstingenieur Laurent Tillon verbindet Ereignisse der Geschichte mit dem Lebensalter einer 240 Jahre alten Traubeneiche

VON SILVIA FRIEDRICH

So poetisch hat bestimmt noch niemand das Leben eines Baumes beschrieben. Der französische Biologe und Forstingenieur Laurent Tillon lebt seit Jahren in Gesellschaft einer Eiche und nennt diese liebevoll „meine Baumgefährtin“.

In seinem Buch „Quercus“ nimmt er die Leser mit auf einen Exkurs über ihr Wachstum. Man weiß, wie schwer es Jungtiere haben, um in der Natur zu überleben, doch wenig ist bekannt, dass auch Pflanzenkeimlinge nur wenig Überlebenschancen in der Natur haben. Sei es, weil überall Fressfeinde lauern oder nicht genug Sonnenlicht oder Nährstoffe zur Verfügung stehen.

Überleben unter Gefahren

240 Jahre alt ist sie, die Traubeneiche „Quercus“, und somit beginnt ihr Leben als kleine Eichel im Jahr 1780, kurz vor der Französischen Revolution, ausgestattet vom „Elternbaum“ mit Sämpling und Keimling, umhüllt von zwei Keimblättern, die „ihrerseits den Treibstoff für die Keimung bunkern: die Stärke“. Ebenfalls vererbt ist eine Portion Tannine, was die Eichel weniger verdaulich macht und Fressfeinde abschreckt. Dass die hier beschriebene Eiche überlebt hat und groß und stark wird, erklärt der Autor durch viele Zufälle, wie den Umstand, dass der Sämpling lange unter Brombeerdornen sicher gelegen haben muss und so kein Wildschwein ihn hat entdecken können.

Immer wieder bezieht Tillon die historischen Gegebenheiten mit ein, was das Buch zusätzlich sehr interessant macht. Die Zeitleiste geht von 1780 bis ins 21. Jahrhundert und man wird nicht müde, den Ausführungen zu folgen, da diese Art der Betrachtung unserer Wälder selten so aufgezeichnet wurde. Wer heutzutage ein gutes Gefühl hat bei der Rückkehr des Wolfes, sollte sich das Kapitel „Canis, der Wolf, 1869“ ausgiebig zu Gemüte führen, als der letzte Wolf durch Menschenhand getötet wurde und welche gravierenden Folgen das für die Natur hatte.

Wer sich in dieses Werk vertieft, kann am Ende nur vor der Natur und der unglaublichen Komplexität der Schöpfung niederknien. Der Autor ist in der Lage, den Lesern die Augen dafür zu öffnen, dass sie man Flora und Fauna intensiver und bewundernder betrachten.

Wer weiß schon, dass die Bäume des Waldes ein ausgeklügeltes Informationsnetz haben und sich bei Gefahr warnen? Wer ahnt, wie hochkomplex die Pflanzenwelt aufgebaut und miteinander verbunden ist? Wüssten wir es, würden wir wohl mit wacherem Sinn und staunend vor diesem Mikrokosmos durch die Wälder streifen.



Laurent Tillon: „Quercus“, Edition gai saber, Zürich 2022, Taschenbuch, 305 Seiten, 31,90 Euro

JOHANN HEINRICH DOMBROWSKI

Ein polnischer Nationalheld aus deutschsprachigem Hause

VON WOLFGANG REITH

Verlässt man die Stadt Rastenburg [Kętrzyn] in westliche Richtung auf der Hindenburgstraße [ul. Generala Władysława Sikorskiego], kommt man an einen Kreisverkehr, wo die Woiwodschaftsstraße 594 nach Süden hin zur berühmten Wallfahrtskirche Heiligelinde [Świąta Lipka] führt. Auf der Kreisinsel inmitten des Platzes steht eine weiß-rot gestreifte Bake mit einer daran befestigten Tafel und dem Text „Szlak Bojowy Wojsk Gen. Jana H. Dąbrowskiego 1807 r.“. In der deutschen Übersetzung heißt dies, dass hier die Marschroute des in napoleonischen Diensten stehenden polnischen Generals Jan H. Dąbrowski und seiner Division im Jahre 1807 verlief. Wer aber war dieser General?

Jan Henryk Dąbrowski wurde am 29. August 1755 in Pierzchowice in der Nähe von Krakau geboren, wuchs jedoch als Johann Heinrich Dombrowski in Hoyerswerda auf, wo sein Vater Johann Michael Dombrowski/Jan Michał Dąbrowski (1718–1779), der mit Zofia Maria Dąbrowska, geborene Sophie von Lettow-Vorbeck (1724–1757) verheiratet war, als Oberst der sächsischen Armee diente.

Sohn Johann Heinrich trat 1772 ebenfalls in die Armee des Kurfürstentums Sachsen ein, der er 20 Jahre lang angehörte. Er lebte in Dresden, wurde 1789 Rittmeister und war von 1788 bis 1791 Generaladjutant des sächsischen Kurfürsten Friedrich August III. 1792 wechselte Dąbrowski als Oberstleutnant in die Streitkräfte des polnisch-litauischen Commonwealth über, in deren Reihen er im selben Jahr unter König Stanisław II. August Poniatowski am polnisch-russischen Krieg teilnahm. Als Vize-Brigadier beteiligte er sich 1794 am Aufstand von Tadeusz Kościuszko, der sich gegen die dritte und damit vollständige Teilung Polens wandte. Der Versuch scheiterte, und Polen verschwand 1795 für lange Zeit von der Landkarte Europas.

Wegen seiner militärischen Leistungen noch zum Generalleutnant befördert, engagierte sich Dąbrowski nunmehr im Ausland für die Wiederherstellung des polnischen Staates. In Italien gründete er 1797 eine polnische Legion, die dort bis 1801 im Verbund mit der französischen Armee unter Napoleon kämpfte. Bis 1806 stand er dann als General Jean Henri Dombrowski in französischen wie in italienischen Diensten. Durch die Kriegserfolge Napoleons ermutigt, wagten polnische Patrioten in jenem Jahr einen Aufstand in der Provinz Südpolen, die 1793 nach der zweiten polnischen Teilung auf den annektierten historischen Territorien Großpolens und Masowiens entstanden war (Großpolnischer Aufstand), wobei sie sich mit Hilfe Frankreichs eine Wiederherstellung des polnischen Staates erhofften.

Schlachten in Ostpreußen

Tatsächlich konnten die französischen Truppen, unterstützt von polnischen Einheiten, schon Ende 1806 Warschau einnehmen. Die Schlachten bei Preußisch Eylau Anfang Februar 1807 und bei Heilsberg am 10. Juni des Jahres gingen bei hohen Verlusten sowohl auf französisch-polnischer als auch auf russisch-preußischer Seite noch unentschieden aus, doch die Schlacht bei Friedland am 14. Juni 1807 und die Einnahme von Königsberg nur zwei Tage später brachte den entscheidenden französischen Sieg und führte am 7. und am 9. Juli zum Frieden von Tilsit, der vor allem für Preußen eine bittere Niederlage bedeutete und zur Errichtung eines neuen polnischen Staates in Form des Herzogtums Warschau führte.



General Jan Henryk Dąbrowski auf einem Gemälde

Foto: Polish Army Museum

Eine Woche nach der Schlacht bei Friedland trafen in der französischen Armee kämpfende polnische Truppen unter dem Befehl der Generale Jan Henryk Dąbrowski und Józef Zajaczek in Rastenburg zusammen (20.–21. Juni 1807), ehe sie weitermarsihierten.

In Erinnerung an den Aufenthalt in der Stadt wurde am 11. November 1997 am Haupteingang der Ordensburg ein Gedenkstein enthüllt, dessen Text in der deutschen Übersetzung lautet: „Die sich hier vom 20. bis 21.6.1807 befindliche Posener Division unter General Jan Henryk Da-

browski und General Zajaczek besetzte am 22.6.1807 Lötzen. Die Einwohner Rastenburgs errichteten diese Gedenktafel zur Erinnerung an dieses Ereignis, an das 200-jährige Jubiläum der Entstehung der Nationalhymne und zum 640-jährigen Jubiläum der Verleihung der Stadtrechte der Stadt Rastenburg.“

Tatsächlich ist nämlich die polnische Nationalhymne mit dem Text „Jeszcze Polska nie zginęła“ („Noch ist Polen nicht verloren“) nach Dąbrowski benannt, denn sie trägt den Titel „Mazurek Dąbrowskiego“ und beschreibt den Wunsch, der General

möge die im Ausland lebenden Polen in ihr Vaterland zurückzuführen und dieses als Staat wiederauferstehen lassen.

Als Divisionskommandeur in der Armee des Herzogtums Warschau nahm Dąbrowski 1812 am Russland-Feldzug Napoleons teil, ebenso kämpfte er auf französischer Seite in den europäischen Befreiungskriegen der Jahre 1813–1815. Nach dem Tode des Fürsten Józef Antoni Poniatowski war er seit 1813 Oberbefehlshaber aller polnischen Truppen. Im Anschluss an den Wiener Kongress organisierte Dąbrowski ein Jahr lang (1815–1816) die Armee des neuen Königreiches Polen („Kongresspolen“), das in Personalunion mit dem Russischen Kaiserreich verbunden war, wofür er von Zar Alexander I. zum General der Kavallerie ernannt wurde. Wenig später schied er aus dem Dienst aus und zog sich auf seine Güter bei Winna Góra (Gemeinde Środa Wielkopolska) im Großherzogtum Posen, das zum Königreich Preußen gehörte, zurück, wo er am 6. Juni 1818 starb.

Obwohl General Jan Henryk Dąbrowski als polnischer Nationalheld verehrt wird, wuchs er doch in einem deutschsprachigen Elternhaus in Sachsen auf und schrieb auch Gedichte auf Deutsch. Später verfasste er etliche militärische Abhandlungen in den drei Sprachen, die er fließend beherrschte: Polnisch, Deutsch und Französisch. In erster Ehe war Dąbrowski mit der Deutschen Gustave Margarethe Henriette von Rackel (1757–1803) verheiratet, nach deren Tod heiratete er die Polin Barbara Florentyna Chłapowska h. Dryja (1782–1848); aus beiden Ehen gingen mehrere Kinder hervor.

Sein Name in der Schreibweise Dombrowski ist am Triumphbogen in Paris eingelassen, außerdem führte im Zweiten Weltkrieg die 2. Infanterie-Division der Polnischen Streitkräfte in der Sowjetunion seinen Namen (2 Warszawska Dywizja Piechoty im. Henryka Dąbrowskiego).



Trägt den Namen des Generals: Erinnerungsbake für Dombrowski (Dąbrowski) im Kreisverkehr in Rastenburg

Foto: W.R.

E.T.A. HOFFMANN

Ein vielseitiger Künstler

Den Hoffmann-Kenner verraten bereits Alexander Kluy's erste Sätze im Eingangskapitel Riss und Riss: „Diese Aussicht gibt es nicht mehr. Niemand kann mehr den Kopf herausstrecken. Keiner kann aus dem Hausfenster im zweiten Stock schauen, begierig auf Neues, auf die Welt, auf Neues aus und in der Welt. Denn das Gebäude steht nicht mehr. Es wurde im Jahr 1905 abgerissen.“ Die Rede ist auf der ersten Seite von Hoffmanns neuem Berliner Domizil in der Taubenstraße 31, bezogen 1815.

Das kurzweilige wie inhaltsreiche Büchlein „E. T. A. Hoffmann. 100 Seiten“ in schmuckem Hellblau führt konzentriert in Leben und das vielseitige Werk des geborenen Ostpreußen ein. Nach dem genannten Eingangskapitel in weiteren sieben: „Wege und Umwege. 1776–1808 / Windbeutel und Lebensliebe. 1808–1813 / Dresden und Leipzig. 1813–1814 / „In dem teuern Berlin“. Ab 1814 / Serapionisches / Die Katze, die spricht / Komödie? Tragödie? Tod? Ewigkeit“.

In Berlin erschien 1815 und 1816 sein Buch „Die Elixiere des Teufels“. Der sensationslüsterne Titel war Hoffmanns Erfindung, doch weniger die Thematik des Schauerromans: „Wieder stellte sich Hoffmann für sein nächstes Buch (...) auf die Schultern eines anderen Buchs, diesmal Matthew Gregory Lewis' (1755–1818) „The Monk. A Romance“ (Der Mönch, 1795/96). Der schaurige Horrormoman des englischen Staatssekretärs (...) war ein Bestseller. Hoffmann hoffte, dass auch ihm sein Roman zum finanziellen „Lebenselixier“ werde ...“.

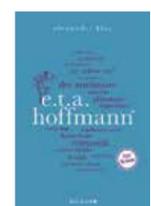
Weder dieses Buch noch seine früheren wie späteren Veröffentlichungen sollten Hoffmann zu materiellem Erfolg führen, ebenso wenig sein Wirken als Komponist und Zeichner. Hoffmann verstarb in Berlin hochverschuldet, und auch Tantiemen flossen laut Kluy nicht an die Witwe Mischa, die 1859 in ärmlichen Verhältnissen in Posen verstarb.

Für uns Nachgeborene dennoch ein großer Name der literarischen Romantik (mit mancherlei dunklen Zügen einiger Texte). Und Kluy erinnert zu recht an E. T. A. Hoffmann als bedeutenden Anreger: „Hoffmanns Musikfantasien regten viele Komponisten an, von Pfitzner über Wagner und zu Offenbach, und, als erstem, Robert Schumann (1810–1856). Neun Jahre nach Hoffmanns Tod notierte dieser: „Im Hoffmann gelesen, unausgesetzt. Neue Welten.““

Peter Götz



E.T.A. Hoffmann



Alexander Kluy:
„E. T. A. Hoffmann. 100 Seiten“, Reclam Verlag, Ditzingen 2021, broschiert, 102 Seiten. 10 Euro

● AUFGESCHNAPPT

In geselliger Runde kam das Gespräch auf ein Konzert, bei dem der Pianist Igor Levit aufgetreten war. Einer der Gesprächsteilnehmer fragte, ob es niemanden störe, dass Levit, der sich auch gern als politischer Aktivist feiern lässt, erklärt hat, Mitglieder der AfD seien „Menschen, die ihr Menschsein verwirkt haben“. Ein Denkmuster der dunkelsten Phasen der Geschichte – Menschen, denen das „Menschsein“ abgesprochen wird, müssen in der Konsequenz auch nicht mehr wie Menschen behandelt werden. So recht vermittelbar schien die Bedeutung von Levits Aussage in der Runde nicht. Ein abrupter Themenwechsel erfolgte, zu einem „wirklichen Problem“ dieser Tage, das mit großer Empörungsfreude aufgenommen wurde: dem Vorgehen der politischen Korrekturen gegen Karl Mays Kunstfigur Winnetou. Bei diesen Aktionen handelt es sich zwar zweifelsfrei um Unsinn, aber die Episode zeigt, in welche Schiefelage das Bewusstsein für die Dimensionen gesellschaftlich relevanter Thesen inzwischen geraten ist. E.L.



DER WOCHENRÜCKBLICK

Der nächste Aufprall

Warum es uns eigentlich ganz gut geht, und was aus weltweiten „Vorreitern“ werden kann

VON HANS HECKEL

Schlimme Zeiten sind das: „Wutwinter“, „tiefste Krise seit Bestehen der Bundesrepublik“, „Absturz der Industrieproduktion“, „Blackout“ – man weiß gar nicht mehr, wo man hingucken soll, überall schnappen schreckliche Entwicklungen nach uns. Früher war es wirklich gemütlicher in Deutschland. Da durften wir uns mit lauter „Problemen“ beschäftigen, über die wir heute nur noch lachen können.

Zumindest die meisten von uns. Jan Böhmmermann hat diese gemütlichen Zeiten der eingebildeten Probleme nie verlassen. Dafür muss man ihn einerseits beneiden, andererseits treibt seine überlebte Haltung Blüten, die uns vor dem Hintergrund der realen Gegenwartssorgen doch ziemlich bizarr vorkommen müssen.

Der stramm linke Fernsehmann will herausgefunden haben, dass das deutsche Apotheken-Logo ganz furchtbar „Nazi“ sei, weil das rote Fraktur-A 1936 eingeführt worden sei. Das Entstehungsjahr reicht ihm, um Bescheid zu wissen. Nun appelliert Böhmmermann an die Branche, das Logo zu ersetzen. Außerdem: Fraktur, das sagt doch alles! Oder? Nun ja, in Wahrheit waren es ausgerechnet die Nationalsozialisten, welche die schönen Frakturbuchstaben und die Sütterlin-Schrift abgeschafft haben. Aber das wissen die Böhmmermannen des Landes natürlich nicht. Wo so viel Haltung herrscht, ist Ahnung nur hinderlich.

Aber immerhin, der Ausfall des TV-Kraakeelers zeigt uns: So ernst kann die Lage gar nicht sein, wenn wir für so einen Murks noch Zeit haben. Und in Wahrheit ist sie das auch nicht. In einer führenden bürgerlichen Tageszeitung rückt uns eine der dortigen Edel-federn den Kopf zurecht und schreibt: „Vergleicht man Deutschland mit Staaten wie Afghanistan, Mali oder Sri Lanka, muss man ziemlich vernagelt sein, um zu dem Urteil zu kommen, das Staatsversagen klopfe beständig an unsere Tür.“

Na eben, verglichen mit Mali oder Afghanistan, also Drittweltländern am untersten Rang der weltweiten Wohlstandsskala, geht es uns doch blendend – Schluss mit dem Gemecker! Das gute Gefühl leidet allerdings ein wenig, wenn man diese Argumentation mal gegen den Strich bürstet und fragt: Das ist also neuerdings unser Maßstab für die Bewertung der Zustände in Deutschland? Ge-

scheiterte Staaten, die von Bürgerkriegen zerrissen und von Fanatikern zerrütet völlig am Boden liegen? Dann wird es noch ein weiter Weg nach unten sein, bis wir erkennen, dass mit der Entwicklung in Deutschland etwas nicht stimmt.

Sri Lanka als Dritter im Bunde der Messlatten für Deutschland ist übrigens eine interessante Wahl. Es teilt mit der Bundesrepublik eine herausragende globale Rolle, die des grünen „Vorreiters“ nämlich. Was wir auf dem Felde der Energiepolitik darstellen, das zeichnet den Inselstaat bei der Agrarpolitik aus. Denn so wie wir aus Kernkraft und fossilen Energien so schnell wie möglich aussteigen wollen (wollten?), hat die Regierung von Sri Lanka im April 2021 per Federstrich chemische Kunstdünger und Pestizide verboten. Erlaubt war nur noch Öko-Landbau.

Mittlerweile haben sich die Wege der beiden Vorreiter getrennt, denn während wir zumindest vorgeben, weiterhin auf Kurs zu sein, ist der Agrar-Vorreiter bereits mit Schwung in den Graben galoppiert und hat das Verbot aufgehoben. Zwischenzeitlich nahm der Präsident von Sri Lanka die Beine in die Hand und floh panisch außer Landes, ehe ihn ruinierte Bauern und hungernde Bürger beim Kragen packen konnten.

Bürgergeld als globaler Lockstoff

Davon lassen wir uns nicht beirren und richten den Blick weiter tapfer nach vorn. Das ist auch besser so. Denn wenn wir den Blick nach hinten richteten, würden wir erstaunt feststellen, dass uns überhaupt keiner hinterher tragt – womit wir in Wahrheit also gar kein „Vorreiter“ sind, denn den macht es ja aus, dass ihm die anderen folgen. Stattdessen blickt uns der Rest der Welt höhnisch bis ungläubig hinterher, wie wir einsam und allein in die kalte Dunkelheit wackeln.

Ach nein, was soll dieser Pessimismus! Wirtschaftsminister Habeck sieht bereits Licht und erfreut uns mit einer tollen Nachricht: Bei der Befüllung der Gasspeicher komme man viel schneller voran als erhofft, deshalb werde der Preis bald auch nicht mehr so hoch sein, weil man nicht mehr um jeden Preis kaufen müsse. Wie kam es zu dieser glücklichen Wendung? Die Industrie hat im Juli 20 Prozent weniger Gas verbraucht als im Vorjahresmonat.

Na, geht doch, das mit dem Gassparen! Da können wir doch ganz optimistisch in die Zukunft blicken, zumindest, wenn wir ein klei-

nes Detail ausblenden: Die Industrie hat weniger Gas verbraucht, weil sie ihre Produktion teils massiv gedrosselt oder gar ganz eingestellt hat, da die Preise für Gas unbezahlbar wurden. 20 Milliarden Euro an Wertschöpfung sind allein in diesem Wirtschaftssektor dadurch verloren gegangen. Die deutsche Industrie spart demnach nicht nur Gas ein, sondern gleich auch noch sich selbst.

Die deutsche Industrie spart nicht nur Gas ein, sondern gleich auch noch sich selbst

Irgendwie geht das alles nicht mehr auf. Die Ampelkoalitionäre merken das, und es treibt ihnen zunehmend den Schweiß auf die Stirn, weshalb sie bereits aufeinander losgehen wie Parteien, die des Zusammenregierens nach langen Jahren müde sind und kurz vor den nächsten Wahlen ihre Unterschiede herausstreichen wollen. Dabei sind die erst neun Monate beieinander. Ging ganz schön schnell mit dem Überdruß. Mal sehen, wie lange das gut geht.

Nun heißt es für die Parteien vor allem „Profil zeigen“ und die eigenen „Kernthemen“ bedienen: So stellen sich die Grünen weiter wacker gegen die Atomkraft, und Minister Habeck piesackt die Kohlekraftzeuger mit schikanösen Vorschriften. Resultat: Erst zwei Werke sind wieder ans Netz zurückgekehrt. Bravo! Und SPD-Minister Hubertus Heil legt sich für das „Bürgergeld“ ins Zeug, während die Wirtschaft in den Keller sackt und demzufolge die Steuereinnahmen bald abstürzen dürften. Egal, das „reiche Deutschland“ kann das alles wuppen, und als Sozialdemokrat muss man halt für „soziale Gerechtigkeit“ sorgen.

Geht es nach den Grünen, wird das neue Bürgergeld sogar abgelehnten Asylbewerbern ausgezahlt. Das wird zusätzlichen Auswanderungssog gerade bei jenen erzeugen, bei denen der Anteil künftiger Sozialfälle besonders hoch ist. Einen indischen Computerfachmann interessieren Hartz IV oder Bürgergeld genauso wenig wie einen brasilianischen Ingenieur. Ein Analphabet von wo auch immer wird die Nachricht von den neuen finanziellen Möglichkeiten in Germanien dagegen mit großer Aufmerksamkeit verfolgen.

Derweil warnt der Rechnungshof, dass bereits 90 Prozent des Staatshaushalts „eingefroren“ seien als feste Ausgabeposten, und dieser Anteil wachse immer weiter. Den größten „gefrorenen“ Posten stellten die Sozialausgaben. Der finanzielle Spielraum der Politik schrumpfte dramatisch zusammen. Nach dem Energiedesaster wartet also schon die nächste Wand auf unseren Aufprall.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● STIMMEN ZUR ZEIT

Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Florian Post begründet in einem Brief seinen Parteiaustritt. Der 41-Jährige war 18 Jahre lang SPD-Mitglied:

„Früher setzte sich die Münchner SPD selbstverständlich für Handwerker, Gewerbetreibende und Gastronomen ein. Heute feiert man stolz, dass sie für diese Gruppe die Parkgebühren um mehrere hundert Prozent verteuert hat ... Dies alles lässt mich zu dem Ergebnis bzw. der Einschätzung kommen, dass die SPD für Menschen mit gewöhnlichen Alltags Sorgen keine wählbare Partei mehr ist, der politische Niedergang gerade der Münchner SPD nicht mehr umkehrbar ist und ich persönlich in einer solchen Partei auch kein Mitglied mehr sein kann.“

Matthias Iken untersucht im „Hamburger Abendblatt“ (27. August), wie Deutschland sich in der Energie-debatte so gründlich verirren konnte, und warum so viele Leute selbst jetzt noch nicht aus ihrem Irrtum herausfinden:

„Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann. Doch vielen ist die richtige Haltung, die jede Suche erspart, wichtiger als die Suche nach der richtigen Lösung. Sie haben Position bezogen, ohne sich die Mühe zu machen, die politische Landschaft zu durchstreifen. Hier könnte sich rächen, dass das moderne Bildungsideal Bewerten und einordnen wichtiger findet als Wissen. Die Energie-debatte zeigte: Viele haben keine Ahnung, aber eine sehr klare Meinung.“

Der Dresdener Politikwissenschaftler Werner Patzelt wendet sich im Gespräch mit der „Welt“ (29. August) gegen die Vorverurteilung regierungskritischer Demonstranten:

„Im Übrigen ist die Teilnahme an Demonstrationen hierzulande ein Grundrecht. Dessen Gebrauch verlangt keineswegs, dass man sich zunächst einmal zum Grundgesetz bekennt. Verfassungstreue wird vielmehr bis zum Erweis des Gegenteils unterstellt.“

Werner Marmette, früherer Chef von Aurbis, einer der größten Kupferhütten Europas, und später kurzzeitig CDU-Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, platzte bei „Hart aber fair“ (29. August, ARD) angesichts grüner Zukunftsversprechen über die „Erneuerbaren“ der Kragen:

„Wir müssen doch jetzt aktiv werden. Wir müssen die Kohle hochfahren, wir müssen die Kernkraft hochfahren. Herrgott noch mal, das hat doch mit Ideologie nichts zu tun! Ich garantiere Ihnen, wir stehen vor einem Millionenverlust von Arbeitsplätzen.“

● WORT DER WOCHE

„Das Prinzip Habeck geht so: Auftritte filmreif, handwerkliche Umsetzung bedenklich und am Ende zahlt der Bürger drauf.“

Dirk Wiese, Chef der SPD-Fraktion im Bundestag, in der „Bild am Sonntag“ vom 28. August